

## 8. Die Arbeiterwohlfahrt im Spiegel bildungspolitischer Tendenzen im Elementarbereich

### 8.1. Auf dem Weg zu einer Reformierung des Kindergartens

Seit dem Reichsjugendwohlfahrtsgesetz von 1922 hatte sich im Kindergarten weder durch politische Eingriffe noch durch wissenschaftliche Begleitforschung, soweit sie überhaupt existierte, Wesentliches geändert. Die Forderungen der Arbeiterwohlfahrt standen in einem auch von wissenschaftlicher Zurückhaltung begleiteten Raum beinahe stagnierender Entwicklung pädagogischer Fragen der Elementarerziehung.

Wilma Grossmann nannte folgende Gründe, warum sich der Kindergarten nicht verändern konnte:

1. Er galt als eine sozialfürsorgerische Einrichtung, nicht aber als eine pädagogische Institution mit einem eigenen Bildungs- und Erziehungsauftrag. Brezinka vertrat die Auffassung, daß eine gute Familienerziehung in jedem Fall dem Kindergarten überlegen sei. Dabei sollte nur dann von ihm Gebrauch gemacht werden, wenn die Familie versagt.
2. Eine konservative Sozial- und Bildungspolitik verhinderte die Vermehrung der Kindergartenplätze, um den Trend zur Berufstätigkeit der verheirateten Frau mit Kindern nicht indirekt zu unterstützen, sondern ihm entgegenzuwirken.
3. Die Ausbildung der Erzieher oblag nicht wissenschaftlichen Hochschulen, sondern Fachschulen. Dadurch gibt es keine Forschungen auf dem Gebiet.<sup>151</sup>

Doch seit dem Ende der fünfziger Jahre waren Anzeichen zu erkennen, die auf eine Veränderung der Kindergartenerziehung hinwiesen. Für die Betrachtung der Elementarerziehung der Arbeiterwohlfahrt bedeutet dieses, ihre Entwicklung auch anhand bildungspolitischer Tendenzen zu diskutieren. Wichtig erscheint mir weiterhin, daß sich die SPD seit dem 1. 12. 1966 im Kabinett Kiesinger in der Regierungsverantwortung befand.

Fiel der Kindergarten zwar unter die Landesgesetzgebung (die SPD war 1967 auch in 6 Landesregierungen vertreten), so konnten doch vom Bund *entscheidende* Impulse ausgehen.

Zwischen der SPD und der Arbeiterwohlfahrt bestand 1966 (und besteht auch heute noch) eine verbindende Zielgleichheit und teilweise Personalunion. So stellte sich die Frage, ob sich unter diesen Umständen neue Forderungen ergaben bzw. verwirklichen ließen.

Primär waren es aber erst einmal Einflüsse von außen, die Ende der fünfziger Jahre auf eine Veränderung des Bildungssystems hinwiesen. Der Sputnikschock und der Ausbau von Kindergartenprogrammen in der UdSSR und DDR ließen den Glauben an die absolute bildungspolitische Überlegenheit der westlichen Staaten stark ins Wanken geraten. Dazu kamen Erkenntnisse über Anwachsen sozialer Ungerechtigkeiten in den USA, die auch zur Durchführung des »Head-Start«-Projektes führten.

In der Öffentlichkeit wurde der Kindergarten noch häufig als Gefährdung der Familie angesehen, doch wurde bereits in Fachgremien der Ausbau des Kindergartens diskutiert.

Die damalige CDU-Regierung stand dieser Diskussion allerdings sehr skeptisch gegenüber. Ihre Vorstellung über Unantastbarkeit der Familie machte der damalige Familienminister Franz-Josef Wuermeling deutlich: Es

»ist allerdings sehr sorgfältig zu erwägen, inwieweit die Familie durch Schaffung solcher Sozialeinrichtungen zwar von außen geschützt, aber von innen entkräftet wird. Oft dürfte es besser sein, die Familie und hier in erster Linie die Hausfrau und Mutter durch persönliche Unterstützung (Familienpflegerinnen usw.) zu entlasten. Für Mutterwirken gibt es nun einmal keinen vollwertigen Ersatz.«<sup>152</sup>

Der Trend ging aber zu der Forderung nach Ausbau von Kindergärten. Wurden die Empfehlungen des Deutschen Ausschusses für das Bildungswesen nicht zuletzt dadurch, daß sie, bedingt durch ihren in der Humboldtischen Tradition stehenden nationalen Charakter, die föderalistischen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland nur wenig berücksichtigten, kaum in Handlungen umgesetzt, so fanden Ausführungen auf der Internationalen Erziehungskonferenz 1961, die forderten, den Kindergarten von seinem sozialfürsorgerischen Charakter zu befreien, breites Interesse. Es begann die durch alle Parteien gehende Diskussion über die Bildungskatastrophe (Georg Picht), von der man befürchtete, sie könne allzu schnell eine Wirtschaftskatastrophe werden, über »Bildung als allgemeines Bürgerrecht« (Ralf Dahrendorf) und »Vorrang für Bildung, mehr Demokratie« (Klaus von Dohnanyi).

Auf der 10. Weltkonferenz der »Weltorganisation für Erziehung im frühen Kindesalter« (OMEPE) wurde dann auch die Bedeutung des Kindergartens herausgehoben:

»Der außerhäusliche Erziehungsraum, wie Kindergarten, Hort, Schule, freie Kinder- und Jugendgruppe, bedeutet dem Heranwachsenden eine erweiterte Welt, deren familienergänzende Funktion heute nicht mehr wegzudenken ist.«<sup>153</sup>

»Das Kind *muß* [Hervorhebung d. Verf.] auch im außerhäuslichen Raum – z. B. im Kindergarten – mit Gleichaltrigen in Berührung kommen, um sich im Gespräch zu üben und die Mannigfaltigkeit der sozialen Rollen an sich selbst zu erleben –, eine Erfahrung, die ihm eine Kleinfamilie mit nur wenigen Bezugspersonen nicht bieten kann.«<sup>154</sup>

### 8.2. Veränderungen

Im Rahmen des steigenden öffentlichen Interesses an einer Veränderung der Bildungspolitik, sei es aus wirtschaftlichen oder sozialen Erwägungen, veränderten sich auch die Forderungen der Arbeiterwohlfahrt. Neben dem verstärkten Ruf nach Ausbau von Kindergärten trat die weitere Intensivierung der Diskussion um Inhalte und Methoden. So war bei der AW im Bereich der Elementarerziehung eine zunehmende Pädagogisierung festzustellen.

Wie veränderten sich aber die Ansprüche der AW in den Jahren einer sich anzeigenden Reform?

1967 veröffentlichte der Arbeitskreis Kinderhilfe der Arbeiterwohlfahrt eine Stellungnahme zu Erfordernissen von Tageseinrichtungen.

Darin forderte die Arbeiterwohlfahrt,

»daß über die konventionellen Formen des Kindergartens und Kinderhorts hinaus neue Formen familienergänzender Bildungs- und Erziehungshilfen für Kinder ausgebaut und entwickelt«

werden und vermehrt Ganztagsplätze geschaffen werden müßten. Die Arbeiterwohlfahrt reagierte damit auf die steigende Erwerbstätigkeit von Frauen. Zwischen 1950 und 1962 war die Zahl der verheirateten erwerbstätigen Mütter mit Kindern unter 14 Jahren von 417000 auf 1,3 Millionen gestiegen. Die daraus entstandene Lücke im Erziehungsbereich wurde von Institutionen oder Verwandten oder gar nicht übernommen. Dabei war auffällig, daß der Zahl von 371000 ganztags in Krippen, Kindergärten, Horten und Schulen betreuter Kinder ganztägig erwerbstätiger Mütter 673000 durch Großeltern, ältere Geschwister und andere Personen betreute Kinder gegenüberstanden.<sup>156</sup>

Entsprechend war allerdings die Zahl unbetreuter Kinder. Dazu Gerlinde Lüttig:

»Immerhin sind 11000 Kinder während der Abwesenheit der Mutter ganz ohne Obhut und zwar 8000 Kinder ganztags und etwa 3000 Kinder halbtags erwerbstätiger Mütter. Außerdem müssen 170000 Kinder von Müttern, die den ganzen Tag erwerbstätig sind, die Hälfte des Tages allein zurechtkommen. Für die Beurteilung der Fälle, in denen die Kinder den ganzen oder halben Tag sich selbst überlassen sind, ist das Alter der Kinder von Bedeutung. 7000 der unbetreuten Kinder standen im Alter von 2-6... Jahren.«<sup>157</sup>

Die oben genannten Zahlen sowie die Tatsache, daß nur etwa 16,4%<sup>158</sup> aller Kindergärten der freien Wohlfahrtspflege Ganztageeinrichtungen mit Verpflegung waren, machen deutlich, wie notwendig der von der Arbeiterwohlfahrt geforderte Ausbau familienergänzender Bildungs- und Erziehungshilfen gewesen ist.<sup>159</sup>

Unter familienergänzenden Bildungs- und Erziehungshilfen waren für den Vorschulbereich gemeint:

»1. für Kleinkinder:

Halbtags- oder Ganztagskindergarten

2. für Kinder arbeitender Mütter:

- Krippe, Krabbelstube, Ganztagskindergarten . . .
- Wochenheim (von montags bis freitags)
- Heim zur vorübergehenden Aufnahme kranker Kinder (evtl. an Tagesstätten angegliedert).«<sup>160</sup>

»3. Allgemeine Elternberatung:

- durch Verwendung von unterrichtendem Material (z. B. Peter-Pelikan-Briefe)
- durch Elternseminar, durch Soziale Gruppenarbeit mit Eltern, durch Familienerholung, Familienfreizeit
- durch Sonderveranstaltungen dieser Art für alleinstehende Mütter, für Pflege- und Adoptiveltern, für Erziehungsbeistände und Vormünder, für Eltern behinderter Kinder u. a. m.«<sup>161</sup>

Dem Ausbau von Ganztagskindergärten als sozialpolitischer Notwendigkeit stand die Forderung nach der Erweiterung von Kindergärten (Halbtagskindergärten) aus pädagogischen und bildungspolitischen Erwägungen gegenüber:

»Auch die Zahl der *Halbtagskindergärten* für Kinder, die vorwiegend aus *pädagogischen Gründen* in eine Gemeinschaft mit

Gleichaltrigen kommen sollen, reicht vor allem in kleineren Orten bei weitem nicht aus. [. . .]

[. . .] Halbtagskindergärten sind nicht nur dann vonnöten, wenn die Familienerziehung nicht ausreicht. Auch das Kind aus der sogenannten »Normalfamilie« bedarf heute der *Bildungshilfe* (Hervorhebung d. Verf.) des Kindergartens, der eine durchaus eigenständige *Erziehungs- und Bildungsaufgabe* (Hervorhebung d. Verf.) neben der Familie erfüllt, wenn er entsprechend ausgestattet ist und mehr bietet als »Verwahrung«.«<sup>162</sup>

Bemerkenswert erscheint mir an dieser Stelle, daß zwar 1958 schon die Notwendigkeit des Kindergartens für alle Kinder von der AW betont, aber erst 1967 in einer offiziellen Stellungnahme veröffentlicht wurde.

Um der mangelnden Versorgung mit Kindergartenplätzen zu begegnen, schlug die Arbeiterwohlfahrt vor, Kindergärten an unterschiedlichen Tagen mit unterschiedlichen Gruppen zu belegen<sup>163</sup>.

Den pädagogischen und noch viel weniger den sozialpolitischen Nutzen dieses Vorschlages zu diskutieren, halte ich für überflüssig, denn zum einen ist mir nicht klar, wie man in einem Zweitagekindergarten die Bewahrfunktion, die man ja ablehnte, verändern wollte, zum anderen nützte eine solche Regelung den Erwerbstätigen wenig, denn es gab wahrscheinlich auch 1967 nur wenige Zweitagejobs. Ich sehe diese Veränderung nur als Kaschierung von Widersprüchen. Die Arbeiterwohlfahrt revidierte diesen Vorschlag allerdings entschieden:

»Zusätzliche Aufnahme von anderen Kindergruppen am Nachmittag untergräbt den ganzheitlichen Erziehungsansatz und nimmt dem Kindergarten wichtige pädagogische Funktionen.«<sup>164</sup>

Absolut wichtig war dagegen die Forderung nach Errichtung von Spielstuben und Sonderkindergärten in sozialen Brennpunkten. Gerade schlechter gestellte Familien konnten ihre Kinder nur selten in Kindergärten oder »ähnlichen« Institutionen unterbringen. So stand auch 1972 noch der Kindergartenbesuch in Zusammenhang mit der sozialen Herkunft. Setzt man unten genannte Zahlen ins Verhältnis zur Gesamtbevölkerung und ihrer Verteilung nach Gruppen, so wird deutlich, wie unterrepräsentiert Kinder von an- und ungelerten, als auch von Facharbeitern in Kindergärten waren.

Kindergartenbesuch nach Beruf und Bildungsabschluß des Familienvorstandes 1972<sup>165</sup>. Von jeweils 100 noch nicht schulpflichtigen Kindern aus den Gruppen besuchten einen Kindergarten:

Gruppe nach Beruf des Familienvorstandes	Gruppe nach Bildungsabschluß des Familienvorstandes	
un-, angelernt. Arbeiter	19	Hauptschule, und ohne Angabe 24
Facharbeiter	24	Realschule 30
Angestellte	31	Fachschule 33
Selbständige (ohne Landwirtschaft)	32	Hochschule 31

Quelle: Statistisches Bundesamt

Für alle Arten von Kindergärten forderte die AW die Lösung folgender Probleme:

»1. Der *Personalmangel*, der die Praxis dazu zwingt, Kindergärtnerinnen statt Jugendleiterinnen und Kinderpflegerinnen

oder unausgebildete Helferinnen statt Kindergärtnerinnen einzustellen.«<sup>166</sup>

Tatsächlich sah die Personalstruktur in Kindergärten der freien Wohlfahrtspflege sehr bedrückend aus.

	AW	DCV	DRK	DW	DPWV	ZWStJ	Gesamt <sup>167</sup>
3. Pädagogisch tätige Mitarbeiter insgesamt	768	19 643	428	15 682	320	26	36 867
Jugendleiterinnen	3%	1%	3%	2%	4%	–	
Kindergärtnerinnen	40%	42%	37%	48%	51%	59%	
Kinderpflegerinnen	30%	16%	28%	25%	18%	7%	
Helferinnen und Praktikanten	27%	41%	37%	25%	27%	34%	
Auf ... Kinder 1 Mitarbeiterin	17	23	14	22	14	10	
Auf ... Kinder 1 Fachkraft (Kindergärtn. Jugendleiterin)	37	53	41	30	25	17	

Die Arbeiterwohlfahrt konnte zwar für sich in Anspruch nehmen, im Gegensatz zu den anderen Trägern, vor allem dem Deutschen Caritasverband gegenüber, personell wesentlich besser ausgestattet zu sein, die relativ geringe Anzahl ihrer Einrichtungen bewirkte allerdings auf Bundesebene keine Änderung der katastrophalen Lage. Nimmt man die Kindergärten des Deutschen Caritasverbandes als größtem Träger überhaupt und setzt diese ins Verhältnis zu den Fachkräften, so entsteht ein Verhältnis von 1,4 Fachkraft zu 1 Kindergarten bei durchschnittlicher Belegung mit 74 Kindern.

Die Forderung nach der Lösung dieses Problems war also zwingend notwendig und muß auch mit den Überlegungen zur Neuordnung sozialpädagogischer Berufe gesehen werden (S. 31 ff.), in denen sich die AW für eine bessere Ausbildung von Kindergärtnerinnen einsetzte und damit hoffte, den Beruf attraktiver zu machen, um somit die Personalnot lösen zu können.

- »2. die nicht ausreichende Ausbildung der Kindergärtnerinnen für die Aufgaben, die die Tageseinrichtungen für Kleinkinder heute haben (das gilt sowohl für den »Normalkindergarten« als auch für die Sondereinrichtungen und in besonderem Maße für die von den Kindergärten aus Personal-mangel weitgehend vernachlässigte Elternarbeit),
- 3. die Frage der laufenden Finanzierung, die heute für die Träger der freien Jugendhilfe schon kaum zu lösen ist, die aber noch schwieriger werden wird, wenn die Tageseinrichtungen mit mehr und besser qualifizierten Fachkräften ausgerüstet werden sollen. Notwendig ist eine kostengerechte Heranziehung der Eltern bei Ganztageseinrichtungen (was Beitragsstaffelungen nicht ausschließt) und eine nach § 81 Abs. 4 JWG reduzierte Kostenbeteiligung der Eltern bei Halbtageseinrichtungen. Darüber hinaus ist die Absprache aller Träger am gleichen Ort darüber erforderlich, daß grundsätzlich die gleichen Kostensätze für die gleiche Leistung erhoben werden.«<sup>168</sup>

Da es 1967 kaum Zuschüsse für die laufende Finanzierung von Kindergärten gab, eine Erhebung der Wohlfahrtsverbände zeigt, »daß die öffentlichen Zuschüsse zur Deckung der laufenden Betriebskosten 1967 nur durchschnittlich 20 Prozent ausmachten«<sup>169</sup>, war es na-

türlich besonders für die Arbeiterwohlfahrt, die im Gegensatz zu den kirchlichen Trägern nicht über Steuermittel verfügte, schwierig, den Eltern einen kostengünstigen Kindergarten anzubieten. Sieht man dazu noch die bessere personelle Ausstattung im Vergleich zum Deutschen Caritasverband, so wird die Tatsache, daß die Elternbeiträge bei der Arbeiterwohlfahrt wesentlich höher lagen (AW ~ 30 DM/monatl., DCV ~ 13,75)<sup>170</sup>, erklärbar.

Damit befand sich die Arbeiterwohlfahrt in einem scheinbaren Dilemma, auf der einen Seite die personelle Ausstattung sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht zu verbessern, aber gleichzeitig die Elternbeiträge auf eine Ebene bringen zu wollen. Daneben stand der ideologische Widerspruch, durch zu hohe Elternbeiträge nicht an die traditionell von der AW betreute Gruppe, die Arbeiterschaft, heranzukommen.

Diese Widersprüche aufzulösen, verlangte einen Eingriff des Staates, den die Arbeiterwohlfahrt mit dem im § 1 JWG zugesicherten Recht auf Erziehung sowie der im § 5 Abs. 3 JWG verankerten Pflicht, der Öffentlichkeit genügend Einrichtungen zur Verfügung zu stellen, forderte.

### 8.3. Finanzierung und Pluralismus

Die Arbeiterwohlfahrt, die seit ihrer Gründung den Grundsatz vertreten hatte, daß Kindergartenerziehung Sache des Staates sei (vgl. Die Reichsschulkonferenz, S. 14 ff.), aber immer mehr auch die Interpretation des Grundsatzes, »die Finanzierung« der Kindergartenerziehung sei Sache des Staates, favorisierte, konnte so auch begründet Forderungen an den Staat stellen, ohne ideologische Bedenken zu haben. So legte die Arbeiterwohlfahrt auch 1968/69 Vorschläge für eine künftige Finanzierung der Kindergartenerziehung vor. Darin forderte sie

»ein dichtes Netz von leicht erreichbaren Kindergärten in Stadt und Land [. . .], die im Interesse einer offenen Gesellschaft und auch der Chancengleichheit für alle in viel stärkerem Umfang

als heute von Gemeinden und auch von überkonfessionellen freien Verbänden unterhalten werden müßten.«<sup>171</sup>

Gerade in der Zeit, als sich Regierungsmehrheiten in Bund und Land für die Arbeiterwohlfahrt freundlicher gestalteten, die SPD war sowohl in 7 Landesregierungen als auch in der Bundesregierung vertreten, wurde eine scheinbar längst vergessene Forderung nach *mehr* überkonfessionellen Kindergärten betont. Diese war in der Bundesrepublik nur schwer zu realisieren. Trotz oder gerade wegen des von konservativer Seite favorisierten Pluralismuskonzeptes waren es gerade die finanzstarken Träger<sup>172</sup>, die sich durchsetzen konnten, und das waren traditionell die konfessionellen. Gerade starke Befürworter des Interessenausgleiches wie die CDU waren nicht bereit, diesen durch Subventionierung zu fördern. Ohne Ausgleich durch die öffentliche Hand konnte die AW keinen größeren Ausbau ihrer Einrichtungen betreiben.

In zu starkem Optimismus in den kompensierenden Ablauf eines pluralen Marktes vergaß sie dessen Regeln.

So werden

»auf dem pluralistischen »Markt« . . . nur bestimmte Interessen gehandelt.

Außerdem können nur wenige handeln. Ausgleich und Anpassung finden in diesem Prozeß zwar statt, aber nicht nach pluralistisch deklariertes, sondern nach kapitalistischer Logik: nach Maßgabe der Besitzgröße, gemäß der Profitchancen, der Profitabilität.«<sup>173</sup>

Die Arbeiterwohlfahrt hatte sich im Laufe ihrer Entwicklung zu einem pluralismusbefürwortenden Verband entwickelt, was sich auch in der Äußerung ihres Ideologen Wolfgang Bäuerle dokumentierte:

»Niemand in ihr (der pluralistischen Gesellschaft, Hervorh. d. Verf.) hat den allein seligmachenden Glauben. Niemand hat das einzig anständige politische Rezept. Viele Meinungen sind nebeneinander möglich, wenn sie nur redlich sind und nicht darauf aus, die andere Meinung zu töten.«<sup>174</sup>

Diesem Bekenntnis zum pluralen System stand die Forderung nach vermehrten überkonfessionellen Kindergärten gegenüber, mit deren Realisierung sie unter den gegebenen Machtverhältnissen kaum rechnen konnte. Dennoch stellte die AW diese Forderung in den Rahmen eines Finanzierungsvorschlages.

Den sich in der Diskussion befindlichen Vorschlag nach Drittelung der Kosten (je ein Drittel öffentliche Hand, Eltern und Träger, vgl. Kindergartengesetz Rheinland-Pfalz) lehnte die Arbeiterwohlfahrt ab, da er für finanzschwache Träger nicht zu finanzieren sei, und forderte statt dessen:

»Für die öffentlichen Zuschüsse zu den Betriebskosten von Halbtagskindergärten sollte folgende Lösung angestrebt werden:

*Personalkostenzuschüsse* des Landes (an kommunale und freie Kindergärten) und der Gemeinde (an freie Kindergärten), die von einer qualifizierten Personalbesetzung abhängig zu machen sind;

*Sachzuschüsse* durch die Kommunen als Pauschale (pro Platz und Tag) oder zweckbedingt (für Inventar- und Materialergänzung z. B.).

Dabei sind finanzschwache und kleinere Träger, denen keine Kirchensteuern zur Verfügung stehen, mit erhöhten Zuschüs-

sen so weit auszustatten, daß sie imstande sind, die dann noch erforderlichen *Eigenmittel* zur Restfinanzierung und die anfallenden Verwaltungskosten aufzubringen.«<sup>175</sup>

Diese Forderung, die, in allerdings zahlenmäßig genauer definierter Form, Eingang in das Kindergartengesetz des Landes Nordrhein-Westfalen fand, wurde durch einen Vorschlag für Ganztagskindergärten, denen von der Arbeiterwohlfahrt im Gegensatz zu Forderungen aus den 50er Jahren eine neue Aufgabe zugeschrieben wurde (vgl. S. 28), ergänzt: »Der Ganztagskindergarten soll vornehmlich der Mutter ermöglichen, einer Erwerbsarbeit nachzugehen.«<sup>176</sup> Danach sollten die Eltern den Halbtagskindergartenbetrag, die Mehrkosten für Betreuung und Erziehung in der laufenden Finanzierung übernehmen. Soweit Eltern dieses nicht finanzieren konnten, sollte das Jugendamt ganz oder teilweise einspringen.

Die Arbeiterwohlfahrt *näherte* sich mit dem in den »Überlegungen der Kindergartenerziehung« vertretenen Standpunkten Zielen aus der Weimarer und Kaiserzeit an<sup>177</sup>, nämlich:

1. Mehr überkonfessionelle Träger
2. die Übernahme der (teilweisen) Finanzierung durch den Staat
3. Ganztagskindergärten, nicht nur aus sozialen Gründen, damit Frauen arbeiten gehen können (Emanzipation).

## 8.4. Die Arbeiterwohlfahrt im Streit um die Zuordnung der Fünfjährigen

### 8.4.1. Kindergarten oder Eingangsstufe

Hat 1970 weitgehende Einigkeit unter den Trägern der Einrichtungen als auch der Wissenschaft über die Notwendigkeit einer Reform des Elementarbereichs bestanden, so war das »Wie« doch sehr umstritten. Der Streit um die intellektuelle Bildung von Kleinkindern in der Mitte der 60er Jahre, durch die von Lückert und Correll in Gang gesetzte Diskussion über »frühes Lesenlernen« begonnen, setzte sich auch in der Auseinandersetzung über eine Reform des Elementarbereiches fort.

1970 veröffentlichte der Deutsche Bildungsrat den »Strukturplan für das Bildungswesen«. Darin wird empfohlen:

»Statt wie bisher drei Altersstufen (Drei-, Vier- und Fünfjährige; häufig auch noch Sechsjährige), sollen in Zukunft nur noch zwei Altersjahrgänge (Drei- und Vierjährige) in die Kindergärten aufgenommen werden, wenn im Primarbereich der Schule die geeigneten Voraussetzungen geschaffen worden sind, um Kinder vom vollendeten 5. Lebensjahr an in einer zweijährigen Eingangsstufe zu fördern. Der Elementarbereich wird als ein Teil des künftigen Bildungssystems verstanden. (. . .) Die Kindergärten haben in der Übergangszeit bis zur Schaffung der Eingangsstufe im Primarbereich außerdem die Aufgabe, für fünf- und sechsjährige Kinder Förderkurse einzurichten, die neben den freiwilligen Vorschulklassen der Grundschule bestehen.«<sup>178</sup>

Danach entstand ein Streit, an dem sich nahezu alle Betroffenen des Elementarbereichs (ausgenommen die Kinder) sowie Politiker beteiligten.

Als sich die von der Sozialdemokratischen Partei

Deutschlands und der Freien Demokratischen Partei gebildete Regierung unter Willy Brandt im Bildungsbericht '70 der Empfehlung der Einrichtung einer Eingangsstufe im Primarbereich angeschlossen (neben der Bundesregierung ebenfalls: Deutscher Gewerkschaftsbund, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr und die Kultusministerkonferenz), löste dieses heftige öffentliche Kontroversen unter Wissenschaftlern und direkt Betroffenen aus. Die AW hielt sich anfangs in ihrer Stellung zum Problem der Fünfjährigen zurück. Im Jahrbuch 1968/69 schrieb sie:

»4. Eine für unser Erziehungssystem so neuartige Einrichtung wie die geplante »Eingangsstufe« der Grundschule für 5- bis 7jährige Kinder braucht eine längere Zeit der wissenschaftlich orientierten und begleiteten und für die Eltern kostenlosen Erprobung sowohl im Bereich der Schule wie der Kindergarten-erziehung; [...] Erst eine verstärkte Bildungs- und Erziehungs-forschung kann die Voraussetzungen dafür schaffen, die hier anstehenden Fragen einer Ausweitung der Schulpflicht nach unten in Zukunft besser und zweckentsprechender beantworten zu können. Auf jeden Fall wird die Einführung der neuen Eingangsstufe ohne gleichzeitige generelle Umstrukturierung der gesamten Grundstufe nicht sinnvoll sein.«<sup>179</sup>

Die von der AW geforderten Erprobungsversuche wurden seit 1972 durchgeführt. Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung zu den Ergebnissen:

»Diese Auswertung von 50 Versuchen hat als wichtigstes Ergebnis erbracht, daß es für die Förderung des Kindes bedeutsamer ist, überhaupt eine vorschulische Einrichtung als eine bestimmte Art vorschulischer Einrichtung zu besuchen; eine verbesserte pädagogische Förderung war nach den Versuchsergebnissen sowohl im Kindergarten als auch in Vorklassen oder Eingangsstufen möglich.«<sup>180</sup>

Die Arbeiterwohl-fahrt sprach sich trotz dieser Ergebnisse eindeutig für den Kindergarten aus. Dieses wurde durch zwei Argumente begründet:

- a) Die unzulängliche Reformierung der Grundschule,
- b) die Überlegenheit des Kindergartens aus sozialpädagogischer Sicht.

Mit dem Ausstieg aus dem Plan, Fünfjährige im Primarbereich unterzubringen, war allerdings auch eine Verzögerung der Grundschulreform zu erwarten. Die AW legte sich aber trotz ihrer Forderungen von '69 eindeutig fest. Sie erklärte, daß »der Kindergarten auch prinzipiell die bessere Einrichtung für die Altersgruppe der Fünfjährigen«<sup>181</sup> sei.

Während die Sozialdemokratie/AW bei der Reichsschulkonferenz 1920 die Einordnung des Kindergartens in das Schulsystem gefordert hatte, lehnte die AW 1976 eine Zuordnung zum Primarbereich ab. Dieses erscheint auf den ersten Blick widersprüchlich. Betrachtet man aber die Forderungen von Heinrich Schulz (vgl. S. 14) genauer, so erkennt man, daß der Kindergarten 1920 zwar dem Schulsystem zugeordnet werden sollte, von dem Wesen her aber eine auf dem Aspekt des Spieles aufgebaute Institution sein sollte.

So wird auch die Stellung der AW 1976 klarer. Sie befürchtete eine Verschulung der 5jährigen, auch wenn dieses im Strukturplan nicht ausdrücklich gesagt wurde. So wurde im Gegenteil eine Veränderung des Primarbereiches gefordert.

»Der Bildungsrat übersieht nicht die Gefahr, die durch eine einfache Vorverlegung des Einschulalters entstehen würde, und er fordert deshalb, daß »der Einführung des frühen Schuleintrittsalters die Veränderung der Stufen Inhalte und Lehrverfahren im Primarbereich vorausgehen« muß.«<sup>182</sup>

Doch trotz dieser Ausführungen beinhaltete der Strukturplan Andeutungen, die auf eine Veränderung von sozialpädagogischen zu lernzielorientierten Methoden, auch wenn diese nicht leistungsorientiert verschult sein sollten, im Bereich der Fünfjährigen schließen ließen:

»Die neue Art des Lernens im Elementarbereich führt nur zum Erfolg, wenn die Tätigkeitsprogramme in der Eingangsstufe des Primarbereiches fortgesetzt werden und allmählich zu stärker formalisiertem Lernen in der Grundstufe weiterführen.«<sup>183</sup>

Die Arbeiterwohl-fahrt bemängelte fehlende sozialpädagogische Komponenten im Strukturplan. Sie stand damit nicht allein, so wurde sowohl von anderen Trägerverbänden als auch von Teilen der Wissenschaft

»eine einseitige lerntheoretische Argumentation und damit einseitige wissenschaftliche Basis, die der Gefahr der Psychologisierung aller Probleme und einer einseitigen Leistungsorientierung und -steigerung Vorschub«<sup>184</sup>

leiste, abgelehnt.

Beachtung fand diese Kritik im Bildungsgesamtplan der Bund-Länder-Kommission, welche die Zuordnung der Fünfjährigen offenließ:

	1970	1975	1980	1985 <sup>185</sup>
<i>Alternative I</i>				
Fünfjährige				
a) im Elementarbereich	53,4	60	35	—
b) im Primarbereich	0,9	10	50	100
<i>Alternative II</i>				
Fünfjährige				
a) im Elementarbereich	53,4	60	55	40
b) im Primarbereich	0,9	5	30	60
<i>Alternative III</i>				
Fünfjährige				
im Elementarbereich	53,4	60	85	100

So deutlich die Ausführungen im Strukturplan und Bildungsbericht '70 für die Eingangsstufe waren, so zweifelte doch einige Wissenschaftler an der Ernsthaftigkeit, mit der diese Entwicklung vorangetrieben werden sollte.

Die Vorklassenversuche für die Überleitung Fünfjähriger in den Primarbereich wurden daher auch stark kritisiert. Sie seien durch folgende »restriktive Strukturbedingungen«<sup>186</sup> verfälscht:

- die fehlende unterrichtliche und planerische Kooperationszeit zwischen Sozialpädagogen/Erzieherinnen und Grundstufenlehrer,
- die tarifvertragliche Diskriminierung der sozialpädagogischen Fachkräfte gegenüber den Schulpädagogen an gleichwertigen Arbeitsplätzen: Statusrecht, Arbeitszeit, tarifliche Vor- und Nachbereitungszeit, Gehalt, Fortbildungsmöglichkeit,
- Lehren unter dem Gesichtspunkt der Verwaltbarkeit: keine Verfügung über die Raum- und Zeitordnung und über eine flexible Lernorganisation,

- Mangel an speziell für die Vorklasse und Eingangsstufe vorbereitenden Ausbildungsgängen und defizitäre Kenntnislage der jeweils anderen Ausbildungsinhalte bei Sozial- und Schulpädagogen,
- fehlende Grundschulreform: geringe finanzielle Aufwendungen für Lehrer- und Lernmittel, fehlende Fachlehrer mit der Folge des fach- und stufenfremden Einsatzes der sozialpädagogischen Fachkräfte.«<sup>187</sup>

So konnte durchaus an einer ernsthaften Favorisierung des Primarbereichs gezweifelt werden.

Die AW befand sich mit ihrer Entscheidung für den Kindergarten in einer prekären Situation.

Auf der einen Seite teilte sie die gesellschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen einiger Befürworter, z. B. der SPD, auf der anderen Seite lehnte sie deren Forderung nach einer Eingangsstufe mit sozialpädagogischer Begründung ab, weil der Kindergarten die bessere Institution für Sozialerziehung und Ausbildung eines gesamtgesellschaftlichen Charakters sei.

Die AW macht mit dieser Ablehnung ihre Selbständigkeit und Bereitschaft, sich in Sachfragen auch gegen die SPD zu stellen, deutlich.

In der Ablehnung der Eingangsstufe aus sozialpädagogischen Erwägungen, wie sie auch von konfessionellen Trägern gesehen wurde, traf man sich auch mit der Kinderladenbewegung. Beide lehnten die zu frühe leistungsorientierte Förderung der Kinder, wenn auch mit unterschiedlichen Gründen, ab; die AW, weil sie die Sozialerziehung im Kindergarten besser gewährleistet sah; sozialistische Kinderläden, weil sie in der kompensatorischen Funktion der Eingangsstufe eine Verdeckung gesamtgesellschaftlicher Widersprüche zu erkennen glaubte.

Mit dem eindeutigen Bekenntnis zum Kindergarten versucht die AW dessen Wichtigkeit zu betonen und maß ihm den Wert bei, den schon Adolf Douai 1876 so trefflich formulierte:

»Was auf keine andere Weise vollständig geleistet werden kann, um die Arbeit in ihrer tiefsten Bedeutung als Fortbildungsmittel der Menschheit, Bethätigung unserer naturbeherrschenden Würde und schöpferischen Tätigkeit in den Augen jeden einzelnen zu adeln und anziehend, ja, zum Bedürfnis zu machen, damit sie im erwachsenen Alter zum Spiel werde – das kann wirklich durch die Fröbel'sche Erziehung geleistet werden, weshalb diesselbe vielleicht die größte aller Entdeckungen und Erfindungen genannt werden mag. Somit ist der Kindergarten der Schule um einen großen Schritt voraus. Jener hat sich bereits das Ideal zum Zwecke gesetzt, diese noch nicht.«<sup>188</sup>

#### 8.4.2. Kindergarten und Grundschule

Mit der Ablehnung der Eingangsstufe als Vermittlungsversuch zwischen Kindergarten und Grundschule verpflichtete sich die AW moralisch, an Verbesserungen für den Übergang mitzuarbeiten.

»Unabhängig von der Frage des Beginns der Schulpflicht ist die Kooperation zwischen Einrichtungen im Elementarbereich und Grundschule auf- und auszubauen.«<sup>189</sup>

Dieses wurde um so wichtiger, da sich auch statistisch auf Bundesebene eine Bevorzugung des Kindergartens einstellte. 1975 waren 61,5 % aller in der Bundesrepublik lebenden Kinder zwischen 3 und 6 Jahren in Kindergärten angemeldet, und dieser prozentuale Anteil stieg bis 1982 fortwährend an.<sup>190</sup>

Damit war ein erhöhter Anspruch zur Zusammenarbeit mit dem Kindergarten verbunden.

Die Arbeiterwohlfahrt wollte diesem über Ausarbeitung von Hilfen für Erzieherinnen und Erziehern gerecht werden.

Der auszuarbeitende

»Kooperationsansatz zwischen Kindergarten und Grundschule sollte daher unter dem Anspruch stehen

- 1) den Schuleintritt der Kinder nicht durch Chancenungleichheiten zu erschweren,
- 2) die Grundschulpädagogik so zu verändern, daß der Übergang frei von erheblichen Brüchen in der Art des Lernens sich vollzieht,
- 3) die wertvollen Elemente der Kindergartenpädagogik, die die allseitige Persönlichkeitserziehung betonen, hervorzuheben und planvoll auszuarbeiten bzw. deren Praxis besser theoretisch zu durchdringen und Schulpädagogen zu lehren,
- 4) den Kindergarten mit den Zielen, den Ansprüchen und der Arbeit der Schule besser vertraut zu machen,
- 5) Formen praktischer Zusammenarbeit zu entwickeln.«<sup>191</sup>

In dem zitierten Handbuch des Kreisverbandes Hannover-Stadt wurden bereits 1976 denkbare Formen der Zusammenarbeit zwischen Grundschule und Kindergärten genannt. Wie wichtig der Arbeiterwohlfahrt die Bearbeitung des genannten Problems war, machte die Tatsache deutlich, daß sie 1976, nach einem eindeutigen Plädoyer für den Kindergarten, auf Bundesverbandsebene einen ad-hoc-Ausschuß einrichtete, der praktische Arbeitsempfehlungen erarbeiten sollte.

### 8.5. Die Stellung der Arbeiterwohlfahrt zum »Modell für ein demokratisches Bildungswesen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands« und zu weiteren Fragen des Strukturplans

Da sich die geäußerten Vorstellungen im »Modell für ein demokratisches Bildungswesen« und im Strukturplan weitgehend decken, werden diese hier kurz zusammen behandelt.

Neben der Ablehnung der Eingangsstufe für Fünfjährige stand die Arbeiterwohlfahrt einer Reformierung des Kindergartens natürlich (vgl. Heutige Erfordernisse) positiv gegenüber.

Die Arbeiterwohlfahrt teilte die in beiden Empfehlungen geäußerte Vorstellung, daß der Kindergarten für die 3–5jährigen freiwillig sein sollte. Sie war damit vollständig von ihrer Forderung nach einer Eingliederung des Kindergartens in ein System der Einheitsschule abgewichen und sah Kindergartenerziehung entsprechend dem Jugendwohlfahrtsgesetz als eine »traditionelle Aufgabe und ein wesentliches Aufgabengebiet der öffentlichen Jugendhilfe«<sup>192</sup> an. Auch an dieser Stelle wird deutlich, daß sich das Trägerbewußtsein der Arbeiterwohlfahrt verstärkt hat.

Die AW befürwortete den Kindergarten als »Einrichtung der Jugendhilfe, die als dritter und nicht weniger wichtiger Erziehungsträger neben Elternhaus und Schule«<sup>193</sup> stehe, und befürwortete das von der SPD »aufgestellte langfristige gesellschaftspolitische Ziel, die Kin-

dergarterziehung zu einer Stufe des Bildungswesens auszubauen, deren Besuch kostenlos«<sup>194</sup> sei.

Insgesamt kann gesagt werden, daß sich die Vorstellungen der SPD und der Arbeiterwohlfahrt mit Ausnahme der Zuständigkeitsregelungen für Fünfjährige weitgehend deckten.

So wurde das »Modell für ein demokratisches Bildungswesen« von der AW positiv beurteilt, »weil es eine umfassende Konzeption für die Neuordnung des Bildungswesens von der Kindergarterziehung bis zur Universalität«<sup>195</sup> entwickelte.

So wird also 1969 von der SPD und der AW, ähnlich wie im Strukturplan 1970, der Kindergarten dem Bildungswesen zugeordnet, ohne die Zuständigkeitsregelung zu verändern (Jugendhilfe – Schule = Kultus- und Sozialministerium – Bildungs- und Wissenschaftsministerium). Die Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege, deren Mitglied die Arbeiterwohlfahrt ist, stimmte der Neuformulierung der Aufgaben des Kindergartens als auch seiner strukturellen Zuordnung zu:

»Die Aufgaben und Möglichkeiten des Kindergartens im Rahmen der vorschulischen Erziehung liegen darin, ein nach didaktisch-methodischen Gesichtspunkten aufgebautes und dem Lebensalter entsprechendes Bildungsangebot zu vermitteln.«<sup>196</sup>

Die Träger der freien Wohlfahrtspflege

»stimmen mit den Stellungnahmen der Obersten Jugendbehörden, der Landesjugendämter und der Fachorganisationen überein, die diese sozialpädagogische Aufgabe als einen Schwerpunkt der Jugendhilfe für die nächsten Jahre herausgestellt haben [ . . . ].«<sup>197</sup>

Der Bildungsauftrag des Kindergartens, ohne eine Änderung des Zuständigkeitsbereiches, wurde aber gerade von »linken« Pädagogen stark kritisiert:

»Entgegen bildungspolitischen Stellungnahmen ist der Kindergarten kein Teil des Bildungswesens. Kindergarterziehung ist eine gesetzlich festgelegte Aufgabe der Jugendhilfe (siehe Jugendwohlfahrtsgesetz). Traditionell angelegt als sozial-karitative Institution zur Verminderung sozialer Benachteiligungen und Schäden (deshalb auch der hohe Anteil konfessioneller Einrichtungen), besteht nur ein geringer Zusammenhang zu Bereichen, in denen Bildung betrieben wird. Sozialpädagogik contra Schulpädagogik, freies Spiel contra gezieltes Lernen sind die Pole, die als scheinbares Gegeneinander aufgebaut werden. Damit erfährt die Trennung in Bewahren und Erziehen durch die Kluft zwischen »Erziehen« und »Bilden« eine weitere Verschärfung.«<sup>198</sup>

Trotz der positiven Bewertung des Strukturplanes wurden von Vertretern der Arbeiterwohlfahrt doch einige Punkte stark angegriffen. Wolfgang Bäuerle kritisierte die im Strukturplan postulierte defizitäre Situation der Familie, die durch öffentliche Erziehung ersetzt statt verbessert werde:

»Das *Bildungskonzept des Bildungsrates ist symptomatisch für jene Bildungspolitiker, Bildungsplaner und Pädagogen, die nur auf die Wirkung öffentlich veranstalteter Erziehung bauen und von vornherein vermuten, daß der Sozialisationsagent »Familie« ein unveränderbarer wenig leistungsfähiger, wenn auch nicht ausschließbarer Faktor im Sozialisationsprozeß sei.*«<sup>199</sup>

Bäuerle kritisierte diesen Standpunkt und forderte einen verstärkten Ausbau der Familienbildung, nicht zuletzt deswegen, da er Früh Schäden bei Kindern für weitge-

hend irreparabel hielt. Bei dieser Forderung ging es ihm nicht darum, den Kindergarten als Sozialisationsinstanz wegdiskutieren zu wollen, sondern auf die Gefahr des Alleinanspruches der gesellschaftlichen Erziehung hinzuweisen.

Ein weiterer Ansatzpunkt für Kritik bot die Forderung nach mehr Elternarbeit im Kindergarten. Barbara Schmitt-Wenkebach, Mitglied des Fachausschusses Familienpolitik der Arbeiterwohlfahrt, kritisierte diese unreflektierte Forderung:

»Eltern sollen über die Kinder unterrichtet werden, auftretende Schwierigkeiten sollen in Gesprächen gemeistert werden usw.

Weder bei der Aufzählung der notwendigen Kenntnisse noch bei der Forderung der Zusammenarbeit von Eltern und Erziehern wird darauf hingewiesen, wie der Erzieher die dafür notwendigen Kenntnisse, etwa die der Erwachsenenbildung, erwerben soll.«<sup>200</sup>

So wurde also von seiten der AW sowohl das Fehlen einer sozialpädagogischen Komponente wie der Elternbildung als auch das Fehlen von Umsetzungsvorschlägen für die Erzieherausbildung in die Praxis kritisiert.

So war bei der Arbeiterwohlfahrt eine weitere Annäherung an die anderen Wohlfahrtsverbände und eine Abgrenzung zu Pädagogen, die eine weitergehende Vergesellschaftung des Vorschulbereiches forderten, festzustellen. Zu berücksichtigen ist dabei allerdings, daß über Formulierungen wie Erziehungs- oder Bildungsaufgabe leicht ein Konsens zu finden war, da er keine Aussagen über inhaltliche Ausgestaltung dessen machte.

Auch an diesem Punkt wird deutlich, daß die AW sich zunehmend mit inhaltlichen Fragen beschäftigte. Im Zusammenhang mit der fehlenden Kompetenz in der Erwachsenenbildung erscheint es mir wichtig, noch einmal kurz auf die Forderungen der AW zur Personalstruktur in Kindergärten einzugehen.

## 8.6. AW und Kinderpflegerinnen

Nach ersten Versuchen der AW, Volksschüler auf soziale Berufe vorzubereiten, welche, wie bereits beschrieben, als gescheitert erklärt wurden, gründete die AW Kinderpflegerinnenschulen.

Mit den durch den Strukturplan und später durch den Bildungsgesamtplan verbundenen Forderungen nach Ausbildung von Fachkräften (Sozialpädagogen, Erzieher), aber auch durch die gesteigerten Anforderungen an das pädagogische Personal verfestigte sich innerhalb der AW die Meinung, daß Kinderpflegerinnen nicht mehr in Kindergärten eingesetzt werden sollten. Elisabeth Simon beschreibt diesen Sachverhalt:

»Es ist eine verbürgte Tatsache: Bei der Verabschiedung des Bildungsgesamtplanes im Sommer 1973 waren als »Fachkräfte« im Bereich der Elementarerziehung der Sozialpädagoge und der Erzieher vorgesehen. Unterhalb dieser mittleren Ausbildungsebene soll und wird es eine Vorbereitung auf die pädagogische Arbeit im Kindergarten nicht mehr geben. Damit ist die Entscheidung gegen eine weitere Ausbildung von Kinderpflegerinnen für den Bereich der Elementarerziehung gefallen.«<sup>201</sup>

Die AW forderte aufgrund dieser Einsicht/Interpretation den sofortigen Stopp der Kinderpflegerinnenausbil-

202 und machte Vorschläge für eine Lösung zur Hilfe derjenigen, die bereits ausgebildet waren oder sich in der Ausbildung befanden. Ein wesentliches Kriterium bei der Forderung nach Einstellung des Kinderpflegerinnenberufes war auch die Tatsache, daß Kinderpflegerinnen nicht, wie es ihrer beruflichen Ausbildung entsprochen hätte, als Helferinnen arbeiteten, sondern häufig Gruppenleiterfunktionen innehatten.

Andere Verbände wiesen dagegen auf die wichtige Hilfskrafttätigkeit hin, die aber durchaus, weil eine Unterscheidung der Arbeitsbereiche in der Praxis kaum möglich sei, auch von der Forschung bezweifelt wurde:

»Das Argument, die Kinderpflegerinnen sollen hier (im Kindergarten, d. Verf.) nur als Helfer der Erzieher und Sozialpäd-

agogen eingesetzt werden, erscheint fragwürdig, da sich die praktische tägliche Arbeit in der Kindergruppe kaum nach dem Grad der Verantwortlichkeit in mehr selbständig leitende und helfende bzw. assistierende Tätigkeit aufteilen läßt.«<sup>203</sup>

Die Ablehnung der AW sollte bis heute Gültigkeit haben, zumal im Rahmen finanzieller Kürzungen Träger wieder verstärktes Interesse an kostengünstigen Lösungen zeigen.

Grundsatz der AW, in dem Wissen, daß diesem auch in der Praxis eigener Einrichtungen noch nicht vollständig Rechnung getragen wird, ist:

»Unterste Qualifikationsebene ist für uns die Erzieherausbildung. Zielvorstellung bleibt: 2 sozialpädagogische Fachkräfte (Erzieher) pro Gruppe.«<sup>204</sup>

## 9. Die Arbeiterwohlfahrt heute – Grundwerte und Konzeption für den Elementarbereich

Der allgemeine bildungspolitische Aufschwung, die zunehmende Etablierung sozialpädagogischer Arbeit ließen auch in der Arbeiterwohlfahrt den Ruf nach verstärkter Auseinandersetzung mit Sozialarbeit/Sozialpädagogik laut werden. Hatte die AW zwar schon in den fünfziger Jahren in Diskussionen mit Sozialarbeitern/Sozialpädagogen regelmäßig großes Interesse an diesem Bereich bekundet, so wurde 1973 von Jürgen Markmann gefordert, »die konstruktive Auseinandersetzung mit der Stellung der Sozialarbeit/Sozialpädagogik nicht nur innerhalb des Verbandes zu forcieren«.<sup>205</sup>

Dabei lag der AW wohl auch daran, ein einheitlicheres Profil zu bekommen, vor allen Dingen aber auch, dieses nach außen zu vertreten. Die Arbeiterwohlfahrt war bestrebt, sich deutlicher von anderen Wohlfahrtsverbänden abzugrenzen:

»Die Arbeiterwohlfahrt steht vor der Entscheidung, ein politisch spezifischer oder ein bloß »konfessionell nicht gebundener« Verband zu sein.«<sup>206</sup>

Es war also in der Reformzeit eine Rückbesinnung auf Traditionen zu erkennen, und die AW hatte »zu unterscheiden, wie ernst es ihren Mitgliedern, Organen und Mitarbeitern mit dem Ziel einer Gesellschaft des demokratischen, humanistischen Sozialismus«<sup>207</sup> war.

Dieses schloß auch ein Überdenken pädagogischer Grundfragen ein: »Es ist hohe Zeit, daß die Arbeiter-

wohlfahrt ihre pädagogische Aufgabe neu definiert und ihren Standort bestimmt.«<sup>208</sup>

1975 legte die Arbeiterwohlfahrt ihr Fachpolitisches Programm vor, in dem deutlicher denn je Ziele und Grundwerte der AW veröffentlicht wurden und welches auch auf die innerverbandliche Elementarerziehung Einfluß haben sollte.

### 9.1. Die Forderungen des »Fachpolitischen Programmes«

Das Fachpolitische Programm der Arbeiterwohlfahrt ist als Versuch zu sehen, das durch viele Stellungnahmen zu sozial- und bildungspolitischen Problemen entstandene Bild des Verbandes zu konkretisieren und so auch seinen Mitgliedern einen Rahmen bzw. eine Hilfestellung zu geben. Dabei sollte dieses Programm Grundwerte bzw. fachpolitische Aussagen definieren, die aber keinem innerverbandlichen Dogma gleichen sollten:

»Die Arbeiterwohlfahrt ist sich dabei bewußt, daß in einer Zeit des schnellen technischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandels konkrete Einzelforderungen und Programme auch veralten.«<sup>209</sup>

Daher ist das Fachpolitische Programm durchaus veränderbar, und es »bedarf daher der ständigen Überprüfung an der gesellschaftlichen Realität und – daraus folgend – auch der Weiterentwicklung«.<sup>210</sup>



### 9.1.1. Leitsätze zur Familienpolitik

Die Arbeiterwohlfahrt bejaht die Familie als Zusammenlebensform. Als Familie definiert sie »eine auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaft mehrerer oder eines Erwachsenen mit Kindern«<sup>211</sup>.

Mit dieser Definition trägt die Arbeiterwohlfahrt der Entwicklung von Familienstrukturen Rechnung und versucht, die Diskriminierung einer nicht dem traditionellen Muster entsprechenden Familie zu vermeiden.

Das bedeutet unter anderem eine Anerkennung der bestehenden als auch eine Öffnung für neuere Entwicklungen:

»Die Bejahung von Familie und Familienerziehung berücksichtigt die Wirklichkeit in unserer Gesellschaft genauso wie sie dazu auffordert, für neue Formen und Inhalte familialen Zusammenlebens offen zu sein.«<sup>212</sup>

Mit diesem Grundsatz spricht sich die Arbeiterwohlfahrt auch gegen eine totale Vergesellschaftung von Erziehung aus. Im bildungspolitischen Bereich vertritt sie den Grundsatz der Gleichrangigkeit aller Bildungsbeirichte.

Dem Kindergarten kommt dabei eine große Aufgabe zu, nicht zuletzt deswegen, weil die Variabilität des Kindes bereits sehr früh festgelegt sei:

»Die pädagogische Verantwortung des Erziehers ist um so größer, je tiefer die pädagogische Beziehung beim Kind wirksam ist.

Bei jüngeren Kindern sind die pädagogischen Beziehungen tiefer. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer Verbesserung der pädagogischen, soziologischen und sozialpsychologischen Ausbildung insbesondere von Kleinkindpädagoginnen und Grundschullehrern.«<sup>213</sup>

### 9.1.2. Leitsätze zum Elementarbereich

Die Arbeiterwohlfahrt definiert den Elementarbereich »als ein differenziertes Angebot familienbegleitender Erziehungs- und Bildungshilfen für Kinder ab 3 Jahre bis Beginn der Schulpflicht«<sup>214</sup>.

In der Formulierung »familienbegleitender Erziehungs- und Bildungshilfen« wird deutlich, daß die AW den Kindergarten nicht als Institution sieht, die ein »postuliertes Defizit« der Familie ausgleicht, sondern die neben der Familie als ein Bruchstück kindlicher Entwicklungs- und Sozialisationshilfe auftritt.

Der Grundsatz der Familienbegleitung macht eine Verwirklichung von Elternarbeit zwingend:

»Zur sinnvollen Abstimmung und Koordination der erzieherischen Bemühungen muß eine über die bisher schon praktizierte Mitwirkung hinausgehende Mitbestimmung der Eltern realisiert werden. Es sind Programme zu entwickeln, die Eltern und Erzieher dazu befähigen, gemeinsam zu entscheiden und zu handeln.«<sup>215</sup>

Des weiteren fordert die AW Kooperation mit der Grundschule sowie eine Integration behinderter Kinder, soweit der Grad der Behinderung es zulasse, in Kindergärten.

Als Grundsatz für die Arbeiterwohlfahrt soll vor allem gelten: »Jede Erziehung mittels Angst und Repressionen ist strikt abzulehnen.«<sup>216</sup> Diese allgemein gefaßten

Grundsätze sollten Anlaß geben, über den Elementarbereich und seine weitere Ausgestaltung auch innerverbandlich weiterzudiskutieren.

## 9.2. Der Kindergarten der Arbeiterwohlfahrt heute

Diese geforderte innerverbandliche Diskussion fand auch statt. Über Fragen des Elementarbereiches vermehrten sich die Veröffentlichungen der AW. 1975 wurde mit dem Praxisheft »Der Kindergarten der Arbeiterwohlfahrt (1)« eine Hilfe, aber auch eine grundlegende Richtung festgelegt, die in den darauffolgenden Jahren weiter inhaltlich angefüllt wurden.

### 9.2.1. Der Standort – Grundwerte

Die durch das Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus festgelegte politische Richtung der Arbeiterwohlfahrt gab auch für den Elementarbereich Rahmenbedingungen vor. Daraus folgt auch der Grundsatz, daß »Sozialer Einfluß, politische Einstellung, Rasse oder Religion der Eltern und der Familien«<sup>217</sup> keine Rolle, »weder für die Aufnahme des Kindes noch in der Arbeit des Kindergartens«<sup>218</sup> spielen dürfe. Die Arbeiterwohlfahrt öffnete sich damit für alle Gesellschaftsgruppen. Waren im Praxisheft die Grundanforderungen an die Erzieherinnen noch nicht genau definiert, so wurde 1981 von der Landesarbeitsgemeinschaft Nordrhein-Westfalen und kurz darauf vom Bundesverband in ähnlicher Weise gefordert:

»Erzieherinnen und Eltern in den Kindergärten der Arbeiterwohlfahrt werden aufgefordert, bei der Wahrnehmung und Gestaltung von Situationen auf folgende Inhalte und Themen als Grundwerte zu achten:

1. Demokratie
2. Toleranz
3. Freiheit
4. Erziehung als Teilhabe am gesellschaftlichen, politischen Leben und Frieden.«<sup>219 + 220</sup>

Wie sieht die Arbeiterwohlfahrt den Zusammenhang dieser Grundwerte zum Kindergarten.

Ausgehend von der Forderung, daß Kinder im Kindergarten Zusammenhänge gesellschaftlichen Lebens erkennen und begreifen lernen sollen, sieht die Arbeiterwohlfahrt in den vier genannten Grundsätzen eine wichtige Voraussetzung dafür, die hier kurz erklärt werden soll:

#### DEMOKRATIE

Die Arbeiterwohlfahrt hält Demokratie für eine Grundvoraussetzung einer humanen Gesellschaft.

Der Kindergarten soll mit dazu beitragen, Verhaltensweisen, die für dieses Ziel unabdingbar sind, zu erlernen, das heißt:

»... in demokratisch abgestimmter Weise gemeinsame Handlungen mit Kindern durchzuführen, den menschlichen, d. h. demokratischen Konfliktlösungs- und Lebensformen den Vorzug zu geben. Dabei wird die Mitentscheidung von Kindern und Eltern durch Kritik und Selbstregulierung sowohl bei der Planung als auch Ausgestaltung der Situationen von besonderer Bedeutung sein.«<sup>221</sup>

Mit der Integration der Kinder in Planungs- und Entscheidungsprozesse dokumentiert die Arbeiterwohlfahrt, daß sie bemüht ist, das von ihr geforderte »Recht des Kindes auf Entfaltung der Persönlichkeit«<sup>222</sup> in die Praxis umzusetzen.

Beispielhaft soll an diesem Grundsatz dargestellt werden, wie die AW dieses in Praxisempfehlungen umsetzt:

»Demokratie im Kindergarten heißt auch:

- Vorbereitung und Einüben in verständnisvolles, friedliches Miteinanderleben.
- Eine Atmosphäre schaffen, in der sich Kinder, Erzieher und Eltern wohlfühlen.
- Wärme und Geborgenheit vermitteln.
- Inhaltliche Auseinandersetzung mit Gewalt, Aggression, Krieg, Frieden, Armut und Reichtum.
- Andere Menschen, andere Länder, Sitten und Gebräuche kennenzulernen.
- Andere Menschen zu tolerieren und zu akzeptieren.
- Abbau von Vorurteilen. (Weiße sind nicht besser als Schwarze. Türken sind genauso gut oder schlecht wie Deutsche.)
- Öffnung zu Gruppen, bereit sein, sich auf »Neues« einzustellen.
- Interessengruppen bilden, an denen die Kinder je nach Neigung teilnehmen können.
- Die Kolleginnen oder Kollegen als Persönlichkeit akzeptieren.
- Ehrlichkeit, sich selber und anderen gegenüber.
- Konflikte und Probleme ansprechen, besprechen und gemeinsam lösen.
- Sich gegenseitig helfen, bereit sein, Hilfe zu geben und Hilfe anzunehmen.
- Vertrauen schaffen.
- Zusammenarbeiten (auch die Reinigungskräfte sind Mitarbeiterinnen).
- Konkurrenzdenken und -verhalten erkennen und abbauen.
- Mehr miteinander statt gegeneinander reden und arbeiten.
- Keine hierarchischen Strukturen, sondern Teamarbeit.
- Bereit sein, gemeinsam Verantwortung zu tragen.
- Das Erziehverhalten zu reflektieren (inkonsequentes Verhalten führt zur Desorientierung des Kindes).
- Selbstkontrolle des eigenen Verhaltens.
- Fähig sein, Lob und Kritik zu erteilen und von anderen anzunehmen.
- Einheitliches Erziehverhalten, gemeinsame pädagogische Konzeption, Feste und Feiern gemeinsam vorbereiten.
- Kontinuierliche Zusammenarbeit mit den Eltern, um die Erziehungsarbeit im Kindergarten transparent zu machen und eine Abstimmung in der Erziehung zwischen Kindergarten und Elternhaus zu ermöglichen.«<sup>223</sup>

## TOLERANZ

Durch die Öffnung des Kindergartens für alle gesellschaftlichen Gruppen sieht die Arbeiterwohlfahrt »täglich gelebte und gestaltete« Toleranz, die es auszuarbeiten und weiterzuentwickeln gelte. Methodisch sei dieses über die Aufarbeitung unterschiedlicher Lebenswelten und der daraus folgernden Konsequenz nach Umsetzung in Form von Spielmöglichkeiten etc., die ihrerseits neben dem Kennenlernen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen untereinander eine Akzeptanz hervorrufen sollen, zu erreichen.

## FREIHEIT

»Freiheit ist nach Auffassung der Arbeiterwohlfahrt die Voraussetzung von Kultur und untrennbar mit der Gestaltung von

sozialen und politischen Entwicklungen verbunden. Die Arbeiterwohlfahrt möchte, daß Kinder die Freiheit auch in einem ganz allgemeinen Sinne erfahren, um damit in ihrem späteren Leben umgehen zu können.«<sup>224+225</sup>

## ERZIEHUNG ALS TEILHABE AM GESELLSCHAFTLICHEN, POLITISCHEN LEBEN UND FRIEDEN

Die Arbeiterwohlfahrt sieht in gesellschaftlichen Disparitäten wichtige Lernmöglichkeiten für Kinder. Der Verbesserung sozialen Unrechts müssen aber Erkenntnisprozesse vorausgegangen sein, die nach Ansicht der AW schon im frühen Kindesalter gefördert werden müßten. Dabei geht sie davon aus, daß der Kindergarten durchaus die Möglichkeit biete, sich mit Widersprüchen und ungelösten Fragen auseinanderzusetzen, ohne dem Irrtum zu unterliegen, dabei zu glauben, daß diese durch den Kindergarten gelöst werden könnten.

Um diese Erkenntnisprozesse zu fördern, setzt sich die AW dafür ein,

»daß die Kinder die Berufswelt der Erwachsenen, die Auseinandersetzung mit der Natur, den Naturwissenschaften, durch die Arbeit nach dem situationsbezogenen Ansatz erfahren können.«<sup>226</sup>

Dabei soll gewährleistet bleiben, daß dies »kindgemäß« für das jeweilige Alter geschieht.

Zur Teilhabe am gesellschaftlichen, politischen Leben gehört nach Ansicht der AW auch eine Auseinandersetzung mit Frieden, den sie folgendermaßen definiert:

»Unter Frieden ist nicht nur die Abwesenheit von Krieg oder Harmonie ganz allgemein verstanden, sondern der aktive und gewollte Einsatz für eine friedliche Lösung von Konflikten durch Offenheit und Transparenz unterschiedlichster Lebenssituationen.«<sup>227</sup>

Diese Aufforderung nach friedlicher Konfliktlösung setzt einen fortwährenden Austausch aller Beteiligten voraus, aber auch ein Überdenken z. B. ökonomischer Ungleichheiten:

»Nach Auffassung der Arbeiterwohlfahrt ist die Erziehung zum Frieden daher als die gegenwärtige und zukünftige Aufgabe ein wichtiger Teil der Erziehungsarbeit in den Tageseinrichtungen für Kinder. Diese Erziehung schließt ein, daß Voraussetzungen und Bedingungen dafür geschaffen werden, daß möglichst viele Menschen an den Gütern, Leistungen und Möglichkeiten unserer Gesellschaft teilnehmen.«<sup>228</sup>

Damit bindet die AW, wie schon in der Weimarer Republik, die positive Entwicklung von Erziehung auch an ökonomische Gegebenheiten und bezieht damit den Kindergarten in gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge bewußt mit ein.

### 9.2.2. Kommentar – Einschätzung

Es war ein wichtiger Schritt, daß diese Grundsätze programmatisch festgelegt wurden. Die Arbeiterwohlfahrt stellt sich mit diesen Bekenntnissen zur Diskussion. Sie versucht damit, ihrem Anspruch, ein politischer Verband zu sein, Rechnung zu tragen.

Als positiv ist ferner festzuhalten, daß durch solche programmatischen Aussagen Zielorientierungen festgelegt werden, die sonst vielleicht in Gesetzesakten verstauben und vergessen würden. Zum zweiten mögen diese Grundsätze zwar Allgemeingut sein, müssen aber im

Zusammenhang mit dem Bekenntnis zum Demokratischen Sozialismus gesehen werden und bekommen dadurch eine system- bzw. bildungspolitisch verändernde Komponente, die AW-spezifisch ist.

Bleibt die Frage nach Theorie und Praxis. Die genannten Grundwerte an sich sagen natürlich wenig über methodische Arbeit im Kindergarten, als auch über ihre tatsächliche Umsetzung in die Praxis aus.

Letzteres wäre nur empirisch zu untersuchen und kann an dieser Stelle nicht geleistet werden.

Zur methodischen und inhaltlichen Arbeit kann aber gesagt werden, daß die Arbeiterwohlfahrt bemüht ist, diese Grundsätze in Form von Anregungen und inhaltlicher Füllung in den Kindergarten zu transferieren. Beispiele dafür sind praxisorientierte Veröffentlichungen zu diesen Grundsätzen (Praxisbrief Frieden 24/82) sowie Fortbildungsveranstaltungen zu denselben.

### 9.3. Der situationsorientierte Ansatz

Nach der Durchführung des Erprobungsprogrammes und der Modellversuche wurde der Anspruch des Kindergartens, einen verbesserten Schuleinstieg für Kinder erreichen zu können, auch durch die Forschung belegt,

*»d. h. aus Einschulungsjahrgängen mit guter Kindergartenversorgung werden aus der ersten Klasse weniger Kinder zurückgestellt, bleiben weniger Kinder sitzen und werden weniger Kinder einer Sonderschule zugeführt.«<sup>229</sup>*

So ist der situationsorientierte Ansatz durchaus als selbständige Antwort des Kindergartens auf die Zuordnung der Fünfjährigen zu sehen. Wurde er am Anfang mehr durch Bildungsplanung und Wissenschaft als durch Planung an der Basis (Trägerverbände) konstruiert, so fand er doch über das Erprobungsprogramm seinen Einzug in die Institutionen.

1975 forderte die Arbeiterwohlfahrt:

*»Die Kinder sollen nicht in einer ›heilen Welt‹ und auch nicht für eine heile Welt erzogen werden. Sie sollen lernen, daß man sich auseinandersetzen und zusammensetzen kann. Sie sollen erleben, daß es vielfältige Situationen gibt, die das Leben erschweren können und daß jeder einmal Hilfe brauchen, aber auch Hilfe leisten kann.«<sup>230</sup>*

Mit diesem Grundsatz legt die AW fest, den Lebensalltag der Kinder zu berücksichtigen. So war es für die AW eine Selbstverständlichkeit, den Anforderungen des Situationsansatzes zuzustimmen, da er ihren emanzipatorischen Forderungen durchaus entgegenkommt.

Wie definiert die AW »Situationsbezogenes Arbeiten«?<sup>231</sup>

*»Situationsbezogenes Arbeiten bedeutet – ausgehend vom Prinzip ganzheitlicher Erziehung zur Entfaltung aller kindlichen Fähigkeiten – die Lebensbedingungen von Kindern und Eltern, ihre Chancen und Probleme aufzunehmen und in methodischer Vielfalt in den Mittelpunkt des Lebens und Lernens in der Tageseinrichtung zu stellen. Diese Arbeitsweise trägt dem Umstand Rechnung, daß Kinder erfahrungs- und handlungsbezogen lernen, berücksichtigt den altersgemäß individuellen Entwicklungsstand und schließt das einseitige Training (z. B. durch Arbeitsmappen) und die Aussonderung 5jähriger, z. B. in Vorschulklassen, aus. Der pädagogische Alltag in unseren Tageseinrichtungen in altersgemischten Gruppen schließt immer die Vorbereitung der Kinder auf die Schule mit ein.«<sup>232</sup>*

Diese Arbeit verlangt Planung, was bedeutet,

*»daß mit dem Situationsansatz arbeiten eben nicht heißt, situativ zu arbeiten (Anlaßpädagogik), sondern, daß es von erheblicher Bedeutung ist, die Arbeit unter besonderen Gesichtspunkten zu planen. Planung wird in diesem Zusammenhang als Bestandteil des pädagogischen Prozesses und nicht als Vorbereitung auf pädagogisches Geschehen.«<sup>233</sup>*

Bezogen auf die AW-Grundsätze, in denen das Kind als gleichberechtigtes Mitglied gesehen wird, bedeutet das die Teilhabe des Kindes an Planungsprozessen, wie es auch in den drei genannten Ansätzen gefordert wird<sup>234</sup>.

Wie soll nun dieser Planungsverlauf aussehen? Hierbei muß gesagt werden, daß die Definition des Planungsablaufes in den drei Ansätzen unterschiedlich dargestellt wird. Barbara Schmitt-Wenkebach gibt folgendes Raster dafür an:

1. »Analyse bedeutsamer Situationen«<sup>235</sup>, wobei »bedeutsam . . . immer die Situationen (sind), die betroffen machen«.<sup>236</sup>
2. »Erwerb von erzieherischen Qualifikationen durch Erfahren und Handeln.«<sup>237</sup>
3. »Auswahl entsprechender Inhalte und Möglichkeiten, diese Qualifikationen zu erreichen.«<sup>238</sup>

Vermittelt der situationsorientierte Ansatz durch seine didaktischen Ausführungen auch Inhalte (Emanzipation)<sup>239</sup>, so bietet er sich der AW auch an, da er ihr immanente Grundprinzipien enthält, so zum Beispiel

*»daß die situationsorientierte Didaktik für die soziale Arbeit mit Kindern am ehesten geeignet ist, soziales und demokratisches Bewußtsein zu fördern«<sup>240</sup>.*

Diese Form demokratischen Bewußtseins, die nicht zuletzt durch Interaktion untereinander gefördert wird und im Ansatz permanent präsent ist, wird über eine Form von Vermenschlichung erreicht<sup>241</sup>.

Das kommt den politischen Grundsätzen der AW entgegen, zumal zu diesem, sowohl im Ansatz des DJI als auch in den anderen, »die Einbindung des Kindergartens in das Gemeinwesen als eine wichtige gesellschaftspolitische Forderung«<sup>242</sup> verlangt wird, was eine traditionell sozialdemokratische Forderung ist.

Sieht man diese bereits im Konzept und in Übereinstimmung mit der AW stehenden Forderungen, so wird deutlich, warum die AW diesen Entwicklungen zustimmt.

So sind in dem diskursähnlichen Planungsprozeß des situationsorientierten Ansatzes Parallelen zu Forderungen der AW, wie oben beschrieben, deutlich zu erkennen, was aber nicht bedeutet, daß sich eine unreflektierte Übernahme zwangsläufig aufdrängt, denn der Diskurs »bedarf als Gegengewicht auch des Dialogs mit den gesellschaftlichen Kräften, die unsere sinnstiftenden Traditionen fortführen und Ziele entwerfen«<sup>243</sup>.

So ist es also als eine Anfüllung mit trägerspezifischen Werten zu deuten, wenn die AW ihre Grundsätze »Demokratie, Freiheit, Verantwortung, Toleranz und Solidarität«<sup>244</sup>, welche sich in der Tradition des »Demokratischen Sozialismus« entwickelt haben, in den Situationsansatz integriert.

Dieses ist vergleichbar mit der Haltung konfessioneller

Träger, die, in Ermangelung der Einbeziehung religiöser Erziehung, ihre Werte in die Ansätze integrieren.

So treffen sowohl AW als auch konfessionelle Träger innerhalb des Ansatzes *eigene Wertentscheidungen*, ohne die »pädagogisches Handeln, Gestaltung und Auswahl einer pädagogischen Situation . . . nicht möglich«<sup>245</sup> sind.

Fraglich bleibt, wie weit diese Wertentscheidungen in den Ansätzen impliziert sind bzw. wie selbständig die Träger Ansätze weiter definiert und somit in ihrem eigenen Interesse verändert haben. Zu diesem Punkt wären genauere Untersuchungen notwendig.

## 9.4. Größe und Aufgaben

### 9.4.1. Statistische Entwicklung

Betrachtet man die Ausbreitung der Kindergärten der Arbeiterwohlfahrt, so sieht man, daß der prozentuale

	46	47	48	49	68	69	70	71	73	74	75	83	85	87
Kindergärten	46 <sup>1</sup>	138 <sup>1</sup>	214 <sup>1</sup>	202 <sup>2</sup>	194 <sup>3</sup>	211 <sup>5</sup>	217 <sup>5</sup>	252 <sup>5</sup>	279 <sup>3</sup>			383 <sup>3</sup>		
Kinderkrippen					19 <sup>3</sup>	7 <sup>5</sup>	7 <sup>5</sup>	12 <sup>5</sup>	27 <sup>3</sup>			29 <sup>3</sup>		
Tageseinrichtungen					ca. 260 <sup>4</sup>							ca.		
Sonderkindergärten						21 <sup>5</sup>	22 <sup>5</sup>	34 <sup>5</sup>	26 <sup>5</sup>	36 <sup>5</sup>		340 <sup>6</sup>	412 <sup>7</sup>	460 <sup>4</sup> 540 <sup>3</sup> 547 <sup>6</sup>

1 Zusammengerechnete Werte nach: Entwicklung der Kindergärten der Arbeiterwohlfahrt, a. a. O., S. 30.

2 Zusammengerechneter Wert nach: Offene und halboffene Einrichtungen, in: Die Arbeiter-Wohlfahrt 1919-1949, a. a. O., S. 15.

3 Der Stellenwert . . . , a. a. O., S. 5.

4 Ilsa Diller-Marschall, Tageseinrichtungen für Kinder, in: Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (Hrsg.), Arbeiterwohlfahrt - Verband für soziale Arbeit, Wiesbaden 1985, S. 105 u. 106.

5 Bundeskonferenz 74, unveröffentl. Material.

6 Arbeiterwohlfahrt in Zahlen, in: TuP, 10/1974, S. 399.

7 Die Arbeiterwohlfahrt in Zahlen (1975), in: TuP, 11/1975, S. 437.

8 Humanitäres Handeln aus politischer Verantwortung, Grundsatzprogramm der AW, S. 86, Bonn 1988, 2. Auflage.

Was bedeuten diese Zahlen nun in bezug zur Kindergartenentwicklung überhaupt:

Setzt man die 383 Kindergärten der AW von 1983 ins Verhältnis zu den 1984 von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege unterhaltenen Kindergärten, so errechnet sich ein prozentualer Anteil der AW von etwa 2,3%<sup>246</sup>, also eine sehr geringe Beteiligung. Beachtenswert erscheint mir aber, daß sich zwischen 1970 und 1983 die Anzahl der Kindergärten der AW um etwa 76% erhöht hat, währenddessen bei der BAG der Freien Wohlfahrtspflege insgesamt die Anzahl der Kindergärten zwischen 1970 und 1984 nur um etwa 40% gestiegen ist. Dieser, wenn auch absolut nur geringe, prozentual aber doch gewaltige Unterschied ist leider anhand von Daten nicht zu erklären.

Anzunehmen ist aber, daß sich durch die Kindergarten-gesetze (besonders durch die Lösung in NW) die Zuschußpraxis verbessert hat und somit auch ein verstärkter Ausbau von Einrichtungen der AW stattgefunden hat.

Hinzu kommt, daß die Arbeiterwohlfahrt Bundesverband Anfang der siebziger Jahre eigens eine Stelle für sozialpädagogische Fragen eingerichtet hat. Durch diese zentrale Stelle dokumentiert die AW deutlich das Inter-

Anteil an den gesamten Institutionen der freien Wohlfahrtspflege mit 2,1% sehr gering ist.

Man muß allerdings dazu sagen, daß diese Anzahl im krassen Mißverhältnis zur Größe des Gesamtverbandes steht. So ist die AW mit etwa 585 000 haupt- und ehrenamtlichen Helfern der mitgliederstärkste Wohlfahrtsverband überhaupt.

Wie bereits erklärt, verfügt die Arbeiterwohlfahrt im Gegensatz zu den kirchlichen Trägern nicht über Steuermittel und ist somit weniger in der Lage, gerade Zuschußbetriebe, wie es Kindergärten und Kindertagesstätten heute noch sind, zu unterhalten.

Wie ist die AW zahlenmäßig im Elementarbereich vertreten? Nach 1945 haben sich die Einrichtungen der AW folgendermaßen entwickelt:

esse, den Tageseinrichtungsbereich auszuweiten. Trotzdem ist die AW aber nicht in allen Bundesländern gleich stark vertreten. So befinden sich z. B. etwa 30% aller Kindergärten in Nordrhein-Westfalen, dagegen befinden sich in Rheinland-Pfalz kaum Einrichtungen der AW. Es ist also durchaus anzunehmen, daß der Ausbau von Kindergärten *auch* in starkem Maße von der öffentlichen Finanzierung der Einrichtungen beeinflusst wird, aber auch der bei den Trägern für die Einrichtung verantwortlichen Fachberatern abhängt. Dazu die AW selbst:

»Da die Finanzierung von gesetzlichen Regelungen der einzelnen Bundesländer [. . .] sowie der politischen Situation vor Ort abhängig ist, ist die Anzahl der Einrichtungen in den einzelnen Verbandsgliederungen sehr unterschiedlich.«<sup>247</sup>

Da, wo es schon z. B. seit Anfang der siebziger Jahre Fachberater bei der AW gibt, sind auch nach außen Engagement und Entwicklungen sichtbar. So führte die Landesarbeitsgemeinschaft der AW 1978 eine 2. Landeskonferenz der AW für Kindergärten durch. Darüber schrieb sie:

»Es konnte nach dieser Konferenz [2. Landeskonferenz der Landesarbeitsgemeinschaft der Arbeiterwohlfahrt Nordrhein-Westfalen] festgestellt werden, daß die Träger von Kindergärten die Kreisverbände der Arbeiterwohlfahrt als finanzschwache Träger ihre Aufgabe in diesem Arbeitsfeld kontinuierlich

ausbauen und die finanziellen und organisatorischen Grundlagen der Arbeit konsolidierten. Als ein Beispiel dafür sei genannt, daß langsam und stetig die Anzahl der Trägerschaften für Kindergärten ausgeweitet wurde.«<sup>248</sup>

Bemerkenswert ist weiterhin, daß rund ein Drittel<sup>249</sup> aller Tageseinrichtungen der AW Kindertagesstätten sind. Die AW setzt damit ihre Forderung nach mehr Ganztagsplätzen innerverbandlich konsequent durch. Im Zusammenhang mit dieser Zahl möchte ich auch kurz auf Krippen und Sonderkindergärten und Horte eingehen. Gerade hier ist der prozentuale Anteil der AW sehr groß.

	1983 <sup>250</sup>	1984 <sup>251</sup>	
	AW	BAG	%-Anteil der AW
<i>Krippen:</i>	29	165	~ 17,5%
<i>Kinderhorte:</i>	51	706	7,2%
	1974 <sup>252</sup>	1975 <sup>253</sup>	
	AW	im Bundesgebiet	%-Anteil
		insg.	
Sonderkindergärten	36	554	6,5%

Ich habe diese Zahlen hinzugefügt, da sie vor allen Dingen Informationen geben:

1. Die AW ist besonders bei weniger etablierten Institutionengruppen stärker repräsentiert.
2. Ihre Forderung nach Ausbau von Kindertagesstätten und anderen Betreuungsformen versucht sie innerverbandlich durchzusetzen.

Trotzdem bleibt der Gesamtanteil an Tageseinrichtungen der AW, auch wenn er sich seit 1968 mehr als verdoppelt hat, sehr gering.

Innerhalb des Verbandes hat er sich allerdings zum zweitgrößten institutionellen Aufgabenbereich entwickelt.

Worin liegt die Bedeutung der Arbeiterwohlfahrt als Träger von Einrichtungen des Elementarbereiches bzw. worin sieht sie diese selbst?

## 9.5. Die Arbeiterwohlfahrt als Träger

Wie sich aus der geschichtlichen Tradition erkennen läßt, war es nie die Absicht der AW, möglichst viele Einrichtungen zu besitzen, sondern vornehmlich, muster-gültige Anstalten zu schaffen. Dieses war bereits vor dem 2. Weltkrieg so (vgl. S. 15 ff.) und wird auch heute noch innerhalb des Verbandes so gesehen.

»Statt überall selbst ein dichtes Netz sozialer Einrichtungen und Dienste zu besitzen und quantitativ in Konkurrenz zu den anderen Wohlfahrtsverbänden zu treten, ist die AW vor allem bestrebt, die soziale Entwicklung durch wegweisende Modelleinrichtungen, Übernahme neuer Aufgaben und sozialpolitische Anregungen voranzutreiben und damit dem sozialen Fortschritt zu dienen.«<sup>254</sup>

Bleibt die Frage, wie sich dieser Anspruch in der Realität umsetzt. Da in dieser Arbeit nicht überprüft werden kann, ob sich inhaltlich bzw. von der Ausstattung der Einrichtungen her Wesentliches hervorhebt, muß diese Aussage an strukturellen Merkmalen überprüft werden.

Nach Überarbeitung aller meiner Unterlagen bin ich zu folgenden Ergebnissen gekommen, die deutlich machen, daß die AW durchaus nach neuen<sup>255</sup> Wegen, sei es sozialpolitisch, pädagogisch oder innerverbandlich, sucht.

### 9.5.1. Arbeiterwohlfahrt und Elterninitiativen

Die AW ist nicht nur über ihre eigenen Einrichtungen am Elementarbereich beteiligt, sondern versucht auch, mit Selbsthilfegruppen, die mit Beginn der Kinderladenbewegung gegründet worden sind, zusammenzuarbeiten. Ihre Aufgabe sieht sie dabei folgendermaßen:

»Bislang war es schwierig, den Eltern zu vermitteln, daß die Kunst der Erziehung nicht angeboren, sondern erlernbar ist und daß Schwierigkeiten auf diesem Gebiet keine Schicksalsschläge sind. Dies die Eltern zu lehren, ist seit langem Ziel der Familienbildungsstätten der AW. Als eine Anzahl von Eltern in Elterninitiativen und Spielkreisen selbst aktiv wurden, sah der Bundesverband der AW einen Ansatz zur Unterstützung der Eltern, die – selbst aktiv – Initiatoren und Multiplikatoren für Eltern sein konnten, welche bislang von Maßnahmen der Eltern- und Familienbildung nicht zu erreichen waren.«<sup>256</sup>

Damit unterstützt die AW Gruppen, deren Entstehungsgrund nicht zuletzt aus politischer Begründung und Ablehnung etablierter Träger zu sehen ist.

Sie reagiert also mit Akzeptanz und Unterstützung gegenüber einer Gruppe, die über Jahre in der Öffentlichkeit kritisiert worden ist. In der Zusammenarbeit mit den Gruppen sieht sie ein wichtiges Moment zur Stärkung der Familie:

»Wenn die Allgemeinheit – also wir alle – diese Initiativen unterstützen und ihnen dadurch Mut machen, kann aus dem Engagement der Eltern vorerst noch für einige wenige mehr als bisher eine Arbeit für andere – für Benachteiligte – werden. Dann kann sich die Erkenntnis über Erlernbarkeit von Erziehung, Sinn von Eltern- und Familienbildung ausbreiten und ein Beitrag zur Stärkung unserer Familien sein.«<sup>257</sup>

Bei dieser Zusammenarbeit mit Elterninitiativen, die an genossenschaftliche Gründungen von Einrichtungen in der AW-Gründungszeit erinnern, müssen zwei Folgen beachtet werden:

1. Die Zusammenarbeit mit einem anerkannten Träger der Jugendhilfe fördert die Integration in das etablierte Spektrum.
2. Die AW hat verstärkten Einfluß, ohne selbst Einrichtungen zu gründen.

So kann durchaus auch behauptet werden, daß der AW durch diese Zusammenarbeit Möglichkeiten zur Verbreitung ihrer pädagogischen und sozialpolitischen Grundsätze gegeben sind und ein Eigeninteresse durchaus verständlich ist.

## 9.6. Qualifizierung pädagogischer Arbeit

Die AW versucht seit ihrer Gründung, über Stellungnahmen und Gesetzentwürfe Einfluß auf eine Veränderung der Jugendarbeit zu nehmen (vgl. Bibliographie im Anhang). Dieser Einfluß sollte nicht unterschätzt werden. Durch die freundschaftliche Zusammenarbeit mit der SPD als eine der beiden großen Volksparteien, die seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland fortwährend in Landes- oder Bundesregierungen vertreten war, hat die AW natürlich so etwas wie eine »Lobby«

und damit auch verstärkten Einfluß, der sich aber in Zeiten zunehmender Sparmaßnahmen im sozialen Bereich natürlich verkleinert. Dieses bedeutet nicht, daß die AW den Forderungen der SPD prinzipiell zustimmt (vgl. Fünfjährige). Dieses machte sie auch im Rahmen der Novellierungsversuche des Kindergartengesetzes in NRW deutlich, als sie sich gegen eine Änderung der Betriebskostenverordnung wandte (Praxisbriefe, Nr. 27/1983).

### 9.6.1. Suche nach neuen Möglichkeiten – ein Praxisbeispiel

Der von Heinz Niedrig formulierte Grundsatz zur Anforderung nach Neuentwicklungen wurde in Kiel mit einem Modellprojekt einer Kindertagesstätte in Großraumkonzeption, auf Initiative der SPD und nach Ablehnung des Antrags auf Anerkennung als Modellversuch, vom AW Landesverband Schleswig-Holstein durchgeführt.

Dabei sind die »intendierten modellhaften Innovationen allein von der AW getragen«<sup>258</sup> worden.

Die Konzeption dieser Kindertagesstätte ist, im Gegensatz zu den üblichen Gruppenräumen, durch einen Großraum, der durch Gliederungselemente unterteilt wird, gekennzeichnet. Diese Konzeption wird gerade im skandinavischen Raum häufiger praktiziert.

Prinzipien und Leitideen waren:

»...Konzentrierung der pädagogischen Aktionen in einem Großraum, von dem aus sich vielfältige Aktionen verzweigen. Aufgabe des festen Gruppenprinzips im Kindergarten, dafür flexiblere Gruppen, wechselnde Bezugspersonen (die aber von den Kindern selbst gewählt werden können, d. Verf.), erhöhte Kommunikationsmöglichkeiten, intensivierte Teamarbeit der Erzieher. Ein entscheidender Planungsfaktor war außerdem die Verwirklichung von Elternmitbestimmung.«<sup>259</sup> (s. S. 50.)

Die Erzieher/innen selbst sehen in ihrer Konzeption »Freiheit auf allen Ebenen«<sup>260</sup>.

Neben den strukturellen Veränderungen werden der Elternarbeit und der Fortbildung der Mitarbeiter große Bedeutung beigemessen.

So hat sich die Kindertagesstätte Friedrichsort eine Satzung gegeben, in der paritätische Mitbestimmung vorgeesehen ist (jeweils 3 Vertreter von Eltern, Mitarbeitern, Arbeiterwohlfahrt)<sup>261</sup>.

#### Erfahrungen

Aus dem Bericht sowie aus Material, welches der Träger zur Verfügung gestellt hat, geht hervor, daß überwiegend positive Erfahrungen mit der Großraumkonzeption gemacht wurden. Dieses gelte gleichermaßen für Kinder, Eltern und Mitarbeiter. Aus Sicht der Mitarbeiter haben sich vor allen Dingen folgende Neuerungen als positiv herausgestellt: Vermehrte Kommunikationsmöglichkeiten für die Kinder, vermehrte Lernmöglichkeiten für den Aspekt »Entscheidungsfähigkeit«, verbesserte psychohygienische Möglichkeiten (z. B. durch flexible Wahl der Bezugspersonen, Spielkameraden, erhöhte Bewegungsfreiheit, differenzierte Lern- und Motivationszusammenhänge). Ebenfalls haben sich in der Elternarbeit gewaltige Erfolge eingestellt, die durch Zustimmung bzw. Mitarbeit der Eltern gewürdigt werden.

Das Beispiel sollte zeigen, wie sich die AW bemüht, ihre Ziele zu verwirklichen. Es könnte noch stark erweitert werden durch Hinweise auf verstärkte Fortbildungsaktivitäten (sowohl qualitativ als auch quantitativ, sowohl zentral als auch dezentral), so fordert die AW zum Beispiel auf:

»Die AW erwartet daher von ihren haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern gerade jetzt den Besuch von Fortbildungsveranstaltungen auf regionaler und zentraler Ebene. Die Anstellungsträger sind aufgefordert, die Fortbildung ihrer Mitarbeiter zu unterstützen.«<sup>262</sup>

Des weiteren wünscht sie modellhafte Zusammenarbeit mit Erziehungsberatungsstellen usw.

Abschließend soll noch ein bundesweites Modellprojekt erörtert werden, das sowohl traditionelle Aspekte als auch auf die Zukunft gerichtete Perspektiven des Verbandes wie kein anderes Beispiel deutlich macht.

### 9.6.2. Das Modellprojekt »Ganztageseinrichtungen im Elementarbereich als familiennahe Sozialisationsfelder«

Dieses Projekt soll an dieser Stelle nicht isoliert diskutiert werden, sondern zieht bewußt Tendenzen der Tageseinrichtungen insgesamt als auch die der Arbeiterwohlfahrt mit ein und soll dadurch einige Ausblicke auf die Zukunft der Arbeit der AW geben.

Die Arbeiterwohlfahrt beantragte 1980 als einziger Verband beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft ein Modellprojekt zu Ganztageseinrichtungen. Ausgehend von der Tatsache, daß die Modellversuche und das Erprobungsprogramm den Alltag dieser Einrichtungen zu wenig berücksichtigt hatten, fordert die AW den Ausbau dieser Betreuungsformen zum einen auf dem Hintergrund der sich verändernden Umwelt der Kinder, zum anderen, wie sie schon vor 70 Jahren gefordert hatte, um der Emanzipation der Frau Möglichkeiten und Wege zu ebnet:

»Die zahlenmäßige Zunahme von Einzelkindern, die eingeschränkten Spiel- und Erlebnismöglichkeiten in der Wohnumgebung und auf der Straße, abnehmende authentische Umwelt Erfahrungen und andererseits die besonderen pädagogischen Möglichkeiten für die Alltagsgestaltung, die Einrichtungen mit längeren Betreuungszeiten bei angemessenen Arbeitsvoraussetzungen haben, verweisen auf die allgemeine bildungspolitische Bedeutung dieses familienergänzenden Angebots.«<sup>263</sup>

Dieser mehr auf das Kind bezogenen Forderung steht die familien- und sozialpolitische Zielsetzung der AW gegenüber, der Frau die Erwerbstätigkeit, nicht nur als Teilzeitkraft, zu ermöglichen. Neben der Verkürzung der Wochenarbeitszeit, als ein Weg zur Vermehrung der Arbeitsplätze und als Möglichkeit zur Intensivierung des Familienlebens, fordert die AW daher »ein wohnortnahes qualifiziertes Angebot für die Tagesbetreuung von Kindern.«<sup>264</sup>

Diese Forderung nach Tagesbetreuung vor allem in ihrer familien- und sozialpolitischen Begründung weist deutliche Parallelen zu den Forderungen der Sozialdemokratie im Kaiserreich zum Ausbau des Kindergartens und zur Verbesserung der Lebenssituation der Eltern auf. Die Sozialdemokraten forderten den Kindergarten ebenfalls, weil er für alle Kinder notwendig sei, aber auch, um

der Frau die Arbeit zu ermöglichen; die Forderung nach struktureller Verbesserung, die Verkürzung der Arbeitszeit, war fest in den ökonomischen Forderungen der Sozialdemokratie verankert.

Hatte die Reformphase den qualitativen und quantitativen Ausbau der Tagesstätten im Vergleich zum Kindergarten vernachlässigt, so zeigte die Arbeiterwohlfahrt starkes Interesse an dieser Betreuungsform, an deren Weiterentwicklung und Etablierung sie interessiert war. Die Übernahme des Projektes war somit auch auf bestimmte Ziele gerichtet:

»Neben ausführlichen Analysen zur Situation von Ganztageseinrichtungen und ihrer Einzugsgebiete sollen Ansatzpunkte für eine qualitative Weiterentwicklung der Arbeit in Tagesstätten in der Praxis entwickelt und erprobt werden; daneben wird versucht, die anstehenden Forschungsfragestellungen und Konzeptentwicklungen in ein Gefüge von Beratung vor Ort, regionalem Erfahrungsaustausch und zentraler Fortbildung einzubinden. Zielperspektive dabei ist, die Weiterentwicklung von Tagesstätten zu einzugsgebietsspezifischen Einrichtungen, die stärker in das Netz des sozialen Gemeinschaftslebens im Einzugsbereich eingebunden sind und auch mehr als bisher Benutzungsmöglichkeiten je nach Bedarf erlauben.«<sup>265</sup>

Daneben soll darauf hingearbeitet werden,

»Arbeitshilfen für andere Tagesstätten und Berater zu entwickeln und Anregungen dafür zu sammeln, wie Ganztagsplätze in vorhandenen Kindergärten unbürokratisch und flexibel je nach Bedarf eingerichtet werden können.«<sup>266</sup>

Deutlich wird dabei, daß gerade an dieser Stelle Weiterentwicklungen gefordert werden, deren Wichtigkeit die Auswertung des Erprobungsprogrammes zwar anerkannt hatte, an deren Durchsetzung in die Praxis es an vielen Stellen aber mangelte, wie z. B. der Ausbau von Fachberatung und Fortbildung, der von allen Trägerverbänden zur qualitativen Verbesserung der Einrichtungen als unbedingt notwendig angesehen wurde (vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege [Hrsg.]: Die Kindergartenreform hat erst begonnen, Bonn 1983, S. 15f.).

So werden durch dieses Projekt durchaus, parallel zur thematischen Gebundenheit an Ganztagsplätzen, für alle Tageseinrichtungen relevante Lücken des Erprobungsprogrammes zu schließen versucht, auch wenn dieses nicht ausdrücklich intendiert ist. Der Erreichbarkeit dieses Punktes ist dabei sicherlich förderlich, daß in den Einrichtungen keine besonderen Rahmenbedingungen innerhalb des Projektes geschaffen worden sind.

»Lediglich in bezug auf überregionale und regionale Fortbildungstreffen und Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch stehen den beteiligten Einrichtungen zusätzlich Mittel zur Verfügung.«<sup>267</sup>

Der Vorteil dieser Arbeitsweise und Projektplanung liegt im Gegensatz zum Erprobungsprogramm in der Ausnutzung bereits vorhandener Strukturen, die damit die Chancen zum Transfer auf die Situation anderer Kindertagesstätten erhöhen.

#### **Wie sah die Zusammenarbeit im Projekt aus?**

»Im Projekt sollten überregionale Fortbildungsangebote mit regionalen Aktivitäten sowie mit der Arbeit der Fachberater verbunden werden.«<sup>268</sup> Die Kindertagesstätten in einer Region bildeten mit ihrem Fachberater

zusammen einen Verbund, in dem auf regionaler Ebene ein Erfahrungsaustausch stattfand, der auf zentraler Basis mit Moderatoren fortgeführt wurde<sup>269</sup>.

An dieser Stelle möchte ich nun Probleme und Ergebnisse exemplarisch in bezug auf Entwicklungen im Elementarbereich oder innerhalb des Verbandes diskutieren.

#### **Es gibt zu wenig Ganztagesplätze**

Innerhalb des Projektes stellte sich heraus, daß die Nachfrage nach Ganztagsplätzen das Angebot noch immer übersteigt. Somit müssen viele Familien lange Wege in Kauf nehmen, um die wenigen Angebote wahrzunehmen. Dieses mangelnde Angebot hat zur Folge, daß von den Einrichtungen Aufnahmekriterien erstellt werden und somit die Entscheidung meistens für Härtefälle vorbehalten bleibt, was wiederum zu einem negativen Image führt.

Dieses macht sich auch an dem Verhalten einiger Erzieher/innen fest, die die Kindertagesstätte als Betreuungsform für Notfälle deklarieren oder den Eltern Desinteresse am Kind vorwerfen. Die AW, die auch pädagogisch die Kindertagesstätten bevorzugt, da

»sie von der Organisationsform (Anwesenheitsdauer der Kinder, Förderungsmöglichkeiten in komplexen sozialen Zusammenhängen) her sogar mehr Chancen im Sinne einer lebensweltbezogenen Pädagogik bieten als die stundenweise Betreuung in Halbtageeinrichtungen«<sup>270</sup>,

versucht, diesem Mißstand durch Erweiterung der Ganztagskapazitäten zu begegnen:

»Die Bestandsaufnahme hat ergeben, daß die Angebote der Arbeiterwohlfahrt sich mehr als bei anderen Trägern auf die Bedürfnisse berufstätiger Eltern konzentrieren, d. h. daß andere Träger eher klassische Öffnungszeiten oder Halbtagsbetreuung anbieten. AW-Einrichtungen haben häufig längere Öffnungszeiten und [...] vermehrte Ganztagsbetreuung (die AW hat mehr Ganztags- als Teilzeitbetreuung). Die Betreuung mit Mittagessen und Kombination von Einrichtungen für verschiedene Altersgruppen weitet sich deutlich aus.«<sup>271</sup>

Häufig geschieht diese Ausweitung durch relativ unbürokratische Einrichtung von einigen Ganztagsplätzen in Kindergärten.

Diese Form von Angebotsverbesserung wird auch von der derzeitigen Bundesregierung befürwortet. Fraglich muß dabei aber bleiben, wie es nach der Streichung finanzieller Mittel, unter der sozial-liberalen Koalition begonnen und durch die jetzige Regierung weitergeführt, noch zu einer über Flexibilität erreichbaren Verbesserung der Angebotsstruktur kommen soll. Wenn die Bundesregierung aber ihr scheinbares Interesse am Vorschulbereich dokumentieren will, dann funktioniert dieses sicher nicht durch die Auflösung von Interessengruppen für denselben, wie zum Beispiel der AG Elementarbereich in der B-L-K, die 1982 in die »ewigen Jagdgründe sozial-liberaler Bildungsreformen geschickt«<sup>272</sup> wurde, wie es Jutta Wilhelmi etwas zynisch ausdrückt. An dieser Stelle ist eine Auseinandersetzung gefordert, die »zu Ansätzen führt für eine positive Beeinflussung von Praxis durch Politik«<sup>273</sup>.

Ein Verzicht z. B. auf Verbesserung von Rahmenbedingungen in Kindertagesstätten führt aber nicht selten zur Selbsthilfe in oben genannter Weise, und dieses bedeutet häufig eine Mehrbelastung der Erzieherinnen zu

Lasten der pädagogischen Arbeit bzw. des Bildungsauftrages. Deshalb vertritt die AW den Standpunkt:

»Tageseinrichtungen für Kinder können hierzu aber nur bei entsprechender Ausstattung einen Beitrag leisten, d.h. die Rahmenbedingungen müssen dementsprechend verbessert werden.«<sup>274</sup>

Die AW befindet sich, ähnlich wie 1967, als sie den Zweitageskindergarten als kurzfristige Möglichkeit zur Verbesserung der derzeitigen Situation vorschlug (vgl. S. 34), in dem Dilemma, gleichzeitig den Forderungen der Zeit nach Ganztagsplätzen nachzukommen und demgegenüber strukturelle, d.h. finanzielle Verbesserungen, die sich in Verkleinerung der Gruppen oder in positiver Veränderung des Mitarbeiterschlüssels zeigen könnten, zu fordern.

Diese »schnelle Hilfe« birgt natürlich die Gefahr, daß Behörden und Sozialpolitiker Chancen sehen, das Manko an Ganztagsplätzen durch vermehrtes Engagement der Träger bzw. seiner Mitarbeiterinnen kostenneutral aufzuheben.

Aus vielen Äußerungen von Erziehern geht aber hervor, daß dieses qualitative Verschlechterungen mit sich bringe (Ilsa Diller-Murschall: 8. Arbeitstagung für Fachberater in Tageseinrichtungen für Kinder, Bonn 1986). Die Arbeiterwohlfahrt setzt sich daher für einen quantitativen Ausbau von Ganztagsplätzen, ohne eine qualitative Verschlechterung der pädagogischen Arbeit, ein.

Durch gesteigerten Ausbau von Plätzen sieht sowohl die AW als auch das DJI eine Chance, der Tagesstätte das »defizitäre Image« zu nehmen:

»Wenn in möglichst vielen Kindergärten und Kindertagesstätten Plätze mit längeren Betreuungszeiten wohnungsnah angeboten würden, verlören manche Vorbehalte, die gegen zentralisierte Tagesstätten bisher geäußert werden, an Schärfe.«<sup>275</sup>

Die Kindertagesstätte muß wohnungsnah, institutionenübergreifend und erschwinglich sein (s. S. 19).

Ausgehend von Ergebnissen, die dokumentieren, daß gerade in ländlichen Gebieten Ganztagsplätze nur zentralisiert angeboten werden, daraus folgend die Anfahrzeiten sehr lang und der Zeitraum der Betreuung sich bei Kindern noch einmal vergrößert, fordert die AW wohnungsnah Kindertagesstätten, die, wenn möglich, mehrere Institutionen integrieren (Kindertagesstätte, Kindergarten, evtl. mit Halbtagsplätzen, Krippen, Hort, evtl. Eltern-Kind-Gruppen sowie Spielkreise). In dieser institutionenübergreifenden Struktur sieht die AW die Chance, daß »Tagesstätten durchaus familiennahe und familienunterstützende Sozialisationsfelder«<sup>276</sup> werden können.

Diese innerhalb des Verbandes stark in Traditionen stehende Forderung, schon 1901 verlangte Lily Braun Gemeinschaftszentren in Wohnhäusern und 1929 bemängelte Henny Schuhmacher den Mißstand, daß »Lage« bzw. »Offenhaltung« von Kindergärten häufig nicht den Bedürfnissen der Mütter entspreche, bezieht einen qualitativen Aspekt mit ein, nämlich durch Öffnung nach außen, d.h. über Gewährung von »Raum und Unterstützung für Initiativen und halbinstitutionelle Angebote im Einzugsgebiet (z.B. Müttertreffs, Hausaufgabenhilfe u.ä.)«<sup>277</sup>, eine Verbesserung des Wohnumfeldes anzustreben. Dabei soll die Tageseinrichtung nicht zu der ein-

zigen Sozialisationsstätte des Kindes überhaupt entwickelt werden, sondern, wie z.B. im Rahmen des Erprobungsprogramms gefordert, Kapazitäten zur Verfügung stellen:

»Wenn Kindergärten (übertragbar auch auf Ganztagsplätze, d. Verf.), wie im Erprobungsprogramm zum Teil geschehen, weitere Aufgaben übernehmen, so z.B. die Organisation von Spielkreisen für Mütter mit jüngeren Kindern, die Einbeziehung behinderter Kinder in die Gruppe, die Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen in der Gemeinde, die Schaffung von Mitwirkungsmöglichkeiten für Eltern bei der Gestaltung der Kindergartenarbeit, dann muß dies nicht dazu führen, daß Einrichtungen des Elementarbereichs alle Bereiche frühkindlicher Sozialisation besetzen und Eltern entmündigen, sondern der Kindergarten stellt seine institutionellen, personellen und materiellen Kapazitäten in einem Gemeinwesen zur vielseitigen Nutzung zur Verfügung.«<sup>278</sup>

Voraussetzung für eine Verbesserung des Wohnumfeldes ist dabei aber, daß das Angebot von allen genutzt werden kann, sowohl von der bereits erwähnten Kapazität her als auch von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern. In dem Projekt stellten sich große Preisunterschiede heraus; in einigen Bundesländern liege der Preis für Betreuung zwischen 160 bis 200 DM<sup>279</sup>; dieses führe neben der bereits erhöhten Nachfrage zu Abmeldungen, vor allen Dingen von Kindern aus finanzschwachen Familien.

Daß die Nutzung von Kindertagesstätten durch finanzschwache Familien in engem Zusammenhang mit den Kosten steht, beweist auch die Forschung. So schreibt Irene Herzberg-Lülf:

»Kinder, deren Familien auf Sozialfürsorge angewiesen sind, besuchen nur halb so häufig einen Kindergarten wie Kinder, in deren Familien das Einkommen über 2500,- DM beträgt. In den unteren Einkommensstufen ist die Besuchsquote weit unterdurchschnittlich.«<sup>280</sup>

Dieses dürfe nicht geschehen, und die AW fordert daher den Staat auf, in diesem Punkte seiner Pflicht nachzukommen und den Verbänden günstige Rahmenbedingungen für ihre Arbeit zu schaffen.

Innerverbandlich fordert die AW, »sich im politischen Raum für die Reduzierung der Elternbeiträge bis hin zum Nulltarif«<sup>281</sup> einzusetzen.

In der bereits erwähnten Öffnung nach außen manifestiert sich innerhalb der Grundsätze der AW auch der Anspruch nach Nachbarschafts- bzw. Elternhilfe. Ausgehend von dem Postulat der Erlernbarkeit von Erziehung habe die Kindertagesstätte auch Elternbildung zu leisten, um dem familienergänzenden oder -begleitenden Anspruch Rechnung tragen zu können. Auch diese Forderung befindet sich bereits in alten Quellen (vgl. Zetkin/Duncker), dabei wurde damals besonders der politisch verändernde Charakter von Elternbildung betont. Heute richtet sich diese Forderung primär auf eine qualitativ bessere Erziehung überhaupt (z.B. Befriedung von Umgangsformen; Reaktion der Erzieher auf Situationen, z.B. Ärgernisse, Schaffen von Anreizen, Auswahl von Spielzeug). Wie weit natürlich auch z.B. gewaltfreiere Erziehung oder wertorientierte Erziehung jeweils politisch begründet und richtungsweisend sind, macht die Tatsache klar, daß es überhaupt sehr viele Ansprüche an Erziehung, von welchen Seiten auch immer, gibt.



Übertragen auf die Grundwerte der AW darf also in der Elternbildung auch ein in politischen Werten begründeter Versuch gesehen werden, auch innerhalb der Institutionen Einfluß auf Erziehung bzw. auf Lebensformen (Gesellschaft) zu nehmen. Dabei wird Indoktrinierung bzw. auf Dauer Entmündigung der Eltern abgelehnt, vielmehr gerade auch in Elternbildung eine Stärkung der Familie gesehen.

### *Der Alltag*

Bereits im Kapitel zur Stellung der AW zum Situationsansatz wurde darauf hingewiesen, daß die AW »Planung« als Teil des pädagogischen Prozesses für unbedingt erforderlich hält. Im Rahmen des Ganztagsprojektes schreibt die AW in Zusammenarbeit mit dem DJI: »Je länger die Kinder in der Einrichtung sind, desto weniger kann dieser Tag »verplant« werden.«<sup>282</sup>

Wie ist nun dieser scheinbare Widerspruch zu erklären? Wenn von Verplanung des Alltags gesprochen wird, so sind damit Aktivitäten gemeint, die vorher organisiert bzw. im Repertoire des Erziehers liegen (Singen, Malen, Basteln, Ausflüge, Curriculare Förderung). Diese sollen wichtiger Bestandteil des Tages sein.

Ausgehend von der These der Zunahme fehlender Umwelterfahrungen und dem Anspruch nach umfassender Forderung, wie sie schon in den Aussagen führender Sozialdemokraten um die Jahrhundertwende nachzulesen sind, könne aber in geplanten Aktivitäten nicht alles vermittelt werden. Daher sei der Alltag besonders in der Kindertagesstätte ein wichtiges Lernfeld. Dieses drücke sich z. B. in der Erstellung des Mittagessens, in dem Miterleben von Reinigungsprozessen usw. aus.

Also lernen innerhalb von Lebenszusammenhängen.

Der Architekt Roger Hart, der sich ausführlich mit der Lebensumwelt von Kindern auseinandergesetzt hat, formuliert diesen Wunsch auf Alltag so: »... Children have a desire to play and learn »where the action is« not cloistered away in special areas.«<sup>283</sup>

Übertragen auf die Kindertagesstätte, die allein von der Zeit der Betreuung her einen großen Anteil am kindlichen Leben und Erleben hat, bedeutet das z. B. ein verstärktes Öffnen für Gruppen als auch Einzelerfahrungen (Räume, in denen sich Kinder unterschiedlicher Institutionen treffen können, Reparaturen innerhalb der Öffnungszeiten, Wäsche waschen usw.). Ein Verzicht auf diese Öffnung beschneidet die Erfahrungswelt der Kinder und damit die Möglichkeiten für ihre Zukunft. In diesem »alltagsorientierten« Lernen versucht die AW ihre Grundsätze zu integrieren:

»Wenn für die Zukunft zu erwarten ist, daß Dienstleistungen im sozialen Bereich nicht mehr in dem Maße wie bisher von der Öffentlichkeit finanziert werden können, daß sich Arbeitszeiten durch Umverteilung reduzieren und womöglich mit einer Quote struktureller Arbeitslosigkeit gerechnet werden muß,

dann bedeutet dies, daß Menschen in ihren sozialen und gesellschaftlichen Bezügen wieder selbständiger und mit weiter reichender Verantwortung handeln müssen.

Zu überlegen wäre dann, welche Erfahrung sozialer Dienstleistungsbetriebe sich heute durch die Wirklichkeit in den Kindergärten einprägt: Geben wir den Kindern nicht häufig zuviel Fertiges vor? [...] Erleben sie auch einmal bewußt einen Mangelzustand, oder versuchen die Erzieher, Mißstände in der Tagesstätte eher von den Kindern fernzuhalten?«<sup>284</sup>

Wenn in vorherigen Kapiteln vom »Lernen an Widersprüchen« gesprochen wurde, so wird dieser hier praktisch deutlich. Kinder am Alltag, und nicht nur an den bequemen Seiten teilhaben lassen, in der bewußten Aufgabe partieller Schonraumfunktion. Zu dem Aspekt von zuviel Fertig-Vorgesetztem, vom Mittagessen bis zum Spielzeug, ergibt sich, betrachtet man die Masse der Kindergärten und die 3 bis 4 Katalogfirmen, allerdings die Frage, wie weit dieses noch einer umfassenden Förderung dienlich sein kann. Diese von den Trägern praktizierte Kaufmentalität sollte wahrlich nicht weiter auf die Kinder übertragen werden, sondern durch kritisches Betrachten hinterfragt werden und zu einer anderen Konsumhaltung auch in Kindergärten führen.

Den Ansatz an sich, Kinder am Alltag teilhaben zu lassen, finde ich begrüßenswert. Über Grenzen der Offenbarung, sei es im Erfahrungshorizont der Kinder oder in der Belastbarkeit des Personals bzw. derjenigen, die Dienstleistungen im Kindergarten anbieten, müßte – zum Schutze aller Beteiligten – nachgedacht werden.<sup>285</sup>

### *Ausblicke zum Transfer in die Institutionen*

Sowohl das Erprobungsprogramm als auch das Projekt Ganztageseinrichtungen zeigen den Institutionen Wege zur Veränderung des Kinderalltags. Um einer Stagnation im Elementarbereich entgegenzutreten, müssen solche Ergebnisse aber in das Praxisfeld aller Institutionen übertragen werden. Die AW versucht in den letzten Jahren, durch verstärktes Angebot von Fortbildungsveranstaltungen, aber auch durch Ausbau der Stellen für Fachberater, die ihrerseits in regelmäßigen Fachberatertagungen über Probleme und Weiterentwicklungen diskutieren, diese Übertragung zu gewährleisten.

In der Angebotsvergrößerung liegt eine Chance, wissenschaftliche Ergebnisse zu transferieren.

Das Projekt GTE hat wesentlich dazu beigetragen, diesen Versuch quantitativ und qualitativ umzusetzen; so ist z. B. an Hand von Protokollen von Fachberatertagungen ein deutlicher Ausbau dezentraler verbandseigener Veranstaltungen festzustellen. Der AW muß an dieser Form von Weiterbildung besonders gelegen sein, da sie seit mehreren Jahren keine Ausbildungsstätte für Erzieherinnen mehr besitzt und so nur sekundär auf Meinungs- und Charakterbildung Einfluß nehmen kann. Der verstärkte Einsatz für Fachberatung und Fortbildung wird in den nächsten Jahren eines der Hauptarbeitsfelder innerhalb des Elementarbereichs der AW sein.

## Zu 9.6.1. Suche nach neuen Möglichkeiten

### – ein Praxisbeispiel (s. Seite 46)

Um die räumliche Struktur für Außenstehende begreiflicher zu machen, möchte ich diese kurz beschreiben:

- »a) *Großraum*  
(keine traditionellen Gruppenräume. Gemütliche Ecken und Winkel. Durch Raumteiler Möglichkeiten zu variabler Aufteilung)  
unterschiedliche Ebenen durch Mulden, Bühne usw.
  - Klettermöglichkeiten im Raum, Hängematten, Klettertaue, Kletterhaus, abgeteilte Schaumgummimatten
  - Puppenecke
  - Kinderküche (mit Herd und Spülen)
  - Schaumgummimatten
  - Teppichboden
  - optische Anregung durch kräftige Farben.
- b) *Schlafräume*  
(mit jeweils 4 kleinen Etagenräumen, pro Raum 6 Betten)
- c) *Turnraum*  
(mit Mal-, Matsch-, Werk-, Planschbecken)
- d) Planschbecken
- e) Bauraum
- f) Knetraum
- g) Konferenzraum
- h) Sanitärbereiche
- i) Abstellräume
- j) Büro
- k) Isolierraum  
(in einer Eltern-Erzieher-Kinder-Initiative entstanden)
  - Rutsche
  - Kletterturm
  - Holzhütte
  - Eisenbahn aus Betonröhren
  - Schaukeln
  - Segelboot
  - Matschcke und Sandkisten
  - Feuerstelle.«<sup>1</sup>

»Zur Unterstützung der doch recht hoch angesetzten Ziele und Leitideen unserer pädagogischen Institution ermöglicht es die AW dem gesamten Team, einmal in der Woche (während der Arbeitszeit) an einer internen Fortbildungsveranstaltung teilzunehmen. Diese ständige Fortbildung erfolgt in der Regel im Kindergarten und unter der Leitung eines Fachhochschuldozenten, der gleichzeitig die pädagogische Arbeit der Kindertagesstätte wissenschaftlich begleitet.«<sup>2</sup>

Die KTS arbeitet direkt mit einer integrierten Gesamtschule zusammen.

<sup>1</sup> Eine Kindertagesstätte in Großraumkonzeption . . . , a. a. O., S. 164.

<sup>2</sup> Eine Kindertagesstätte in Großraumkonzeption . . . , a. a. O., S. 167.

## 10. Zusammenfassung

Zum Abschluß möchte ich noch einmal kurz die Entwicklung der Elementarerziehung innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung und der Arbeiterwohlfahrt zusammenfassen, nicht zuletzt, um Forderungen von früher mit denen von heute zu vergleichen.

Als sich 1869 die Sozialdemokratische Arbeiterpartei gründete, dachte sicherlich keiner der Genossen daran, zur Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse einen Wohlfahrtsverband, wie ihn die Arbeiterwohlfahrt heute darstellt, zu gründen.

Vielmehr strebte man einen freien Volksstaat an, der den Bedürfnissen aller Menschen gerecht werden sollte.

So war es auch zu verstehen, daß die damaligen Führer der Partei, Wilhelm Liebknecht und August Bebel, sich vor allem in zweierlei Hinsicht mit bildungspolitischen Fragen auseinandersetzten, zum einen mit der Kritik der Erziehung im damaligen Kaiserreich, zum anderen, wie es in einem zukünftigen sozialistischen Staatensystem aussehen sollte.

Strukturell sahen bereits die Führer der Sozialdemokratie den Kindergarten dem Bildungssystem zugehörig. Sie stellten damit den Eigenwert dieser Institution heraus.

Aber auch als Chance, der Kinderarbeit zu begegnen und der Frau die Erwerbstätigkeit zu ermöglichen, bot sich der Kindergarten an.

Die Forderungen zum Kindergarten insgesamt waren in ein Gerüst gesamtgesellschaftlicher Veränderungen, wie Verkürzung der Arbeitszeit oder Wohnungsreform, integriert, welche sich generell an dem Ziel der Überwindung des Kapitalismus orientierten.

Innerhalb der Partei bestand vor dem 1. Weltkrieg über folgende Punkte Konsens:

1. Der Kindergarten sollte weltlich sein.
2. Der Kindergartenbesuch sollte obligatorisch sein.
3. Der Kindergarten sollte in das Schulsystem integriert werden.
4. Der Kindergarten sollte den Menschen ganzheitlich erziehen.
5. Der Kindergarten sollte unentgeltlich sein.

Nachdem sich die Partei gespalten hatte und führende Köpfe des linken Flügels in andere Organisationen abwanderten, war der Weg frei zur Gründung der Arbeiterwohlfahrt.

Betrachtet man die Entwicklung der Partei und der Frauenbewegung, so war damals schon deutlich, wie die Arbeiterwohlfahrt in Zukunft aussehen würde: Eine reformorientierte Organisation, auf dem Boden der Weimarer Verfassung, in starker Abgrenzung zu ehemals, vor allem linken Mitkämpfern.

Tatsächlich rückte die Arbeiterwohlfahrt von einigen einstigen Grundsätzen der SPD ab. Man errichtete vermehrt eigene Einrichtungen und wurde selbst Träger, aber, und dieses wird häufig vergessen, in einem anderen Staat, als ihn das Kaiserreich darstellte.

Doch auch im Kindergarten änderte sich einiges. Unterschiedliche Konzeptionen, sei es Fröbel- oder Montessori-Pädagogik oder gar sozialistische Erziehung, waren innerverbandlich geduldet.

Der dezentralisierte Aufbau der AW sorgte dafür, daß viele Konzeptionen nebeneinander existieren konnten.

Die Tatsache machte aber auch deutlich, daß die Trennung der Partei von vielen Mitgliedern noch nicht ganz nachvollzogen wurde.

Die Prinzipien sozialistischer Erziehung, wie sie Susanne Hirschberg und Kurt Löwenstein vertraten, erinnerten eher an die von K. Duncker und C. Zetkin geforderten Methoden, auch wenn gerade Löwenstein heute in der DDR als Sozialromantiker abgetan wird.

So war auch abzusehen, daß dieser Zweig in der AW langsam absterben werde.

Dieses war um so deutlicher, da sich auch in höchsten Gremien und Sitzungen die Politik der SPD anders gestaltete.

Da wurde z. B. auf der Reichsschulkonferenz deutlich, daß man zu Kompromissen jeglicher Art unter Aufgabe fast aller eigenen Grundsätze bereit war. Die SPD und mit ihr die Arbeiterwohlfahrt waren staatstragend geworden. Elementarerziehung gab es zwar, aber in einem kaum überschaubaren Spektrum von Einzelaktionen und Einzeleinrichtungen sowie Konzeptionen.

Die Jahre der Weimarer Republik reichten nicht aus, um die Elementarerziehung innerhalb der AW fest zu institutionalisieren; daß ihr dieses aber wichtig war, machte sie in ihren Veröffentlichungen glaubhaft deutlich.

Mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten wurde die Arbeiterwohlfahrt verboten (zum Vorgang des Verbotes selbst siehe Kapitel 12).

Nach dem Krieg gründete sich die Arbeiterwohlfahrt wieder sehr schnell. Ideologisch schloß man an die Entwicklung in der Weimarer Zeit an. Reformorientierung in einer neuen Demokratie, Anerkennung der christlichen Ethik und die endgültige Absage an revolutionäre Tendenzen kennzeichneten die Arbeiterwohlfahrt.

Die Elementarerziehung gewann innerhalb des Verbandes sehr schnell an Bedeutung. Bereits 1948 besaß man viermal soviel Einrichtungen als vor dem Krieg.

Während sich pädagogisch im Kindergarten nur wenig änderte, etablierte er sich in der Arbeiterwohlfahrt. Die AW machte ihr verstärktes Trägerbewußtsein durch Intensivierung der Arbeit in diesem Bereich deutlich.

Daß die AW auch von dem Zeitgeist abhängig war, wurde in den fünfziger Jahren deutlich. Forderungen nach Wohnungsreformen, nach Kindergärten, damit Frauen arbeiten können, nach überkonfessionellen Einrichtungen wurden kaum gestellt. Doch dieses änderte sich gegen Ende der fünfziger Jahre, und die AW näherte sich alten Werten wieder an, aber in einem anderen politischen Zusammenhang, nämlich in dem Versuch, inner-

halb unseres gesellschaftlichen Systems kapitalistische Tendenzen zu demokratisieren.

Im Kindergartenbereich wurde dieses durch ein steigendes Interesse und darauf folgende Reformen forciert.

Dem Kind wurden durch andere Lernformen (situationorientierter Ansatz) mehr Rechte auf seine Persönlichkeit eingeräumt. Die AW begrüßte diese pädagogische Bewegung und nahm seit Beginn aktiv an ihr teil.

In die erforschten pädagogischen Ergebnisse definierte man eigene Wertentscheidungen, wie Demokratie, Toleranz, Frieden usw., und gab sich auch so nach außen ein eigenes Gesicht.

Um die AW von heute mit den sozialdemokratischen bzw. AW-Forderungen von früher zu vergleichen, möchte ich diese unkommentiert gegenüberstellen:

## FORDERUNGEN DAMALS UND HEUTE

---

Unentgeltlichkeit (Programme der SPD)

Integration des Kindergartens in das Schulsystem, aber ohne Lernen von funktionalen Fähigkeiten wie Lesen und Schreiben (Schulz, Reichsschulkonferenz)

Professionalisierung der Erziehung (Douai)

Weltlichkeit des Kindergartens (Programme)

Obligatorischer Besuch des Kindergartens (Programme)

Genossenschaftliche Selbsthilfe (Lily Braun)

Musterkindergärten (Douai)

Engagement für den Kindergarten, der noch nicht gesamtgesellschaftlich etabliert gewesen ist

Elternbildung zwecks politischer Bildung (Zetkin, Duncker)

Beide Geschlechter in der Kindergartenerziehung (Douai)

Wohlfahrtspflege demokratisieren (M. Juchacz)

Menschenziehung (Douai)

Unentgeltlichkeit

Integration ins Bildungssystem, aber Bekenntnis zum sozialpädagogischen Bereich der Jugendhilfe

Forderung nach verbesserter Ausbildung sowie Ablehnen der Kinderpflegerinnen für den Elementarbereich

Mehr überkonfessionelle Kindergärten

Freiwilliger Besuch des Kindergartens, aber bei einem Angebot mit 100 % Deckung

Zusammenarbeit mit Elterninitiativen

Durch vermehrte Modellübernahme neue Wege weisen

Engagement für die Kindertagesstätte als eigenständigem wertvollem Angebot

Elternbildung zwecks qualitativer Verbesserung der Erziehung

Auch männliche Erzieher

Sozialpädagogisches Handlungsfeld und Gesamtgesellschaft demokratisieren

Menschenziehung

Es sind natürlich viele Fragen offengeblieben, z. B. ob Erzieherinnen, die bei der AW angestellt sind, nach den Verbandsgrundsätzen handeln, oder wie sich die Praxis im Kindergarten der AW gestaltet im Gegensatz zu konfessionellen Kindergärten; diese Unterschiede müßten empirisch untersucht werden.

Diese und viele weitere Fragen an die Praxis, zum Beispiel, welchen Einfluß die Elementarerziehung bei der AW auf das gesamte Kindergartenwesen hatte, konnten

*Der Autor hofft, daß diese Ausführungen dazu beitragen, besonders die geschichtliche Entwicklung etwas differenzierter zu sehen und sie für heute und die Zukunft nutzbar zu machen.*

im Rahmen dieser Arbeit nicht beantwortet werden und bleiben einer detaillierteren Untersuchung zu Arbeiterbewegung und Kindergarten vorbehalten. Es sollten Traditionen und Entwicklungen aufgezeigt werden, um sich ein Bild von ihr und ihren Vorstellungen zum Elementarbereich machen zu können.

Bei der Arbeiterwohlfahrt selbst scheint dieses, besonders in bezug auf die eigene Geschichte der Elementarerziehung, nur bedingt deutlich zu sein<sup>286</sup>.

## 11. Perspektiven

Betrachtet man die Entwicklung der Elementarerziehung bei der AW in den letzten Jahren, so wird deutlich, daß ein Bestreben vorherrscht, diesen Teil des Verbandes qualitativ weiter auszubauen.

Im Bereich Fortbildung und Fachberatung hat sich die AW wichtige Ziele gesetzt; sie scheint noch stärker ihre Grundsätze an die ErzieherInnen weitergeben zu wollen.

So wird nach wie vor innerhalb des Verbandes an der Umsetzung der Ergebnisse aus dem Modellprojekt »Ganztageseinrichtungen...«<sup>287</sup> gearbeitet, die Ergebnisse im politischen Raum deutlich zu machen, um so Einfluß auf zukünftige politische und fachliche Weichenstellungen zu nehmen. Erstaunlich schnell wurden die Impulse von den anderen Trägern aufgenommen und auf Bundesebene unter dem Stichwort »Flexibilität von Öffnungszeiten« breit diskutiert.

Innerhalb der BAGFW wurde gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden eine entsprechende Broschüre veröffentlicht<sup>288</sup>. Für die Arbeiterwohlfahrt sind Öffnungszeiten nicht das Hauptproblem. Mehr als 75 % ihrer Einrichtungen haben bedarfsgerechte(re) Öffnungszeiten als die traditionellen von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr und von 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr<sup>289</sup>. Inzwischen wird daran weitergearbeitet, Tageseinrichtungen unter bildungspolitischen, sozialpolitischen und familienpolitischen Rücksichten weiterzuentwickeln<sup>290</sup>.

In diesem Sinne hat die Arbeiterwohlfahrt 1987 beim BMJFFG eine Anfrage für ein neues Modellprojekt gestellt, bei dem insbesondere die Altersstrukturen, die Kooperation mit anderen Einrichtungen im Wohnbereich (z. B. Erziehungsberatung, Familienbildungsstätte) und mit teiloffenen Angeboten für Kinder und Eltern kombiniert werden sollen. Basierend auf einer Situationsanalyse, die Aufschluß über die Bedürfnisse von Eltern und Kindern im jeweiligen Einzugsgebiet geben soll, sollen Umstrukturierungsziele und -wege formuliert und umgesetzt werden. Diese Veränderungen sollen prozeßhaft dokumentiert und nach Abschluß des Projektes als Hilfestellung für andere zur Verfügung gestellt werden.

Neben dem Engagement für Eltern und ihre Kinder fühlt sich die Arbeiterwohlfahrt aber auch für die sozialpädagogischen Fachkräfte verantwortlich und für die Rahmenbedingungen ihrer Arbeit.

Die Arbeiterwohlfahrt macht immer wieder deutlich, daß sie nicht gewillt ist, weitere Veränderungen auf Kosten der ErzieherInnen zu dulden, wie z. B. deutlich aus ihrem neuen Grundsatzprogramm »Humanitäres Handeln...«<sup>291</sup> hervorgeht. Sie fordert vielmehr, daß gesetzliche Regelungen zu schaffen (seien), die die personellen, organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen für eine zeitgemäße Bildung und Erziehung in allen Formen von Tageseinrichtungen für Kinder sicherstellen.<sup>292</sup> Dazu wäre ein neues Jugendhilferecht, welches die CDU/CSU-FDP-Koalition in dieser Legislaturperiode verabschieden will, dringend notwendig.

Den Anforderungen unserer Zeit, z. B. zunehmende Zahl an Benachteiligtengruppen, kann nur über umfassende Veränderungen der Infrastruktur unseres gesamten Sozialsystems begegnet werden. Dafür geben Forderungen der Arbeiterwohlfahrt wichtige Anregungen:

- Verkürzung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit,
- Kindererziehung und Beruf müssen für Männer und Frauen vereinbar sein,
- vielfältiges Angebot von wohnbereichsnahen Erziehungs- und Bildungsmöglichkeiten (z. B. BürgerInnenzentren mit integrierten Tageseinrichtungen) mit bedarfsgerechten Angebotsstrukturen für alle Kinder des Einzugsgebietes sowie
- entsprechend ausreichendes qualifiziertes Personal,
- Betriebskosten müssen aus öffentlichen Mitteln getragen werden.

Mit ihrer Bereitschaft, neue Wege zu gehen, folgt die Arbeiterwohlfahrt dem Grundsatz, ohne dabei zu vergessen, daß es um den Menschen geht:

»Was ist denn der Maßstab für die Hilfeleistung, der Mensch oder die Institution?

Maßstab kann nur sein die Qualität der Hilfeleistung. Das Kind, der Jugendliche, der alte Mensch: sie sind das Ziel der Hilfeleistung und nicht der Caritasverband, die Innere Mission oder die Arbeiterwohlfahrt. Der Mensch gilt und nicht die Institution.«<sup>293</sup>

Für den Menschen, also auch für das Kind im Kindergarten, bleibt noch viel zu tun, für jeden von uns!

*Ilsa Diller-Murschall*

- 1 Wilhelm Liebknecht: Wissen ist Macht – Macht ist Wissen, Festrede gehalten zum Stiftungs-Fest des Dresdener Bildungs-Vereins am 5. Februar 1872, Berlin 1896, Neue Aufl., S. 12.
- 2 Heinrich Schulz: Die Schulreform der Sozialdemokratie, Dresden 1911, S. 61.
- 3 Heinrich Schulz: Die Schulreform . . . , a. a. O., S. 129.
- 4 Lily Braun: Die Frauenfrage, Berlin 1979 [Nachdruck von 1901], S. 196.
- 5 Ebd., S. 198.
- 6 Lily Braun: Die Frauenfrage, a. a. O., S. 158.
- 7 Die Gleichheit, 17 (1907), zitiert nach: Brigitte Zwerger: Bewahranstalt – Kleinkinderschule – Kindergarten, Frankfurt a. M. 1980, S. 116/117.
- 8 Otto Rühle: Das proletarische Kind, München 1911, S. 118.
- 9 Otto Rühle wechselte später zur KAPD, einer Partei, die den Rätekommunismus forderte.
- 10 Die Gewerkschaften schlossen mit Kapitaleignern einen Vertrag, in dem den Arbeitern der Achtstundentag zugesichert worden ist. Dafür versicherten die Gewerkschaften, die Monopolisten nicht zu enteignen (vgl. dazu Wolfgang Abendroth, Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, Köln 1978, 4. erweiterte Auflage).
- 11 A. Monat: Sozialdemokratie und Wohlfahrtspflege – Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte der Arbeiterwohlfahrt, Stuttgart 1961, S. 53.
- 12 An dieser Stelle hatte M. Juchacz wohl vergessen, daß auch die Sozialdemokratie für den Krieg gestimmt hatte. »Sie wurden umworben« erscheint falsch, denn Reich und SPD hatten in Sachen Krieg schon eine Allianz gegründet.
- 13 Dieter Douwe (Hrsg.): Protokolle der Sitzung des Parteiausschusses der SPD 1912–1921, Berlin 1980, S. 742.
- 14 Dieter Douwe (Hrsg.): Protokolle . . . , a. a. O., S. 742.
- 15 Christoph Sachße: Mütterlichkeit als Beruf, Sozialarbeit, Sozialreform und Frauenbewegung, Frankfurt a. M. 1986, S. 183.
- 16 Werner Thönissen: Frauenemanzipation, Frankfurt a. M. 1969, S. 71.
- 17 Ebd.
- 18 Ebd.
- 19 Bericht des Parteivorstandes über das Geschäftsjahr 1919, Berlin 1920, S. 24.
- 20 Bericht des SPD-Parteitages zu Heidelberg, 13.–18. 9. 1925 mit Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1925, S. 119.
- 21 Helene Simon referiert von: Fritz Michael Roehl: Marie Juchacz und die Arbeiterwohlfahrt, Hannover 1961, S. 92.
- 22 Bericht des Parteivorstandes über das Geschäftsjahr 1919, Berlin 1920, S. 25.
- 23 Marie Juchacz/Johanna Heymann: Die Arbeiterwohlfahrt – Voraussetzungen und Entwicklung, Berlin o. J. [1924], S. 5.
- 24 Die Gleichheit, 33. Jg., 1923, Nr. 1, S. 5.
- 25 Helene Otto, zitiert nach Rose Ahlheim u. a.: Gefesselte Jugend. Fürsorgeerziehung im Kapitalismus, Frankfurt a. M. 1974<sup>3</sup>, S. 277.
- 26 Ebd.
- 27 August Siemsen: Preussen/Die Gefahr Europas, hrsg. von Anna Siemsen, Berlin 1981 [Nachdruck von 1937], S. 125.
- 28 Woher Arbeiterwohlfahrt und SPD diese Siegesgewißheit nahmen, ist mir unerklärlich. Bei den Reichstagswahlen am 6. 6. 1920 erreichten die Sozialdemokraten 102 von 459 Sitzen.
- 29 Heinz Niedrig: Entwicklungen in der Geschichte der Arbeiterwohlfahrt, in: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, 36. Jg., 12/85, S. 402.
- 30 Fritz Michael Roehl: Marie Juchacz . . . , a. a. O., S. 104.
- 31 Erika Hoffmann: Vorschulerziehung in Deutschland, Witten 1971, S. 52.
- 32 Die Reichsschulkonferenz 1920, ihre Vorgeschichte und Vorbereitung und ihre Verhandlungen, amtlicher Bericht, erstattet vom Reichsministerium des Innern, Leipzig 1921, S. 693.
- 33 Vgl. Ahlheim, Rose u. a.: Gefesselte Jugend. Fürsorgeerziehung im Kapitalismus, Frankfurt a. M. 1974<sup>3</sup>, S. 198.
- 34 Die Reichsschulkonferenz . . . , a. a. O., S. 694.
- 35 Ebd., S. 695.
- 36 Heinrich Schulz: Das Ergebnis der Reichsschulkonferenz, in: Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht (Hrsg.), Die Reichsschulkonferenz in ihren Ergebnissen, Leipzig o. J. [1920], S. 3.
- 37 Elfriede Eilers: Die Arbeiterwohlfahrt und unsere Verantwortung für die nachwachsende Generation, in: Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt (Hrsg.): Für die Zukunft unserer Kinder – Die Arbeiterwohlfahrt und ihre Tageseinrichtungen, Bonn 1986, S. 11.
- 38 Die Reichsschulkonferenz . . . , a. a. O., S. 865.
- 39 Heinrich Schulz: Das Ergebnis . . . , a. a. O., S. 4.
- 40 Kurt Löwenstein, späterer Vorsitzender der Kinderfreunde, war Mitglied der USPD, später Reichstagsabgeordneter der SPD.
- 41 Die Reichsschulkonferenz 1920, a. a. O., S. 519.
- 42 Vgl. dazu Gernot Koneffke: Die Reichsschulkonferenz von 1920, Ihre Vorgeschichte und Vorbereitung und ihre Verhandlungen, Berlin, 11.–19. Juni 1920 (Einleitung). In: Heinz-Joachim Heydorn/Gernot Koneffke: Zur Bildungsgeschichte des deutschen Imperialismus. Einleitungen zur Neuherausgabe der Preussischen Schulkonferenzen 1890/1900 und der Reichsschulkonferenz von 1920, Glashütten im Taunus 1973, S. 38 ff.
- 43 Ebd., S. 39.
- 44 Gernot Koneffke: Die Reichsschulkonferenz . . . , a. a. O., S. 42.
- 45 Edith Barow-Bernstorff: Probleme der Vorschulerziehung in der Weimarer Republik, in: Edith Barow-Bernstorff u. a. (Hrsg.), Beiträge, a. a. O., S. 312.
- 46 Sozialdemokratische Partei Deutschlands, auf dem Heidelberger Programm 1925 beschlossenes Programm, in: Wolfgang Abendroth, Aufstieg . . . , a. a. O., S. 125.
- 47 Gottlob Binder: Die Arbeiterwohlfahrtspflege, ihre Entwicklung, Motive und Ziele, Münster 1926, S. 16.
- 48 Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt (Hrsg.): Die Aufgaben der Arbeiterwohlfahrt auf dem Gebiete des Anstaltswesens, Berlin 1925, S. 3.  
Der Kindergarten wird ausdrücklich als eine Anstaltsform angegeben (S. 18/19).
- 49 Ebd., S. 4.
- 50 Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt (Hrsg.): Die Aufgaben . . . , a. a. O., S. 5.
- 51 Ebd., S. 7.
- 52 Ebd.
- 53 Gottlob Binder: Die Arbeiterwohlfahrtspflege . . . , a. a. O., S. 16.
- 54 Vgl. dazu Fritz Michael Roehl: Marie Juchacz und . . . , a. a. O., S. 104.
- 55 Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt (Hrsg.): Die Aufgaben . . . , a. a. O., S. 8.
- 56 Vgl. dazu Fritz Michael Roehl: Marie Juchacz . . . , a. a. O., S. 124 ff.
- 57 Richtlinien der Reichs-Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, zitiert nach P. Zyrill Fischer: Die sozialistischen Kinderfreunde in Deutschland, Kevelaer 1930.
- 58 Friedrich Mandelkow: Arbeiterwohlfahrt und Kinderfreunde, in: Arbeiterwohlfahrt 1926/27, S. 188.

- 59 Zyrill Fischer, a. a. O., S. 87 f., 99.
- 60 Kurt-Kerlow Löwenstein: Erziehung und Schule seit der Revolution, in: Die Gleichheit, 32. Jg., Nr. 23, Berlin 1922, S. 210.
- 61 Hedwig Wachenheim: Verfassungsfeier in der Kinderrepublik Seekamp, in: Arbeiterwohlfahrt 1926/27, S. 534.
- 62 Hedwig Wachenheim, Verfassungsfeier . . . , a. a. O., S. 534.
- 63 Ebd.
- 64 Ebd., S. 535.
- 65 Fechenbach, Felix: Die Kinderrepubliken der Roten Falken, in: AW 26/27, S. 694.
- 66 Die Kinderfreunde nannten sich kurz nach ihrer Gründung auch »Rote Falken«.
- 67 Löwenstein, Kurt: Die Kinderrepubliken des letzten Jahres, in: AW 1930, S. 725.
- 68 Ebd., S. 730.
- 69 Fechenbach, Felix, a. a. O., S. 695.
- 70 Eppe, Heinrich: 60 Jahre Kinderfreundebewegung in Deutschland. In: Sozialprisma, 29. Jg., Nr. 3/1984, S. 45. (Die Kinderfreunde zählten gegen Ende der Weimarer Republik etwa 200000 Mitglieder.)
- 71 Vgl. dazu: Rose Ahlheim u. a.: Gefesselte Jugend . . . , a. a. O., S. 275.
- 72 Fritz Michael Roehl: Marie Juchacz . . . , a. a. O., S. 115.
- 73 Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt: Jahrbuch 1930, S. 13.
- 74 Zahlen nach Hans Süldner/Walter Lande: Waidmannsche Taschenausgaben für die preußische Schulverwaltung, Heft 76: Julie Ermler: Der Kindergarten – Kindergärtnerin, Hortnerin, Jugendleiterin, Berlin 1933, S. 191–193. Zahlen in runden Klammern geben die Anzahl der Einrichtungen freier Träger auf Reichsebene, Zahlen in eckigen Klammern die öffentlicher Einrichtungen an.
- 75 Transkribiert aus: Jahrbuch der Arbeiterwohlfahrt 1930, Die Bezirke der Arbeiterwohlfahrt, Berlin 1931 o. S.
- 76 Vgl. dazu Hedwig Wachenheim: Vom Großbürgertum zur Sozialdemokratie, Berlin 1973, S. 120.
- 77 Arbeiterwohlfahrt 9/27, S. 280.
- 78 Henny Schuhmacher: Berliner Kindergärten, in: Arbeiterwohlfahrt, 4. Jg., 2/29, S. 49.
- 79 Ebd., S. 50.
- 80 Fritz Michael Roehl: Marie Juchacz . . . , a. a. O., S. 153.
- 81 Berichte aus den Fachausschüssen, in: Arbeiterwohlfahrt, 6. Jg., 7/1931, S. 213.
- 82 Ernst Korte: Schulkindergärten, in: Arbeiterwohlfahrt, 7. Jg., 11/1932, S. 331.
- 83 Vgl. dazu: Arbeiterwohlfahrt, Landesverband Hamburg in Zusammenarbeit mit Karen Hagen: Wir wollen zum Köhlbrand, Hamburg 1985, S. 95 f.
- 84 Dieses wird hier nicht weiter ausgeführt, da keine weiteren Informationen vorliegen.
- 85 Susanne Hirschberg: Der Kinderhort der Arbeiterwohlfahrt Köln. Ein Versuch mit neuer Erziehung, in: Arbeiterwohlfahrt, 9/1927, S. 280.
- 86 Also auch der AW.
- 87 Ebd., S. 280/281.
- 88 Max Adler: Neue Menschen, Berlin 1926, S. 51/52.
- 89 Susanne Hirschberg, a. a. O., S. 281.
- 90 Susanne Hirschberg, a. a. O., S. 284.
- 91 Ebd.
- 92 Susanne Hirschberg, a. a. O., S. 284.
- 93 Ebd.
- 94 Fritz Michael Roehl, a. a. O., S. 127.
- 95 Skrzypak, Henryk: Beihefte zur Internationalen wissenschaftlichen Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung; Hedwig Wachenheim: Vom Großbürgertum zur Sozialdemokratie. Memoiren einer Reformistin, Berlin 1973, S. 127.
- 96 Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt (Hrsg.): Lehrbuch der Wohlfahrtspflege, o. O. 1927, S. 272.
- 97 Der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt im Geschäftsjahr 1926, S. 11.
- 98 Max Adler: Neue Menschen, a. a. O., S. 59. Dieser Satz wurde von Adler nicht im Zusammenhang mit der Arbeiterwohlfahrt gebraucht.
- 99 Die absolute Gleichschaltung der Kindergärten durch die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt wurde erst 1941 beendet (vgl. Bernstorff u. a., a. a. O., S. 343 ff.).
- 100 Wilma Grossmann: Vorschulerziehung, Historische Modelle und alternative Modelle, Köln 1974, S. 58.
- 101 Die Arbeiterwohlfahrt – Situation, Grundlagen, Ziel, in: Neues Beginnen, Jg. 1951, Nr. 10, S. 3.
- 102 Gerhard Weisser: Freiheitlicher Sozialismus, in: Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Handbuch sozialdemokratischer Politik, Bonn 1953, S. 63.
- 103 Die Arbeiterwohlfahrt – Situation . . . , a. a. O., S. 3.
- 104 Stellungnahme des Bundesvorstandes der Arbeiterwohlfahrt, zitiert nach: Richard Haar, Arbeiterwohlfahrt 1969, in: Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (Hrsg.): 50 Jahre Arbeiterwohlfahrt, Bonn 1969, S. 52.
- 105 Rudolph Bauer: Wohlfahrtsverbände in der Bundesrepublik, Weinheim 1978, S. 46/47.
- 106 Vokabular anderem Zusammenhang entlehnt aus Jürgen Habermas: Die neue Unübersichtlichkeit, Frankfurt a. M. 1985, S. 148.
- 107 Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt (Hrsg.): Probleme der Jugendarbeit – Stellungnahme des Fachausschusses für Jugendwohlfahrt, Hannover 1948, S. 19.
- 108 Entwicklung der Kindergärten der Arbeiterwohlfahrt, in: Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt (Hrsg.), Die Arbeiterwohlfahrt 1919–1949, Hannover 1949, S. 30.
- 109 Lotte Lemke: Die Arbeiterwohlfahrt nach 1945, in: Neues Beginnen, Jg. 1948, Nr. 18, o. S.
- 110 Rudolph Bauer: Die Wohlfahrtsverbände . . . , a. a. O., S. 182.
- 111 Richard Haar: Zur Arbeiterwohlfahrt 1979, in: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, 30. Jg., 12/79, S. 461.
- 112 Heinz Niedrig: Die Sozialpolitik der Arbeiterwohlfahrt, in: Theorie und Praxis . . . , 12/79, S. 455.
- 113 Rose Ahlheim u. a.: Gefesselte Jugend . . . , a. a. O., S. 195.
- 114 Birgit Merkel u. a.: Handbuch für Kindertagesstätten der AW Kreisverband Hannover-Stadt, Hannover 1976, S. 22.
- 115 AW-Kindergarten im Flüchtlingslager Uelzen, in: Arbeiterwohlfahrt 55/56, S. 136/137.
- 116 Heinrich Rodenstock: Vom Kindergarten, in: Die Gleichheit, 16. Jg., Nr. 4, 1953, S. 138.
- 117 Die Arbeiterwohlfahrt – Situation . . . , a. a. O., S. 1.
- 118 Erna Donat: Beruf und Aufgabe der Kindergärtnerinnen III, Gegen den Schleiflack . . . , in: NB, 2. Jg., Nr. 22, 1948, o. S.
- 119 Erna Donat: Beruf und Aufgabe der Kindergärtnerinnen I, Erziehung zu Leben und Gemeinschaft, in: NB, 2. Jg., Nr. 16, 1948, o. S.
- 120 Vera Boltz: Berufsbild und Berufskrise der Kindergärtnerinnen und Jugendleiterinnen, München 1954 (Diss.), S. 46.
- 121 G. St., Sorgenkind »Kindergarten«, in: NB, Jg. 1949, Nr. 6, o. S.
- 122 Richtlinien für die Planung und Führung von Kindertagesstätten, in: NB, 11/1954, S. 180/181.
- 123 Ebd., S. 180.
- 124 Richtlinien . . . , a. a. O., S. 180.
- 125 Ebd.
- 126 Richtlinien . . . , a. a. O., S. 180.

- 127 Kindergärtnerinnen-Tagung der Arbeiter-Wohlfahrt, in: Neues Beginnen, Jg. 1949, Nr. 17, o. S.
- 128 Margot Kreyer: Die Aufgaben der Kindergärten in der Etappe der antifaschistisch demokratischen Umgestaltung (1945-1949), in: Edith Barow Bernstorff u. a., Beiträge . . ., a. a. O., S. 422.
- 129 Ebd.
- 130 Ebd.
- 131 Errechnet nach Vera Boltz, a. a. O., S. 37/38.
- 132 Eugen Pappenheim: Grundriß . . ., a. a. O., S. 43/44.
- 133 Richtlinien . . ., a. a. O., S. 181.
- 134 Ebd.
- 135 Vera Boltz: Berufsbild . . ., a. a. O., S. 35 u. 36.
- 136 Dieses bezieht sich auf den Kindergartenalltag, rechtlich ist der Anspruch auf *Erziehung* im Kindergarten seit 1922 im RJWG verankert.
- 137 Elfriede Eilers, Die Arbeiterwohlfahrt und unsere Verantwortung . . ., a. a. O., S. 12.
- 138 Vgl. dazu Klaus Mollenhauer: Einführung in die Sozialpädagogik, Weinheim 1968<sup>4</sup>, S. 23.
- 139 Helene Müller: Das Problem des Kindergartens und Hortes unserer Zeit, in: Neues Beginnen, 12/1958, S. 181.
- 140 Vgl. dazu Ingeborg Weber-Kellermann: Die deutsche Familie, a. a. O., S. 204 ff.
- 141 Vgl. dazu Christa Hasenclever: Jugendhilfe und Jugendgesetzgebung seit 1900, Göttingen 1978, S. 191 ff.
- 142 Helene Müller: Das Problem . . ., a. a. O., S. 182.
- 143 Vgl. dazu: Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt (Hrsg.): Reform der öffentlichen Erziehungshilfe - Vorschläge und Forderungen der Arbeiterwohlfahrt (bearbeitet von Christa Hasenclever), Bonn 1957, S. 8 ff.
- 144 Arbeiterwohlfahrt Hauptausschuß (Hrsg.): Die Arbeiterwohlfahrt, Jahrbuch 1957, Bonn o. J., S. 34.
- 145 Erna Donat: Beruf und . . . I, a. a. O., o. S.
- 146 Aufnahme- und Ausbildungsbestimmungen für die sozialen Berufe, in: Neues Beginnen, Jg. 4, Nr. 1/1950, S. 6.
- 147 Entwicklung des Arbeitnehmerinkommens pro Kopf und seiner Steuerbelastung, in: Deutscher Gewerkschaftsbund - Bundesvorstand (Hrsg.): Gewerkschaften und Mitbestimmung, Bonn 1977, S. 83.
- 148 Elisabeth Gehrke: Vorbereitung von Volksschülerinnen für den Kindergärtnerinnenberuf, in: Neues Beginnen, Jg. 1954, Nr. 3, S. 38.
- 149 Elisabeth Gehrke: Die Kinderpflegerinnenschule »Haus Sommerberg« in Rösrath, in: Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt (Hrsg.): Die Arbeiterwohlfahrt, Jahrbuch 1961, Bonn 1961, S. 67.
- 150 Helene Müller: Das Problem . . ., a. a. O., S. 183.
- 151 Wilma Grossmann: Vorschulerziehung . . ., a. a. O., S. 105/106.
- 152 Franz-Josef Wuermeling, zitiert nach: Dietrich Haensch, Repressive Familienpolitik, Reinbek 1969, S. 109.
- 153 Emmy Anders: Das Kind in der sich schnell wandelnden Welt, Bericht über die 10. Weltkonferenz der Weltorganisation für Erziehung im frühen Kindesalter [OMEP], in: NB, Jg. 1965, Nr. 1, S. 10.
- 154 Ebd.
- 155 Arbeitskreis Kinderhilfe: Heutige Erfordernisse auf dem Gebiete der Tageseinrichtungen für Kinder, in: NB, 3/1967, S. 112.
- 156 Zahlen nach: Gerlinde Lüttig, Die Erwerbstätigkeit von Müttern und die Betreuung ihrer Kinder nach einer Erhebung des Statistischen Bundesamtes, in: NB, Jg. 1965, Nr. 2, S. 22 und 24.
- 157 Ebd., S. 23.
- 158 Errechnet nach: Kindergärten der freien Wohlfahrtspflege (1967), in: Stellungnahme zur vorschulischen Erziehung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, in: NB, Jg. 1969, Nr. 5, S. 188.
- 159 Hierbei muß beachtet werden, daß die Erwerbstätigkeit von Frauen nicht unbedingt einen stärkeren Besuch bzw. stärkere Nachfrage nach Vorschuleinrichtungen bedeutet (vgl. dazu: Bernhard Trouillet, Die Vorschulerziehung im internationalen Vergleich, in: Dieter Höltershinken [Hrsg.], Vorschulerziehung 2, Freiburg i. Br. 1973, S. 19/20).
- 160 Fachausschuß Jugendwohlfahrt, Beispielskatalog: Erziehungshilfen für Kinder und Jugendliche, in: NB, Jg. 1966, Nr. 3, S. 108.
- 161 Ebd., S. 110.
- 162 Arbeitskreis Kinderhilfe, Heutige . . ., a. a. O., S. 112/113.
- 163 Vgl. Arbeitskreis Kinderhilfe, Heutige . . ., a. a. O., S. 113.
- 164 Arbeiterwohlfahrt Landesarbeitsgemeinschaft Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Praxisbriefe für Eltern, Elternräte, Träger und pädagogisch tätige Kollegen in Kindergarten, Hort und Kindertagesstätte, Ausgabe NW, Nr. 21/1981, S. 11.
- 165 Kindergartenbesuch nach Beruf und Bildungsabschluß des Familienvorstandes 1972, in: DGB-Bundesvorstand (Hrsg.), Gewerkschaften und Mitbestimmung, Bonn 1977, S. 133.
- 166 Arbeitskreis Kinderhilfe: Heutige . . ., a. a. O., S. 113.
- 167 Kindergärten der freien Wohlfahrtspflege (1967), in: Stellungnahme zur vorschulischen Erziehung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, in: NB, 5/69, S. 188.
- 168 Arbeitskreis Kinderhilfe: Heutige . . ., a. a. O., S. 113/114.
- 169 Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (Hrsg.): Überlegungen zur Finanzierung der Kindergartenerziehung, in: Arbeiterwohlfahrt Jahrbuch 69/70, S. 61.
- 170 AW Bundesverband (Hrsg.): Überlegungen . . ., a. a. O., S. 62.
- 171 Überlegungen zur Finanzierung der Kindergartenerziehung, a. a. O., S. 64.
- 172 Ich übernehme hier die Formulierung der AW. Danach sind die finanzstarken Träger diejenigen, die Einkünfte aus Kirchensteuern beziehen.
- 173 Wolf Dieter Narr/Claus Offe (Hrsg.): Wohlfahrtsstaat und Massenloyalität, Köln 1975, S. 40.
- 174 Wolfgang Bäuerle: Notwendigkeit und Möglichkeit offener Erziehungshilfen, in: NB, Jg. 1966, Nr. 4, S. 126.
- 175 Überlegungen . . ., a. a. O., S. 68.
- 176 Ebd., S. 65.
- 177 Diese Aussage bezieht sich ausschließlich auf die genannten Forderungen und nicht auf ein evtl. vorhandenes politisches Ziel.
- 178 Deutscher Bildungsrat: Empfehlungen der Bildungskommission, Strukturplan für das Bildungswesen, Stuttgart 1970<sup>2</sup>, S. 102.
- 179 Zur Kindergartenerziehung als Stufe des Bildungswesens, in: Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (Hrsg.), Jahrbuch 68/69, S. 33.
- 180 Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung: Materialien zur Bildungsplanung, Heft 9: Modellversuche im Elementarbereich, Bonn 1984, S. 7.
- 181 Bundesvorstand der Arbeiterwohlfahrt: Stellungnahme zur »Bildungspflicht und institutionellen Zuordnung Fünfjähriger«, in: AW Bezirksverband Weser-Ems (Hrsg.): Taten und Modelle - Die Praxis der Arbeiterwohlfahrt auf dem Weg zum sozialen Fortschritt, Bremerhaven 1976, S. 35.
- 182 Sigurd Hebenstreit: Probleme vorschulischer Informationen im Übergang zur Primarstufe, in: Dieter Höltershinken (Hrsg.), Frühkindliche Erziehung und Kleinkinderpädagogik, Freiburg i. Br. 1977, S. 201.



- 183 Deutscher Bildungsrat: Empfehlungen der Bildungskommission. Strukturplan für das Bildungswesen, Bonn 1970<sup>2</sup>, S. 48.
- 184 Dieter Höltershinken: Einleitung, in: Dieter Höltershinken (Hrsg.), Vorschulerziehung 2, a. a. O., S. 7.
- 185 Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung: Bildungsgesamtplan Kurzfassung, Bonn o. J. [1973], S. 13.
- 186 Arnulf Hopf/Klaus Klattenhoff: Erziehung und Ausbildung in Vorklasse und Eingangsstufe, in: Rüdiger Koch/Georg Rocholl (Hrsg.): Kleinkindererziehung als Privatsache?, Köln 1977, S. 150.
- 187 Ebd., S. 150/151.
- 188 Adolf Douai: Kindergarten . . . , a. a. O., S. 21.
- 189 Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (Hrsg.): Fachpolitisches Programm der Arbeiterwohlfahrt, Bonn 1975, S. 22.
- 190 BLK für Bildungsplanung und Forschungsförderung: Daten für den Elementarbereich 1975-1983, Bonn 1985, S. 3.
- 191 Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (Hrsg.): Zusammenarbeit zwischen Familie, Kindergarten und Grundschule, Praxisheft 21, Bonn 1985.
- 192 Zur Kindergartenerziehung als Stufe des Bildungswesens, a. a. O.
- 193 Ebd., S. 31.
- 194 Ebd.
- 195 Ebd.
- 196 Stellungnahme zur vorschulischen Erziehung der BAG, a. a. O., S. 187.
- 197 Stellungnahme zur vorschulischen Erziehung der BAG, a. a. O., S. 187.
- 198 Kurt Bader: Erziehung in Kindergärten, in: Koch/Rocholl: Kleinkindererziehung als . . . , a. a. O., S. 122.  
Ich zitiere an dieser Stelle gerade Kurt Bader, da er zur AG Fortbildung im Kinderzentrum Berlin gehörte, welches als Organisationsform von der Arbeiterwohlfahrt positiv bewertet wurde. Die sehr stark materialistisch orientierte Pädagogik der AG Fortbildung (vgl. Koch/Rocholl, Kleinkindererziehung als Privatsache? und Bader/Koch/Rocholl, Kooperatives Handeln in der Kindererziehung) forderte ebenfalls eine grundsätzliche Neuformierung der Vorschulerziehung, an der durchaus sozialpädagogische Kräfte und schulpädagogische Kräfte beteiligt sein sollten, aber, im Gegensatz zu Forderungen der AW, unter gleichen Bedingungen.
- 199 Wolfgang Bäuerle: Elternbildung: Aufgaben, historische Entwicklung und heutiger Stand, in: Klaus Schleicher (Hrsg.): Elternmitsprache und Elternbildung, Düsseldorf 1973, S. 86.
- 200 Barbara Schmitt-Wenkebach: Kindergarten und Elternarbeit, Bedingungen, Möglichkeiten, Inhalte, Hannover 1976, S. 10.
- 201 Elisabeth Simon, »Das Problem Kinderpflegerin«, in: Arbeiterwohlfahrt Jahrbuch 1974, S. 91.
- 202 Dieses war im höchsten Maße umstritten, zumal es »die« Kinderpflegerinnenausbildung nicht gab. So gab es in Bayern eine einjährige, in Hamburg eine dreijährige Ausbildung.
- 203 Dietrich v. Derschau/Hans Joachim Krause/Rüdiger Langbehn: Ausbildung des pädagogischen Fachpersonals in Kindertagesstätten, in: Dietrich v. Derschau, Entwicklungen . . . , a. a. O., S. 266.
- 204 Ilsa Diller-Murschall: Bericht zu 165/83, 5. Arbeitstagung für Fachberater für Tageseinrichtungen für Kinder in Haus Humboldtstein, Bonn 1984, S. 8.
- 205 Jürgen Markmann: Sozialarbeit und Sozialpädagogik - Programm und Praxis - Tendenzen und Perspektiven in der Arbeiterwohlfahrt, in: Theorie und Praxis . . . , 24. Jg., 9/73, S. 344.
- 206 Ebd., S. 352.
- 207 Ebd., S. 344.
- 208 N. N.: Die Jahre danach - Zur Entwicklung der Arbeiterwohlfahrt nach 1945, in: TuP, 10/74, S. 389.
- 209 Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (Hrsg.): Fachpolitisches Programm, Bonn 1975, S. 3.
- 210 Ebd.
- 211 Ebd., S. 9.
- 212 Ebd.
- 213 Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (Hrsg.): Fachpolitisches . . . , a. a. O., S. 12.
- 214 Ebd., S. 21.
- 215 Ebd., S. 22.
- 216 Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (Hrsg.): Fachpolitisches . . . , a. a. O., S. 13.
- 217 Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (Hrsg.): Der Kindergarten der Arbeiterwohlfahrt. Gedanken zur pädagogischen Arbeit und Anregungen für die Praxis, Bonn 1975, S. 3 (vergriffen).
- 218 Ebd.
- 219 Die Grundrichtung der pädagogischen, situationsbezogenen Arbeit in Tageseinrichtungen für Kinder der Arbeiterwohlfahrt Nordrhein-Westfalen, in: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Arbeitshilfen zur Planung der Arbeit im Kindergarten, Düsseldorf 1981<sup>2</sup>, Anhang 1.
- 220 Grundpositionen der Arbeiterwohlfahrt für ihre Arbeit in Tageseinrichtungen für Kinder, Stellungnahme der AW, Bundesverband, Bonn 1983.
- 221 Ebd.
- 222 Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (Hrsg.): Fachpolitisches . . . , a. a. O., S. 15.
- 223 Praxisbrief Landesarbeitsgemeinschaft der Arbeiterwohlfahrt Nordrhein-Westfalen 24/82, zitiert nach: Arbeiterwohlfahrt Bundesverband, Infodienst, Nr. 4/84, Bonn 1984, S. 8/9.
- 224 Grundpositionen, a. a. O.
- 225 Grundpositionen, a. a. O.
- 226 Die Grundrichtung der . . . , a. a. O., o. S.
- 227 Ebd.
- 228 Ebd.
- 229 Wolfgang Tietze: Was soll in der Früherziehung evaluiert werden? Ein Plädoyer und Konzept für die Evaluation der Regeleinrichtung Kindergarten, in: Wassilos E. Pthenakis (Hrsg.), Tendenzen der Frühpädagogik, Düsseldorf 1984, S. 155 u. 157.
- 230 AW Bu (Hrsg.), Der Kindergarten der . . . , a. a. O., S. 4.
- 231 Wenn im folgenden von *dem* »Situationsansatz« gesprochen wird, so ist dabei keine direkte Zuordnung zu einem bestimmten Ansatz gemeint. Durchgängig ist aber, daß vornehmlich die drei situationsorientierten Ansätze des Erprobungsprogrammes »Curriculum Soziales Lernen« (Arbeitsgruppe Vorschulerziehung beim Deutschen Jugendinstitut), »Curriculum Elementare Sozialerziehung« (Fr. Oertl u. a.) und die Arbeitshilfen des Landes Nordrhein-Westfalen (E. Moskal u. a.) gemeint sind, wenn ausdrücklich nichts anderes gesagt wird.  
Des weiteren soll der Ansatz selbst hier nicht diskutiert werden. Der Ansatz wird an dieser Stelle nur in bezug auf die Arbeiterwohlfahrt diskutiert.
- 232 Bu d. AW (Hrsg.), Stellungnahme: Grundposition der Arbeiterwohlfahrt für ihre Arbeit in Tageseinrichtungen für Kinder, Bonn 1983, S. 3.
- 233 Barbara Schmitt-Wenkebach: Gestaltung pädagogischer Arbeit im Kindergarten auf der Grundlage des Situationsansatzes, in: Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (Hrsg.), Für die Zukunft unserer Kinder . . . , a. a. O., S. 35.
- 234 Vgl. Lothar Krappmann: Förderung von Kindern im Kindergarten. Auswertungsbericht zum Erprobungsprogramm im Elementarbereich, in: Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung. Erprobungsprogramm im Elementarbereich, S. 152f.

- 235 Barbara Schmitt-Wenkebach: Gestaltung . . . , a. a. O., S. 35.
- 236 Ebd.
- 237 Ebd., S. 36.
- 238 Ebd.
- 239 Im Sinne von Veränderung des Erzieher-Kind-Verhältnisses; vgl. dazu: G. Wehle: Emanzipation . . . , a. a. O., S. 44.
- 240 Bernhard Hübner/Rüdiger Koch/Georg Rocholl: Soziale Arbeit mit Kindern, Stuttgart 1979, S. 57.
- 241 Vgl. dazu: Paulo Freire: Pädagogik der Unterdrückten, Reinbek 1984 [1973], S. 71 ff.
- 242 Arbeitsgruppe Vorschulerziehung: Situationsansatz – Schlagwort oder pädagogische Tradition?, in: Welt des Kindes, 59. Jg., 4/81, S. 296.
- 243 Lothar Krappmann: Förderung . . . , a. a. O., S. 221.
- 244 Grundposition . . . , a. a. O., S. 2.
- 245 Dieter Höltershinken: Grundsätzliche Fragen . . . , a. a. O., S. 31.
- 246 In diese Berechnung sind die etwa 30 % der Kindergärten, die sich in öffentlicher Trägerschaft befinden, nicht einbezogen.
- 247 Der Stellenwert von Tageseinrichtungen für Kinder innerhalb der AW – Standortbeschreibung und Perspektiven für die Zukunft, Stellungnahme der Arbeiterwohlfahrt Bundesverband, Bonn 1986.
- 248 Praxisbriefe, Ausgabe NW, Nr. 13/1978, S. 4.
- 249 Nach Auskunft des Trägers 169.
- 250 AW Zahlen, in: Der Stellenwert . . . , a. a. O., S. 5.
- 251 BAG der Freien Wohlfahrtspflege (Hrsg.): Gesamtstatistik der Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege, Bonn 1985, S. 9.
- 252 Bundesk., unveröffentlichtes Material.
- 253 Einrichtungen der Jugendhilfe und verfügbare Plätze 1965 bis 1976, in: TuP, 6/78, S. 236.
- 254 Heinz Niedrig: Arbeiterwohlfahrt und freie Wohlfahrtspflege – Kritische Fragen an die freie Wohlfahrtspflege, in: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, 25. Jahrgang, Nr. 10, S. 370/71.
- 255 Neu bezieht sich hier weder auf die wirkliche Neuheit noch auf die Frage, ob es ein anderer Verband oder ein anderer Träger nicht auch macht; neu soll mehr verstanden werden als Versuch, etwas anderes zu etablieren bzw. aus einer wenig bedeutenden Funktion herauszuheben.
- 256 Ilsa Diller: Als Selbsthilfe: Kinderläden, in: Sozialprisma 8/76, S. 88.
- 257 Ebd., S. 91.
- 258 Team der AW-Kindertagesstätte Kiel-Friedrichsort. Eine Kindertagesstätte in Großraumkonzeption, in: TuP, 28. Jg., 5/77, S. 163.
- 259 Ebd.
- 260 AW Landesverband Schleswig-Holstein (Hrsg.): Geschichte – Selbstverständnis – Praxis, Kiel 1983, S. 26.
- 261 In Schleswig-Holstein gibt es kein Kindergartengesetz, welches solche Maßnahmen regelt.
- 262 AW Bundesverband (Hrsg.): Zentrale Fortbildung, Bonn 1986, S. 3.
- 263 Autorengruppe Ganztageeinrichtungen: Ganztagsplätze in Kindergärten – vernachlässigt und doch chancenreich, Bericht über ein Projekt in Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt, in: TuP, 8/84, S. 300.
- 264 Stellungnahme der Arbeiterwohlfahrt, Zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, in: TuP, 8/84, S. 315.
- 265 Projektgruppe Ganztageeinrichtungen im Elementarbereich, in: TuP, 12/81, S. 475.
- 266 Ebd.
- 267 Ebd., S. 474.
- 268 Projektgruppe Ganztageeinrichtungen. Leben und Lernen in Kindertagesstätten. Bericht über ein kooperatives Projekt des Deutschen Jugendinstituts und der Arbeiterwohlfahrt, München 1984, S. 31.
- 269 Weitere Informationen sind durch die von der AW und dem DJI herausgegebenen Projektblätter und durch oben genanntes Buch zu erhalten.
- 270 Projektgruppe Ganztageeinrichtungen: Ganztagsplätze in Kindergärten. Bericht über ein Projekt bei der Arbeiterwohlfahrt, in: TuP, 8/82, S. 309.
- 271 Der Stellenwert . . . , a. a. O., S. 11.
- 272 Jutta Wilhelmi: Zurück zur Bewahranstalt. Von der Reform des Elementarbereichs ist wenig geblieben, in: Die Zeit, 9. 11. 84, S. 49/50.
- 273 Heribert Mörsberger: Deutschland Kinderland, in: Welt des Kindes, 3/86, S. 166–167.
- 274 Der Stellenwert . . . , a. a. O., S. 1.
- 275 Hedi Colberg-Schrader: Ergebnisse aus dem Projekt »Ganztageeinrichtungen als familiennahe Sozialisationsfelder« und Konsequenzen für die Praxis, in: AW Bu, Für die Zukunft unserer Kinder, a. a. O., S. 57.
- 276 Projektgruppe Ganztageeinrichtungen: Leben und Lernen . . . , a. a. O., S. 42.
- 277 Ebd., S. 43.
- 278 Hedi Colberg-Schrader/Marianne Krug: Das Erprobungsprogramm im Elementarbereich – Abschluß einer Reformphase oder Ausgangspunkt für Innovationen?, in: TuP, 1/80, S. 26.
- 279 Diller-Murschall, I./Haar, R.: Infodienst der Arbeiterwohlfahrt »Tageseinrichtungen für Kinder«, Nr. 5/6, Mai 1985, S. 14–20. Die AW hat 1985 eine Auflistung von Elternbeiträgen erstellt. In diesem Überblick sind die länderspezifischen Preise für unterschiedliche Betreuungsförmern abgedruckt.
- 280 Irene Herzberg-Lülf: Quantitativer Ausbau im Elementarbereich, in: Dietrich v. Derschau (Hrsg.), Entwicklungen . . . , a. a. O., S. 55.
- 281 Der Stellenwert . . . , a. a. O., S. 15.
- 282 Projektgruppe Ganztageeinrichtungen: Leben und Lernen . . . , a. a. O., S. 144.
- 283 Roger Hart, zit. nach: Harms/Preissing/Richtermeier, Kinder und Jugendliche in der Großstadt, Berlin 1985, S. 53.
- 284 Projektgruppe Ganztageeinrichtungen: Leben und Lernen . . . , a. a. O., S. 151.
- 285 Vgl. Jens Lipski: Aspekte der qualitativen Entwicklung im Elementarbereich, in: D. v. Derschau (Hrsg.): Entwicklungen im Elementarbereich. Fragen und Probleme der qualitativen, quantitativen und rechtlichen Situation, München 1981, S. 40.
- 286 Vgl. dazu Elfriede Eilers: Die Arbeiterwohlfahrt und unsere . . . , in: AW BV (Hrsg.), Für die Zukunft . . . , a. a. O., S. 10.
- 287 Der Stellenwert der Tageseinrichtungen für Kinder bei der Arbeiterwohlfahrt – Standortbestimmung und Perspektiven für die Zukunft, Bonn 1986.
- 288 BAGFW und BKSPV: Empfehlungen und Hinweise zur bedarfsgerechten Gestaltung von Öffnungszeiten in Kindergärten, Bonn 1987.
- 289 Der Stellenwert . . . , a. a. O.
- 290 Ilsa Diller-Murschall: Kinderhäuser, in: Theorie und Praxis der Sozialpädagogik, 6/87, S. 312.
- 291 Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (Hrsg.): Humanitäres Handeln aus politischer Verantwortung, Grundsatzprogramm der Arbeiterwohlfahrt, Bonn 1988.
- 292 Ebd., S. 29.
- 293 Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (Hrsg.): Helfen und Gestalten, Bonn 1979, S. 84.

## Literaturverzeichnis

- Abendroth, Wolfgang: Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, Köln 1978, 4. erw. Auflage.
- Adler, Max: Neue Menschen, Berlin 1926.
- Ahlheim, Rose u. a.: Gefesselte Jugend. Fürsorgeerziehung im Kapitalismus, Frankfurt a. M. 1971<sup>3</sup>.
- »Allensbach-Befragung über die freie Wohlfahrtspflege«, TuP, 4 (1975), 146.
- Anders, Emmy: Fachschule für Kindergärtnerinnen, Arbeiterwohlfahrt, Jahrbuch 1961, 65–67.
- Das Kind in der sich schnell wandelnden Welt. Bericht über die 10. Weltkonferenz der Weltorganisation für Erziehung im frühen Kindesalter, NB, 1 (1965), 10–12.
- Kongress der Weltorganisation für Erziehung im Vorschulalter, NB, 1 (1967), 29–32.
- Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Weser-Ems (Hrsg.), Taten und Modelle – Die Praxis der Arbeiterwohlfahrt auf dem Weg zum sozialen Fortschritt, Bremerhaven 1976.
- Arbeiterwohlfahrt (Hrsg.):  
1919–1964 Hauptausschuß  
1965– Bundesverband  
Arbeiterwohlfahrt, Zeitschrift, Berlin 1.–8. Jahrgang, 1926–1933.
- Die Arbeiterwohlfahrt, Jahrbuch, 1949/50ff.
- Arbeiterwohlfahrt – Verband für soziale Arbeit, Wiesbaden 1985.
- Die Arbeiterwohlfahrt zur Neuordnung der sozialpädagogischen Ausbildungswege der Kindergärtnerinnen, Heimerzieher und Jugendleiterinnen, Die Arbeiterwohlfahrt, Jahrbuch 1964/65, Bonn 1965, 47–53.
- Berichte der Fachausschüsse. Kindergärten und Heime, Arbeiterwohlfahrt, 7 (1931), 213.
- Die emotionalen Grundbedürfnisse von Kindern und Erwachsenen in ihrer Bedeutung für die soziale Arbeit, von Charlotte Towle, Bonn 1956.
- Grundposition der Arbeiterwohlfahrt für ihre Arbeit in Tageseinrichtungen für Kinder, TuP, 10 (1983), 348–350.
- Die Arbeiterwohlfahrt 1919–1949, Hannover o. J. [1949].
- Die Aufgaben auf dem Gebiete des Anstaltswesens. Bearbeitet von Hans Wingender, Berlin 1925.
- Fachausschuß Jugendwohlfahrt: Beispielkatalog: Erziehungshilfen für Kinder und Jugendliche, NB, 3 (1966), 108–111.
- Fachausschuß Jugendwohlfahrt: Zur Kindergartenerziehung als Stufe des Bildungswesens, Arbeiterwohlfahrt, Jahrbuch 68/69, 31–33.
- Fachausschuß Jugendwohlfahrt: Stellungnahme zur vorschulischen Erziehung, NB, 5 (1969), 188–191.
- Fachpolitisches Programm, Bonn 1975, abgelöst durch das Grundsatzprogramm »Humanitäres Handeln aus politischer Verantwortung«, Bonn 1987.
- Für die Zukunft unserer Kinder. Die Arbeiterwohlfahrt und ihre Tageseinrichtungen, Bonn 1986.
- Helfen und Gestalten, Bonn 1979.
- Der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt im Geschäftsjahr 1926.
- Info-Dienst, Tageseinrichtungen für Kinder, 1/83.
- Jahrbuch der Arbeiterwohlfahrt, Berlin 1930, 1931.
- 50 Jahre Arbeiterwohlfahrt, Bonn 1969.
- Marie Juchacz: Gründerin der Arbeiterwohlfahrt, Leben und Werk, Bonn 1979.
- Lehrbuch der Wohlfahrtspflege, o. O., 1927.
- Neues Beginnen, Zeitschrift der Arbeiterwohlfahrt, später: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit (Hrsg.: Okt. 1957 bis Dez. 1949 Arbeiterhilfswerk Bremen, Ortausschuß der Arbeiterwohlfahrt, ab 1950 Hauptausschuß).
- Praxisheft 14: Der Kindergarten der Arbeiterwohlfahrt. Gedanken zur pädagogischen Arbeit und Anregungen für die Praxis, Bonn 1975.
- Praxisheft 21: Zusammenarbeit zwischen Kindergarten und Grundschule, Bonn 1985.
- Probleme der Jugendwohlfahrt – Stellungnahme des Fachausschusses für Jugendwohlfahrt, Hannover 1948.
- Reform der öffentlichen Erziehungshilfe – Vorschläge und Forderungen der Arbeiterwohlfahrt (bearbeitet von Christa Hasenclever), Bonn 1957.
- Richtlinien für die Planung und Führung von Kindertagesstätten der Arbeiterwohlfahrt, NB, 11 (1954), 180–181.
- Sozialprisma. Monatsschrift der Arbeiterwohlfahrt.
- Der Stellenwert von Tageseinrichtungen für Kinder innerhalb der AW – Standortbeschreibung und Perspektiven für die Zukunft, Bonn 1986.
- Stellungnahme der Arbeiterwohlfahrt zu pädagogischen Aspekten des Fernsehens, TuP 9/1982, S. 354–355.
- Stellungnahme der Arbeiterwohlfahrt zum 3. Familienbericht der Bundesrepublik: Die Lage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland, TuP 3/1980, S. 84–92.
- Stellungnahme der Arbeiterwohlfahrt zum »Jahr des Kindes«, TuP 10/1979, S. 362–363.
- Stellungnahme der Arbeiterwohlfahrt zur Fachberatung in Tageseinrichtungen für Kinder, TuP 8/1981, S. 313–317.
- Stellungnahme der Arbeiterwohlfahrt zur Familien- und Bevölkerungspolitik, TuP 6/1979, S. 232–233.
- Stellungnahme der Arbeiterwohlfahrt – Zur frühkindlichen Erziehung, TuP 6/1980, S. 228–230.
- Stellungnahme der Arbeiterwohlfahrt: Zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, TuP 8/1984, S. 312–316.
- Stellungnahme zur Bildungspflicht und institutionellen Zuordnung Fünfjähriger, TuP 3/1976, S. 96–98.
- Theorie und Praxis der sozialen Arbeit. Vorschläge für ein erweitertes Jugendhilferecht, Bonn 1970, 3., abschließende Ausgabe.
- Überlegungen zur Finanzierung der Kindergartenerziehung, Arbeiterwohlfahrt, Jahrbuch 69/70, 61–68.
- Thesen der Arbeitsgemeinschaften, TuP 5/1973, S. 176–200.
- Zentrale Fortbildung, Bonn 1986.
- AW in Zahlen, TuP 10/1974, S. 399.
- Die Arbeiterwohlfahrt in Zahlen, TuP 11/1975, S. 437.
- AW Kindergarten im Flüchtlingslager Uelzen, Arbeiterwohlfahrt, Jahrbuch, 55/56, S. 135–137.
- Arbeiterwohlfahrt Landesarbeitsgemeinschaft Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Praxisbriefe für Eltern, Elternräte, Träger und pädagogisch tätige Kollegen in Kindergarten, Hort und Kindertagesstätte.
- Arbeiterwohlfahrt Landesverband Hamburg (Hrsg.): Wir wollen zum Köhlbrand!, Hamburg 1985.
- Arbeiterwohlfahrt Landesverband Schleswig-Holstein (Hrsg.): Geschichte – Selbstverständnis – Praxis, Kiel 1983.
- Die Arbeiterwohlfahrt – Situation, Grundlagen, Ziel, NB, 10 (1951), S. 1–4.
- Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ): Kürzungen gefährden den Kindergarten, Bonn 1982.
- Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe zum bedarfsgerechten Angebot familienergänzender Erziehung im Kindergartenalter, Bonn 1985.
- Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe zur »Rahmenvereinbarung über die Ausbildung und Prüfung von Erziehern/Erzieherinnen« der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK), Bonn o. J.

- Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe zum Problem der Teilzeitarbeit in Kindertageseinrichtungen, Bonn 1985.
- Arbeitsgruppe Vorschulerziehung: Situationsansatz – Schlagwort oder pädagogische Tradition, *Welt des Kindes*, 4 (1981), 294–298.
- Arbeitskreis Kinderhilfe: Heute Erfordernisse auf dem Gebiete der Tageseinrichtungen für Kinder, *NB*, 3/1967, S. 112–115.
- Aufnahme- und Ausbildungsbestimmungen für die sozialen Berufe, *NB*, 1 (1950), 6.
- Autorengruppe Ganztageseinrichtungen: Ganztagsplätze im Kindergarten – vernachlässigt und doch chancenreich, *TuP* 8/1984, S. 299–303.
- Bader, Kurt/Koch, Rüdiger/Rocholl, Georg (Hrsg.): *Kooperatives Handeln in der Kindererziehung*, Köln 1979.
- Bäuerle, Wolfgang: Progressive Konzepte und die sozialpädagogische Praxis, *Arbeiterwohlfahrt Jahrbuch* 1971, S. 48–56.
- Notwendigkeit und Möglichkeiten offener Erziehungshilfen, *NB*, 4 (1966), S. 125–131.
- Barow-Bernstorff, Edith u. a. (Hrsg.): *Beiträge zur Geschichte der Vorschulerziehung*, Berlin 1979<sup>6</sup>.
- Bauer, Rudolph (Hrsg.): *Die liebe Not*, Weinheim 1984.
- Wohlfahrtsverbände in der Bundesrepublik, Weinheim 1978.
- Bericht des Parteivorstandes über das Geschäftsjahr 1919, Berlin 1920.
- Bernstein, Lotte: Was ist freie Erziehung?  
I: *NB*, 7 (1950), 5–7.  
II: *NB*, 8 (1950), 7.  
III: *NB*, 9 (1950), 7.
- Binder, Gottlob: *Die Arbeiterwohlfahrtspflege, ihre Entwicklung, Motive und Ziele*, Münster 1926.
- Binder, Gottlob und Marianne Binder: *Aus der Arbeit im Kinderhort, Arbeiterwohlfahrt*, 1 (1927), S. 22–27.
- Boltz, Vera: *Berufsbild und Berufskrise der Kindergärtnerinnen und Jugendleiterinnen*, München 1954 (Diss.).
- Bonin, Brigitte von: *Freie Volksschule e. V. Leverkusen, Sozialprisma*, 9/1976, S. 106–107.
- Braun, Lily: *Die Frauenfrage*, Berlin 1979, Nachdruck von 1901.
- Bronfenbrenner, Urie: *Wie wirksam ist kompensatorische Erziehung?*, Stuttgart 1974.
- Brunnet, Ralph: *Erfahrungen mit dem lehrgangsbegleitenden Praktikum im Marie-Juchacz-Haus*, *NB*, 6 (1967), 232–234.
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) (Hrsg.): *Die Kindergartenreform hat erst begonnen*, Bonn 1983.
- Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege, *TuP* 12/1978, S. 475–478.
- Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege, *TuP* 10/1974, S. 395–399.
- (Hrsg.): *Gesamtstatistik der Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege*, Bonn 1985.
- (Hrsg.): *Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege – Aufgaben und Finanzierung*, Freiburg i. Br. 1985.
- Stellungnahme zur vorschulischen Erziehung, *NB*, 5/1969, S. 187–188.
- Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): *Bildungsbericht '70. Bericht der Bundesregierung zur Bildungspolitik*, Bonn 1970.
- Der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit: *Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD zur »Lebenssituation der Kinder in der Bundesrepublik Deutschland«*, BTDr. 10/4623, Bonn 1986.
- Erprobungsprogramm im Elementarbereich. Bericht über eine Auswertung von Modellversuchen von Lothar Krappmann, Johanna Wagner, Bonn 1983.
- Colberg-Schrader, Hedi/Krug, Marianne: *Arbeitsfeld Kindergarten. Planung, Praxisgestaltung, Teamarbeit*, München 1977. Hrsg. von: Arbeitsgruppe Vorschulerziehung.
- Das Erprobungsprogramm im Elementarbereich – Abschluß einer Reformphase oder Ausgangspunkt für Innovation?, *TuP* 1/1980, S. 21–27.
- Corte, Erna: *Der Erziehungsberuf, Arbeiterwohlfahrt*, 4/1926, S. 121–124.
- Dammann, Elisabeth/Prüser, Helga: *Quellen zur Kleinkindererziehung*, München 1981.
- Derschau, Dietrich von (Hrsg.): *Entwicklungen im Elementarbereich*, München 1981.
- Die Erzieherausbildung: Bestandsaufnahme und Vorschläge, München 1974.
- Zur Entwicklung der Ausbildung zum Erzieher seit 1970, München 1975.
- Deutscher Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen, *Empfehlungen und Gutachten des deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen*, Stuttgart 1966, S. 33–41.
- Deutscher Bildungsrat: *Empfehlungen der Bildungskommission. Strukturplan für das Bildungswesen*, Stuttgart 1970<sup>2</sup>.
- Deutscher Caritas-Verband (Hrsg.): *Denkschrift des Deutschen Caritas-Verbandes zur Vorschulerziehung*, Freiburg i. Br., o. J. [1969].
- Deutscher Gewerkschaftsbund (Hrsg.): *Gewerkschaft und Mitbestimmung*, Bonn 1977.
- Diederichsen, Maria/Schriever, Bernt/Wolf, Heinz: *Empirische Untersuchung zur Situation der Kinderpflegerin in Ausbildung und Beruf*, *TuP* 4/1973, S. 136–149.
- Diller, Ilsa: *Als Selbsthilfe: Kinderläden*, *Sozialprisma* 8/1976, S. 88 und 91.
- Diller-Murschall, Ilsa: *Die ältere Erzieherin im Kindergarten – Bericht über eine AW-Fortbildungsveranstaltung*, *TuP* 6/1983, S. 237–238.
- Bericht 165/83, 5. Arbeitstagung für Fachberater... Elternarbeit im Kindergarten, *TuP* 6/1984, S. 227–231.
- Probleme und Chancen des Mediums Fernsehen für kindliche Entwicklungen, *TuP* 12/1981, S. 442–447.
- Was haben Kindertagesstätten mit Politik zu tun?, *Sozialprisma*, 7/1983, S. 111.
- und Schablow, Michael: *AW-Fachtagung: Was brauchen unsere Kinder in den ersten drei Lebensjahren?*, *TuP* 9/1981, S. 355–356.
- Kinderhäuser: eine kinder- und elternfreundliche Utopie. Zum bedarfsgerechten Angebot an Tageseinrichtungen für Kinder, in *Theorie und Praxis der Sozialpädagogik*, 6/87, S. 312.
- Doeltz, Emma: *Aus der alten Kinderschutzkommission, Arbeiterwohlfahrt*, 18/1930, S. 566–569.
- Donat, Erna: *Beruf und Aufgabe der Kindergärtnerinnen*.  
I: *NB*, 16 (1948), o. S.  
II: *NB*, 19 (1948), o. S.  
III: *NB*, 22 (1948), o. S.  
IV: *NB*, 5 (1949), o. S.  
V: *NB*, 7 (1949), o. S.
- Sprachgestörte Kinder im Kindergarten, *Arbeiterwohlfahrt, Jahrbuch* 1961, S. 118–121.
- Und wenn Peter noch nicht schulreif ist, *NB*, 12/1956, S. 4–5.
- Dornemann, Luise: *Clara Zetkin*, Berlin 1957.
- Duoai, Adolf: *Kindergarten und Volksschule als sozialdemokratische Anstalten*, Leipzig 1876.
- Douwe, Dieter (Hrsg.): *Protokolle und Sitzungen des Parteausschusses der SPD 1912–1921*, Berlin 1980.

- Eliassow, W.: Verhütung von ansteckenden Krankheiten im Kindergarten, Arbeiterwohlfahrt, 3/1933, S. 91-92.
- Engelhardt, Lothar: Erziehung als Interaktion - Institutionelle und individuelle Bedingungen sozialpädagogischen Handelns, TuP 5/1974, S. 162-172.
- Eppe, Heinrich: 60 Jahre Kinderfreundebewegung in Deutschland, Sozialprisma, 3/1984, S. 45.
- Fechenbach, Felix: Die Kinderrepubliken der Roten Falken, Arbeiterwohlfahrt, 22/1928, S. 691-695.
- Fischer, Zyrill: Die sozialistischen Kinderfreunde in Deutschland, Kevelaer 1930.
- Freire, Paulo: Pädagogik der Unterdrückten, Reinbek bei Hamburg 1984 [1973].
- Freyberg, Jutta von u. a.: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863-1975, Köln 1977<sup>2</sup>.
- Friedländer, Walter: Ein Hilfswerk für Kinder und Jugendliche aus arbeitslosen Familien, Arbeiterwohlfahrt, 10/1932, S. 295-300.
- Ein Notprogramm der Jugendwohlfahrtspflege, Arbeiterwohlfahrt, 2/1932, S. 33-39.
- Fthenakis, Wassilos E. (Hrsg.): Tendenzen der Frühpädagogik, Düsseldorf 1984.
- Ganztagsplätze in Kindergärten - Thesen zur aktuellen Situation, TuP 11/1983, S. 397-399.
- Greese, Dieter: Droht Neutralisierung der Kindergartenreform? - Kritik an der Fachtagung Elementarbereich im Dezember 1980 in Freiburg, TuP 3/1981, S. 103-107.
- Gerke, Elisabeth: Die Kinderpflegerinnenschule ›Haus Sommerberg‹ in Rösrath, Die Arbeiterwohlfahrt, Jahrbuch 1961, Bonn 1961, S. 67-69.
- Lehren und Lernen heute«, NB, 3/1968, S. 113-116.
- Vorbereitung von Volksschülerinnen für den Kindergärtnerinnenberuf, NB, 3/1954, S. 38-39.
- Die Gleichheit, 1 (1923), 5.
- Grossmann, Wilma: Vorschulerziehung. Historische Modelle und alternative Modelle, Köln, 1974.
- Günther, Karl-Heinz u. a.: Quellen zur Geschichte der Erziehung, Berlin 1961.
- Haar, Richard: Zur Arbeiterwohlfahrt 1979, TuP 12/1979, S. 461-464.
- Habermas, Jürgen: Die neue Unübersichtlichkeit. Kleine politische Schriften V = Edition Suhrkamp 1321/NF 321, Frankfurt a. M. 1985.
- Haensch, Dietrich: Repressive Familienpolitik, Reinbek 1969.
- Harms, Gerd/Preissing, Christa/Richtermeier, Adolf: Kinder und Jugendliche in der Großstadt, Berlin 1985.
- Hasenclever, Christa: Auf dem Wege zu einer grundlegenden Neuordnung der sozialen und sozialpädagogischen Ausbildungen, NB 4/1967, S. 137-145.
- Jugendhilfe und Jugendgesetzgebung seit 1900, Göttingen 1978.
- Neue Wege zur Ordnung der sozialpädagogischen Ausbildungswege, NB 5/1963, S. 70-72.
- Fünfzig Jahre Jugendwohlfahrtsgesetz, TuP 3/1972, S. 97-106.
- Hauptvorstand der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr ÖTV (Hrsg.): Sparmaßnahmen im Bereich der Jugendhilfe. Vorbeugen ist besser als strafen (und billiger), Stuttgart o. J.
- (Hrsg.): Zur Diskussion gestellt: Kriterien für die Arbeitsbedingungen in Tageseinrichtungen für Kinder, Stuttgart o. J. [1974].
- Heinsohn, Gunnar: Vorschulerziehung und Kapitalismus, Frankfurt a. M. 1971.
- Helfer, Inge: Kinder in Kölner Kindertagesstätten, NB, 4/1964, S. 56-57.
- Henke, Heinz./Kosmale, Arno/Spindler, Christa: Berufstätige Mütter - »Mutter« als Beruf, TuP 4/1972, S. 139-144.
- Hirschberg, Susanne: Der Kinderhort der Arbeiterwohlfahrt Köln. Ein Versuch mit neuer Erziehung, Arbeiterwohlfahrt, 9/1927, S. 280-286.
- Höltershinken, Dieter (Hrsg.): Frühkindliche Erziehung und Kindergartenpädagogik. Eine Zwischenbilanz, Freiburg i. Br. 1977.
- (Hrsg.): Vorschulerziehung 2, Freiburg i. Br. 1973.
- Hoffa, Jh./Latrille, Ilse: Die halboffenen Anstalten für Kinder, Berlin 1926.
- Hoffmann, Erika: Vorschulerziehung in Deutschland, Witten 1971.
- Hottelet, Harald: Neue Chancen für Kinder und Jugendliche: Jetzt! Aus dem »Memorandum zur Jugendhilfe«, TuP 9/1985, S. 282-289.
- Hübner, Bernhard/Koch, Rüdiger/Rocholl, Georg: Soziale Arbeit mit Kindern, Stuttgart 1979.
- Huwald, Ilse: Zwischen 6 Uhr morgens und 6 Uhr abends. Ein Blick in das Leben einer Kindertagesstätte der AW, Arbeiterwohlfahrt, Jahrbuch 1955/56, S. 120-129.
- Juchacz, Marie/Heymann, Johanna: Die Arbeiterwohlfahrt. Voraussetzungen und Entwicklung, Berlin o. J. [1924].
- Juchacz, Marie: Die Kinderschutzkommissionen als Vorläufer der Arbeiterwohlfahrt, NB 4/1954, S. 70.
- Katzenstein, Simon: Kindermißhandlungen und kein Ende, Arbeiterwohlfahrt, 8/1930, S. 237-240.
- Kendelbacher, Joachim F.: »Arbeiterwohlfahrt in Nöten?«, TuP 2/1986, S. 71-73.
- Kerlow-Löwenstein, Kurt: Erziehung und Schule seit der Revolution, Die Gleichheit, 23/1922, S. 210.
- Kindergärtnerinnen-Tagung der Arbeiterwohlfahrt, NB, 17/1949, o. S.
- Klaes, Maximaria: Spielpflege in Kindergarten und Heim. Hrsg. Arbeiterwohlfahrt Hauptausschuß, Bonn 1955.
- Koch, Rüdiger/Rocholl, Georg (Hrsg.): Kleinkindererziehung als Privatsache?, Köln 1977.
- Vom Kindergarten zum Kinderzentrum - Prävention als Aufgabe öffentlicher Kleinkindererziehung, TuP 10/1979, S. 381-386.
- König, Hermine: Die Reform muß weitergehen, Welt des Kindes, 3/1981, S. 174-176.
- Korte, Erich: Schulkindergärten, Arbeiterwohlfahrt, 11/1932, S. 330-333.
- Kosmale, Arno: Familie und Erziehung, Arbeiterwohlfahrt, Jahrbuch 1970, S. 81-85.
- Zwischen Elternhaus und Kindergarten, NB 5/1969, S. 179-182.
- Krecker, Margot: Quellen zur Geschichte der Vorschulerziehung, Berlin 1971.
- Kurgass, Paula: Kinder helfen Kindern, Arbeiterwohlfahrt, 1/1933, S. 23-24.
- Lang, Heide: Kindergarten, Vorklasse oder Eingangsstufe?, TuP 3/1976, S. 98-104.
- Lemke, Lotte: Die Arbeiterwohlfahrt nach 1945, NB 18/1948, o. S.

- Liebknecht, Wilhelm: Sklaverei und Sklavenzüchtung, Der Volksstaat, 98 (1874).
- Wissen ist Macht – Macht ist Wissen. Festrede gehalten zum Stiftungs-Fest des Dresdener Bildungs-Vereins am 4. Februar 1872, Berlin 1876, neue Auflage.
- Löwenstein, Kurt: Die Kinderrepubliken des letzten Jahres, Arbeiterwohlfahrt, 23 (1930), S. 722–730.
- Lüttig, Gerlinde: Die Erwerbstätigkeit von Müttern und die Betreuung ihrer Kinder nach einer Erhebung des Statistischen Bundesamtes, NB 2/1965, S. 22–24.
- M., J.: Aus der Arbeit Stuttgarter Kindergärten, NB 12/1949, o. S.
- Maelicke, Bernd/Niedrig, Heinz: Prognos-Studie und Freie Wohlfahrtspflege – Wohlfahrtsverbände zwischen Besitzstandswahrung und Innovation?, TuP 10/1985, S. 327–332.
- Mandelkow, Friedrich: Arbeiterwohlfahrt und Kinderfreunde, Arbeiterwohlfahrt, 6/1926, S. 188–190.
- Markmann, Jürgen: Sozialarbeit und Sozialpädagogik – Programm und Praxis – Tendenzen und Perspektiven in der Arbeiterwohlfahrt, TuP 9/1973, S. 343–352.
- Merkel, Birgit u. a.: Handbuch für Kindertagesstätten der AW Kreisverband Hannover-Stadt, Hannover 1976.
- Michael, Käthe: Weihnachtszeit in den Kinderstätten, NB 11/1953, S. 14.
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Arbeitshilfen Kindergarten, Düsseldorf 1981, 2. überarb. Auflage.
- Mörsberger, Heribert: Deutschland Kinderland, Welt des Kindes, 3/1986, S. 166–167.
- Mollenhauer, Klaus: Einführung in die Sozialpädagogik, Weinheim 1968<sup>4</sup>.
- Monat, Anneliese: Sozialdemokratie und Wohlfahrtspflege – Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte der Arbeiterwohlfahrt, Stuttgart 1961.
- Müller, Heinz Otto: Zum Stand der Vorschulerziehung in einigen europäischen Ländern und deren Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland, NB, 2/1968, S. 70–75.
- Müller, Helene: Das Problem des Kindergartens und Hortes unserer Zeit, NB 12/1958, S. 181–183.
- N. N. Die Jahre danach – Zur Entwicklung der Arbeiterwohlfahrt nach 1945, TuP 10/1974, S. 385–391.
- Nach Maß gebaut und eingerichtet. Modellkindergärten der Arbeiterwohlfahrt, Unsere Arbeit, 12/1966, S. 182–183.
- Narr, Wolf Dieter/Offe, Claus (Hrsg.): Wohlfahrtsstaat und Massenloyalität, Köln 1975.
- Nell-Breuning, Oswald von: Das Subsidiaritätsprinzip, TuP 1/1976, S. 6–17.
- Niedrig, Heinz: Arbeiterwohlfahrt und freie Wohlfahrtspflege – Kritische Fragen an die freie Wohlfahrtspflege, TuP 10/1974, S. 368–376.
- Daten und Tendenzen der freien Wohlfahrtspflege, TuP 2/1985, S. 52–59.
- Entwicklungen in der Geschichte der Arbeiterwohlfahrt, TuP 12/1985, S. 402–409.
- Die Sozialpolitik der Arbeiterwohlfahrt, TuP 12/1979, S. 464–466.
- Sozialpolitische Aussagen der SPD, TuP 1/1976, S. 33–36.
- Oel-Monat, Anneliese: Vorläufer der AW, TuP 12/1979, S. 456–461.
- Pestalozzi-Fröbel-Verband in Zusammenarbeit mit der BAG der Freien Wohlfahrtspflege, den Kommunalen Spitzenverbänden, der AG der Obersten Landesjugendbehörden, dem Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, Fachtagung Elementarbereich '80. Der Kindergarten heute – Was er kann, was er soll, Berlin 1981.
- Pestalozzi-Fröbel-Verband: Zur Neuordnung der Sozialpädagogenausbildung. Eine Stellungnahme des Pestalozzi-Fröbel-Verbandes, NB 5/1964, S. 73–74.
- Pfaffenberger, Hans: Ausbildung für die vorschulische Erziehung, NB 5/1970, S. 185–189.
- Die freie Wohlfahrtspflege und ihre Zukunft, TuP 2/1985, S. 42–51.
- Die soziale Berufsbildung – ihre neuere Geschichte und Weiterentwicklung (am Beispiel der »Kernschule« der Arbeiterwohlfahrt) NB 3/1967, S. 89–98.
- Prill, Anna: Helft unserem Kindergarten, NB 1/1947, o. S.
- »Prognos Studie«: Entwicklung der Freien Wohlfahrtspflege bis zum Jahr 2000, TuP 10/1985, S. 322–326.
- Projektgruppe Ganztageseinrichtungen: Ganztagsplätze im Kindergarten, TuP 8/1982, S. 308–314.
- Leben und Lernen in Kindertagesstätten. Bericht über ein kooperatives Projekt des Deutschen Jugendinstituts und der Arbeiterwohlfahrt, München 1984.
- Projektgruppe Ganztageseinrichtungen im Elementarbereich, TuP 12/1981, S. 474–475.
- Protokoll des SPD-Parteitag zu Heidelberg, 13.–18. 9. 1925 mit Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1925.
- Die Reichsschulkonferenz 1920, ihre Vorgeschichte und Verbreitung und ihre Verhandlungen, amtlicher Bericht, erstattet vom Reichsministerium, Leipzig 1921.
- Rodenstock, Heinrich: Vom Kindergarten, Die Gleichheit 4/1953, S. 138.
- Roeder, Hedwig: Das erste Jahr der Kinderfreunde, Die Gleichheit, 1/1923, S. 5–6.
- Roehl, Fritz Michael: Marie Juchacz und die Arbeiterwohlfahrt, Hannover 1961.
- Sachße, Christoph: Mütterlichkeit als Beruf. Sozialarbeit, Sozialreform und Frauenbewegung, Frankfurt a. M. 1986.
- Offensive Jugendhilfe: Reformkonzept oder Reformillusion, TuP 3/1978, S. 105–116.
- Schanzenbach, Marta: Zur Situation der Kindergärten, NB 2/1968, S. 78–81.
- Scherpner, Hans: Geschichte der Jugendfürsorge, Göttingen 1966.
- Schleicher, Klaus (Hrsg.): Elternmitsprache und Elternbildung, Düsseldorf 1973.
- Schlosser, Rudolf: Über sozialistische Erziehung, Arbeiterwohlfahrt, 6/1926, S. 161–169.
- Schmitt-Wenkebach, Barbara: Eltern-Initiativen – dargestellt anhand Berliner Erfahrungen, Arbeiterwohlfahrt, Jahrbuch 1969/70, S. 86–90.
- Kindergarten und Elternarbeit. Bedingungen, Möglichkeiten, Inhalte, Hannover 1976.
- Krippe als Bewahranstalt für Kinder bis zu drei Jahren?, TuP 10/1979, S. 376–380.
- Schriever, Bernd/Simon, Elisabeth: Kinderpflegerin – ein Beruf ohne Chance, TuP 7/1974, S. 263 ff., 264 ff.
- Schroeder, Luise: Einrichtungen zum Schutze von Mutter und Kind, Arbeiterwohlfahrt 24/1931, S. 757–760.
- Schuhmacher, Henny: Berliner Kindergärten, Arbeiterwohlfahrt, 2/1929, S. 48–50.
- Schulz, Heinrich: Die Schulreform der Sozialdemokratie, Dresden 1911.
- Die Sexualprobleme der Vorschulzeit, NB 10/1950, S. 6–7.
- Siemsen, August: Preussen. Die Gefahr Europas. Hrsg. von Anna Siemsen, Berlin 1981, Nachdruck von 1937.

- Simon, Elisabeth: Das Problem »Kinderpflegerin«, Arbeiterwohlfahrt, Jahrbuch 1974, S. 89-96.
- Fünffährige – zur Bildung verpflichtet?, TuP 3/1976, S. 95-96.
- Hort: Stätte der »Betreuung« oder sozialpädagogischer Praxis, TuP 11/1978, S. 428-432.
- Die Kindergartengesetze und die Realität freier Träger, TuP 10/1976, S. 364-372.
- Kinderpflegerin – Ein Beruf ohne Chancen, TuP 3/1974, S. 82-89.
- Kritik der Ausbildung vor vorschulische Erziehung, TuP 5/1972, S. 177-182.
- Helene Simon: Ein Leben für soziale Gerechtigkeit. Bonn 1962.
- St. G.: Sorgenkind »Kindergarten«, NB 6/1949, o. S.
- Süldner, Hans/Lande, Walter (Hrsg.): Weidmannsche Taschenausgaben für die preußische Schulverwaltung. Heft 76: Ermler, Julie, Der Kindergarten. Kindergärtnerin, Hortnerin, Jugendleiterin, Berlin 1933.
- Team der Arbeiterwohlfahrt-Kindertagesstätte Kiel-Friedrichsord: Eine Kindertagesstätte in Großraumkonzeption, TuP 5/1977, S. 163-172.
- Thönnessen, Werner: Frauenemanzipation, Frankfurt a. M. 1969.
- Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.): Handbuch sozialdemokratischer Politik, Bonn 1953.
- W., H.: Kinderschutz in der Landarbeit, Arbeiterwohlfahrt, 4/1929, S. 113-115.
- Wachenheim, Hedwig: Verfassungsfeier in der Kinderrepublik Seekamp, Arbeiterwohlfahrt 17/1927, S. 533-536.
- Vom Großbürgertum zur Sozialdemokratie. Memoiren einer Reformistin, Berlin 1973.
- Wack, Dr.: Aerztlicher Bericht über die Behandlung und die Kurerfolge in der Reichskinderheilstätte des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt Schwarzwaldheim »Ludwig Frank« in Schönwald Baden, Arbeiterwohlfahrt 2/1929, S. 50-54.
- Warnke, Agathe-Christie: Vom Kindergarten zum kindertherapeutischen Zentrum, Arbeiterwohlfahrt, Jahrbuch 1970, S. 114-116.
- Weber-Kellermann, Ingeborg: Die deutsche Familie. Versuch einer Sozialgeschichte, Frankfurt a. M. 1978<sup>f</sup> [1974<sup>1</sup>].
- Wehle, Gerhard: Emanzipation, in: Wehle, Gerhard (Hrsg.): Pädagogik aktuell, Bd. 1, München 1973, S. 43-45.
- Werder, Lutz von/Wolff, Reinhardt (Hrsg.): Ausgewählte Schriften, Band I: Siegfried Bernfeld: Antiautoritäre Erziehung und Psychoanalyse, Darmstadt 1969.
- Werder, Lutz von: Sozialistische Erziehung in Deutschland, Frankfurt a. M. 1974.
- Wilhelmi, Jutta: Zurück zur Bewahranstalt. Von der Reform des Elementarbereichs ist wenig geblieben, Die Zeit (9. 11. 84), S. 49-50.
- Wohlraube [o. Vorname]: Zur Ueberwachung der Kinderarbeit, Arbeiterwohlfahrt, 22/1930, S. 679-684.
- Zentralverband katholischer Kindergärten und Kinderhorte Deutschlands (Hrsg.): Pädagogische Konzeptionen und Materialien für die pädagogische Arbeit im Kindergarten: Situationsorientierte Ansätze, Freiburg i. Br. 1982.